

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf., Sonntags-
 nummer mit Multiplikatoren Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Voll-
 abonnementspreis: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragene in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Ostpreußen 2 Mark,
 für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsheftige Annoncen-
 zeile oder deren Raum 50 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Vereinen
 und Beratern 30 Pf., das erste (ein-
 gebundene) Wort 20 Pf., jedes weitere
 Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schlo-
 sser-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
 jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über
 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte.
 Inserate für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 20. März 1907.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Studts neuester Streich.

Dem „Vorwärts“ ist kürzlich aus Kiel von einer Ver-
 fügung des schleswig-holsteinischen Provinzialschulkollegiums
 berichtet worden, durch die einem Lehrer der Kieler Oberreals-
 schule verboten wurde, an den von der dortigen Arbeiterschaft
 eingerichteten deutschen Sprachkursen Unterricht zu erteilen.
 Inzwischen ist auch an die übrigen Lehrer ein gleichlautendes
 Verbot ergangen, so daß die Existenz der Kurse fürs erste
 vernichtet ist, der ganze Vorgang ist derartig symptomatisch
 für den Geist der Studtschen Schulpolitik, daß er es verdient,
 etwas ausführlicher geschildert zu werden.

Die deutschen Unterrichtskurse für die Arbeiterklasse sind
 vom Gewerkschaftsverband und vom Sozialdemokratischen Ver-
 ein in Kiel im vergangenen Herbst ins Leben gerufen worden.
 Ihr Zweck wird durch ihren Namen mit genügender Deut-
 lichkeit gekennzeichnet. Die Tatsache, daß im Land der Dichter
 und Denker breite Bevölkerungsschichten nicht in der Lage
 sind, ihre Muttersprache, besonders im schriftlichen Ausdruck,
 auch nur einigermaßen sicher und korrekt zu handhaben, ist ja
 allgemein bekannt und wird von niemand schmerzlicher emp-
 funden, als von den Opfern dieses traurigen Zustandes selber,
 und zumal von den Arbeitern. In den Kieler Unterrichts-
 kursen sollte also strebsamen Angehörigen des Proletariats
 Gelegenheit geboten werden, das ihnen im Kindesalter Vor-
 enthaltene als Männer nachzuholen und die Sünden, die der
 Klassenstaat an ihrer wehrlosen Jugend begangen, aus eigener
 Kraft nach Möglichkeit wieder gut zu machen.

Die Kosten des Unternehmens wurden von den Teil-
 nehmern der Kurse und den genannten Organisationen ge-
 tragen. Als Lehrkräfte waren Volksschullehrer sowie der er-
 wählte Lehrer der Oberrealschule gewonnen worden. Die
 lokalen Schulbehörden, die nach den über den Privatunter-
 richt der öffentlichen Lehrer geltenden Bestimmungen um
 ihre Genehmigung befragt werden mußten, der Stadtschulrat
 sowohl wie das Magistratsmitglied, dem das städtische Schul-
 wesen unterstellt ist, hatten den Lehrern diese Erlaubnis mit
 größter Bereitwilligkeit und mit den Ausdrücken der warmsten
 Sympathie für das Unternehmen der Arbeiterschaft erteilt.
 Und es liegt ja auch ohne weiteres auf der Hand, daß eine
 solche Erscheinung, die Vorstellung dieser Männer des arbei-
 tenden Volkes, die nach schwerem, am Schraubstock oder an der
 Hobelbank vollbrachtem Tageswerk sich des Abends mit heiligem
 Bemühen über ihre Hefte und Bücher beugen, um sich Kennt-
 nisse und Fertigkeiten anzueignen, die im natürlichen Ent-
 wicklungsstadium dem zartesten Kindesalter angemessen sind —
 es liegt auf der Hand, sagen wir, daß ein solches Bild jeden
 sittlich normal empfindenden, jeden anständigen Men-
 schen nur mit einer Art Rührung und bewundernder Aner-
 kennung für all die Mühseligkeit, die in unserer Arbeiterschaft
 steckt, erfüllen muß.

Jede außerhalb des Unterrichtszweckes liegende Tendenz,
 vor allem jede politische Betätigung war bei den Kursen
 selbstverständlich gänzlich ausgeschlossen; es handelte sich ja
 ausschließlich um formale Kenntnisse, die den Teilnehmern
 durch den Unterricht vermittelt wurden. Noch heute, nach so
 viel Abenden des Zusammenlebens, wissen die Teilnehmer nicht,
 welcher politischen Parteirichtung ihre Lehrer angehören, und
 daß die Arbeiter es nicht nötig haben, um Politik zu
 treiben, deutsche Sprachkurse einzurichten, dürfte am Ende
 auch einem preussischen Regierungsmanne einleuchten. Das
 geht zum Ueberflus noch aus folgender Tatsache hervor. Im
 Laufe der Kurse stellte es sich heraus, daß es aus technischen
 Rücksichten zweckmäßig wäre, wenn der Unterricht in Schul-
 räumen abgehalten werden könnte. Auf Rat der Lehrer
 reichte die Arbeiterbildungs-Kommission bei der lokalen Schul-
 behörde ein dahingehendes Gesuch ein. Vom Vorsitzenden
 der städtischen Schulkommission wurde die Genehmigung des
 Antrags zugesichert, unter der Bedingung, daß die Kurse dann
 der Kontrolle der Schulbehörde unterstellt würden. Obwohl
 die Annahme, daß das ganz aus eigener Initiative der Ar-
 beiter-Klasse hervorgegangene und ausschließlich von ihren
 Mitteln unterhaltene Werk sich künftig eine Art behördlicher
 Aufsicht gefallen lassen sollte, in den Kreisen der Teilnehmer
 anfangs auf starken Widerstand stieß, erklärte man sich schließ-
 lich mit der Bedingung einverstanden, da zugesichert wurde,
 daß die innere und die organisatorische Selbstständigkeit der
 Kurse nicht angetastet werden sollte und der Stadtrat über-
 dies in Aussicht stellte, daß dann den Kursen auch jederzeit
 die pädagogische Erfahrung und die tatkräftige Unterstützung
 der städtischen Schulverwaltung, besonders was die Be-
 schaffung geeigneter Lehrkräfte anlangt, zur Seite stehen
 würde. Jedenfalls lieferte mit ihrem Entgegenkommen die
 Leitung der Kurse den Beweis, daß das Unternehmen kein,
 wie auch immer geartetes Licht zu scheuen hatte, und auch
 das ging aus den Unterhandlungen hervor, daß sich sämt-
 liche, bis dahin direkt oder indirekt an den Kursen be-
 teiligten Instanzen, Schüler wie Lehrer, Arbeiterbildungs-
 kommission wie städtische Schulbehörde, in allen wesentlichen
 Punkten in vollständiger Uebereinstimmung befanden.

Da traten Herr Studt und seine Leute
 auf den Plan. Das Gesuch um Ueberlassung der Schul-
 räume mußte nämlich in letzter Instanz der Regierung, in
 diesem Falle dem Provinzial-Schulkollegium,
 unterbreitet werden. Die endgültige Genehmigung schien an-
 fangs allen Beteiligten eine bloße Formsache zu sein, denn

der warmen Bestätigung der Eingabe durch die lokalen Be-
 hörden war man ja gewiß. Als sich aber die Antwort auf
 den Antrag vom Dezember bis zum März hinausgezögerte,
 wurden diejenigen, die die in Betracht kommende Instanz
 kannten, misstrauisch. Den Bescheid freilich, der nun tatsäch-
 lich erfolgte, hatte auch der pessimistischste Beobachter des
 Studtschen Schulregiments nicht für möglich gehalten — die
 Lehrer vollends und auch die Kieler Schulbehörden waren
 wie vor den Kopf geschlagen: Auf das Gesuch wegen der
 Schulräume ging nämlich das Provinzial-Schulkollegium über-
 haupt nicht ein, wie denn die Arbeiterbildungskommission
 noch bis heute keiner Antwort auf ihre Eingabe gewürdigt
 wurde, den Lehrern aber wurde kurzerhand befohlen,
 sofort ihren Unterricht an den Kursen ein-
 zustellen.

Der Oberrealschullehrer, den der Schlag zuerst erreichte,
 erhielt dazu noch den Befehl, mit seinen Schülern überhaupt
 nicht mehr persönlich in Verkehr zu treten, ihnen keine Ab-
 sache schriftlich zukommen zu lassen und künftig in die Ge-
 werkschaftshäuser, wo bisher die Kurse stattfanden, keinen
 Fuß mehr zu setzen.

Daß es Herrn Studts eigene Faust gewesen, die auf
 dieses Unternehmen, im wörtlichsten Sinne ein Kultur-
 werk, niedersauste, geht aus das evidenteste aus folgendem
 hervor. In dem Regierungskirkular vom 31. Oktober 1894,
 das den Privatunterricht der Lehrer behandelt, wird bestimmt,
 daß die Erlaubnis zur Erteilung von Unterricht von der vor-
 gelegten Dienstbehörde der Lehrer einzuholen ist. Als vor-
 gelegte Dienstbehörde wurden in einem späteren Erlaß an
 eine städtische Schulbehörde (Regierungsreskript vom 28.
 November 1894) der städtische Schulinspektor und die städtische
 Schulkommission bezeichnet. Dem Schulinspektor, heißt es
 weiter, steht in seiner Stellung als staatlicher Schulaufsichts-
 beamter die Befugnis zu, falls er einem hierüber gefaßten
 Beschluß der Schulkommission seine Zustimmung verweigern
 zu müssen glaubt, die Entscheidung der Regierung herbei-
 zuführen. Nun, in Kiel hatten die lokalen Behörden längst
 den Lehrern die Erlaubnis erteilt, der Schulinspektor an der
 Spitze. Die Regierung war von keiner dieser Instanzen an-
 gerufen worden, sie hatte also ihre eigenen Behörden des-
 avouiert. Entscheidend aber ist folgender Passus des
 Zirkulars:

„Für die Erteilung oder Versagung der Erlaubnis im ein-
 zelnen Falle bleibt für die Dienstbehörde lediglich der Gesichts-
 punkt maßgebend, ob und inwieweit durch solche Privatthätigkeit
 der Lehrer oder Lehrerinnen eine Beeinträchtigung der öffent-
 lichen Lehrstunden zu befürchten ist.“

Wäre also wirklich, was aber nicht der Fall war, die
 oberste Entscheidung der Provinzialregierung gegen die
 lokalen Instanzen angerufen worden, so hätte sie, nach dem
 Wortlaut dieses Zirkulars, den Unterricht genehmigen müssen,
 denn es kann natürlich keine Rede davon sein, daß von den
 zwei Unterrichtsstunden, die jeder der Lehrer an einem Abend
 der Woche erteilt, eine Beeinträchtigung der öffentlichen Lehr-
 stunden zu befürchten war. Nur der Minister selber konnte
 also das Regierungskirkular außer Kraft setzen und bestimmen,
 daß es für den vorliegenden Fall nicht maßgebend und daß
 die Genehmigung zum Unterricht, außerhalb des In-
 stanzwegs, auch aus anderen Gründen zu verweigern
 sei. Welches Herrn Studts andere Gründe diesmal
 gewesen, liegt auf der Hand. Herr Studt ergänzte das
 Zirkular offenbar durch den Satz:

Die Genehmigung ist allemal dann zu versagen, wenn der
 Unterricht an organisierte Arbeiter erteilt werden soll.

Dem Proletariat soll, soweit der preussische Staat mit-
 zureden hat, auch nach Abschließung der Volksschule jeder Weg
 zur Bildung und zum Nicht verarmen bleiben. Die Ar-
 beiter-Klasse soll um jeden Preis im Dunkel der Unwissenheit
 erhalten werden, auf daß sie ja nicht zum Bewußtsein ihrer
 Notexistenz gelangt, daß sie den Weg, der aus ihrer
 Klassenhölle herausführt, nicht erkennt und an dem erkannten
 Ziel nicht ihren Willen zur Freiheit und Kultur entzündet.
 Schon in einem Schulreglement Friedrich Wilhelms III.
 hieß es:

Für den gemeinen Landmann und den Handwerker in den
 Städten ist es hinlänglich, wenn sie richtige Begriffe von ihrer
 Religion und von ihren Pflichten als Untertanen und als Men-
 schen erhalten. Höhere Kenntnisse können ihnen
 eher schädlich werden.

Man sieht, es ist ein direkter Weg, der von Wöllner über
 die Raumer und Müllers zu Studt führt, und heute wie vor
 100 Jahren ist die Schulpolitik des Ministeriums für geist-
 liche Angelegenheiten, das in Breußen im Nebenamt das
 Unterrichts-wesen verwaltet, Klassenherrschaftpolitik per-
 sifidesten Stils.

Was aber werden die geehrten Herren des Abgeord-
 netenhauses, die sich eben gerade über den Etat des Kultus-
 ministeriums unterhalten, zu diesem neuesten Streich des
 Herrn v. Studt sagen?

Die russische Revolution.

Die Regierungserklärung
 des Ministeriums ist heute in der Dumastimmung durch Stolypin
 bekräftigt worden. In der Erklärung heißt es zunächst, der Minister-
 präsident halte es für erforderlich, ein allgemeines Bild der von
 der Regierung ausgearbeiteten Gesetzesvorlagen zu geben. Dann
 wird darauf hingewiesen, daß in den Staaten, welche seit langem
 ein repräsentatives Regierungssystem besitzen, neue Gesetze „ur-

die Ergebnisse normaler Notwendigkeit sind und daß die Regierung
 in solchen Staaten keine große Mühe hat, die Annahme der Gesetze
 zu erreichen. In einem Lande aber, das sich im Zustande der
 Wiedergeburt und Neubildung befindet, liege die Sache anders.
 Die Regierung hat alle der Duma vorgelegten Gesetze auf der-
 selben allgemeinen Idee aufgebaut, nämlich materielle Grundzüge
 zu schaffen, in denen die neuen, aus den jüngsten Reformen her-
 ergebenden Rechtsverhältnisse verkörpert sein sollen. Unser Vater-
 land muß in einen konstitutionellen Staat umgewandelt werden.
 Es müssen wirkliche Grundlagen geschaffen werden, um die
 Rechte des Staates und der Einzelpersonen zu bestimmen und fest-
 zusetzen und die Widersprüche der alten gegen die neuen Gesetze
 zu beseitigen sowie völlig willkürliche Auslegungen derselben durch
 Privatpersonen und Beamte zu verhindern. Die Regierung habe
 die moralische Pflicht, den Bauern geschwängerte Wege zu weisen,
 um aus dieser Not herauszukommen. Deshalb seien Gesetze er-
 lassen, nach denen den Bauern laienliche und Staatsdomänen über-
 lassen und andere Maßregeln ergriffen werden, um eine Reorgani-
 sation des Landes der Bauern sicher zu stellen. Auch für die Eman-
 zipation der Bauern und Gemeinden, fähig die Erklärung fort,
 hat die Regierung Maßregeln getroffen. Außer der bauerlichen
 Gesetzgebung hat die Regierung eine Reihe von Vorlagen vor-
 bereitet, die die Verwirklichung der in dem Manifest vom 30.
 Oktober niedergelegten, aber noch nicht durch Gesetz sanktionierten
 Grundzüge bezwecken. Die Gewissensfreiheit, die Freiheit des
 Briefwechsels, die Unverletzlichkeit der Person sind noch nicht durch
 die russische Gesetzgebung geregelt. Um die religiöse Toleranz zu
 sichern, hat die Regierung eine Revision der Gesetzgebung für not-
 wendig gehalten, damit festgesetzt wird, welchen Änderungen
 diese Gesetzgebung im Hinblick auf das Manifest vom 30. Oktober
 1905 zu unterliegen ist. Die Regierung hält es für ihre Pflicht,
 die Freiheit der orthodoxen Kirche in besonderem zu schützen, denn
 die russische Nation ist stets von der orthodoxen Religion durch-
 drungen, die den Ruhm und die Macht Russlands bildet. Die
 Rechte der orthodoxen Religion sollen aber die Rechte der übrigen
 Religionen nicht beeinträchtigen. Die Regierung wird eine Reihe
 von Gesetzen einbringen, betreffend den Uebertritt zu einer anderen
 Religion, betreffend die Abhaltung von Gottesdiensten usw.

Das Gesetz über die Unverletzlichkeit der Person ist auf den
 allgemeinen Grundgedanken aufgebaut, die in den konstitutionellen
 Staaten gelten. Alle Eingriffe in dies persönliche Recht sind der
 richterlichen Gewalt vorbehalten. Die Ausnahmegesetze, von denen
 es jetzt drei verschiedene Arten gibt, werden wesentlich abgeändert
 werden; so hat die Regierung z. B. beschloffen, die administrativen
 Verbannungen abzuschaffen. Die Regierung schenkt besondere Auf-
 merksamkeit den Gesetzen über die Selbstverwaltung der Semstwo,
 der Städte und der Ämterverwaltungen der Lokalerwaltung, welche
 völlig umgestaltet werden sollen. Der Entwurf sieht in dieser Rich-
 tung den „Wolost“ als kleinste administrative und soziale Einheit
 vor, welche sich selbst verwaltet, ohne daß irgend welche Klagen
 unterworfen werden. Sodann folgen die Reform der Verwaltung
 der Stadtgemeinden, der Semtwos, der Folgiei und der admini-
 strativen Bezirke des Reiches. Der Plan der Organisation einer
 nationalen Vertretung der Semtwos soll sich gründen auf das
 Prinzip der Besteuerung unter Beteiligung der Grundbesitzer als
 einer für die Kulturentwicklung wichtigen Klasse. Die Reformen
 der Verwaltungsbezirke zielen auf eine Vereinfachung aller
 Zivilverwaltung in den Kreisen, Gouvernements, Provinzen usw. ab.
 Weiter folgt die Justizreform, bei welcher die Wahl von Friedens-
 richtern durch die Ortsbevölkerung die Grundlage bildet. Von
 dem Justizminister wird eine Reihe von Reformen auf dem Ge-
 biete des Zivil- und Strafprozessverfahrens eingebracht werden,
 die auf den Grundgedanken aufgebaut sind, welche in anderen Staaten
 bereits Geltung haben, so zum Beispiel die Zulassung von Advoka-
 ten und Verteidigern bei der von einem Untersuchungsrichter
 zu führenden Voruntersuchung. Der Minister wird eine neue
 Kodifizierung des gesamten Strafrechts, des Hypothekenrechts und
 des jetzigen Grundeigentumsrechts vorgelegen. Die Ackerbau-
 verwaltung wird höchst wichtige Gesetze vorgelegen, welche die bauer-
 liche Bevölkerung betreffen. Um die örtlichen Agrarkommissionen,
 von denen die Wohlfahrt der Bauern abhängt, enger mit der Be-
 völkerung zu verbinden, soll die Zahl ihrer von den Bauern zu
 wählenden Mitglieder erhöht werden.

Indebem die Arbeiterfrage ist die Regierung von der absoluten
 Notwendigkeit der Beteiligung des Staates an der Gestaltung der
 Lage der Arbeiter überzeugt. Da die Regierung der Ansicht ist,
 daß die Arbeiterbewegung eine Verbesserung der Lage der Arbeiter
 bezweckt, wird die Regierung von allen Maßregeln absehen, die eine
 künstliche Behinderung dieser Bewegung in sich schließen, aber auch
 von allen Maßregeln, die geeignet sind, die Bewegung einzunä-
 hmen! Die Regierung wird auch die Interessen der Gesellschaft
 wahren müssen, um sie gegen Ausbreitungen zu schützen. Sie wird
 den beteiligten Parteien, sowohl Unternehmern als Arbeitern, voll-
 kommene Aktionsfreiheit sichern, einschließlich des Rechts zu wirt-
 schaftlichen Streiks. Als positive Maßnahmen plant die Regierung
 Invaliden- und Krankenversicherung der Arbeiter, das Verbot der
 Arbeit bei Nacht und unter Tage für Frauen und Kinder sowie
 Herabsetzung der Zahl der Arbeitsstunden für alle Arbeiter.

Das Verkehrsministerium ist mit der Weiterentwicklung der
 Eisenbahnen beschäftigt, die gegenwärtig eine Schienenlänge von
 61 725 Werst besitzen. Geplant ist auch der Bau einer Amur-Eisen-
 bahn. Weitere Maßnahmen bezwecken die Verbesserung der russischen
 Eisenbahnen in Europa, der Wasserstraßen usw., eine Abänderung
 der Gesetze über die Enteignung von Privatbesitz in besonderen
 Fällen usw.

Die Regierung ist der Ueberzeugung, daß alle aufgezählten
 Maßnahmen sich nicht verwirklichen lassen ohne eine radikale Reform
 des öffentlichen Unterrichts. Die Regierung wird die Teilnahme
 am Unterricht zunächst eine freiwillige sein lassen, sie dann
 aber, was die Elementarschulen anbetrifft, obli-
 gatorisch machen. Ferner ist die Verwirklichung aller Reformen
 nur möglich, wenn die Finanzen es gestatten. Der unglücklich ver-
 laufene Krieg macht, so groß auch der Wunsch nach Erhaltung des
 Friedens und so notwendig die Beruhigung des Landes sein mag,
 neue Ausgaben notwendig. Wenn wir aber unsere militärische
 Machtstellung und die Würde unseres Vaterlandes wahren, wenn
 wir nicht unsere Zustimmung dazu geben wollen, daß wir unseren
 Platz unter den Großmächten verlieren, dann dürfen wir nicht vor
 der Notwendigkeit der Ausgaben zurückschrecken, die uns die große
 Vergangenheit Russlands auferlegt. Der außerordentliche Charakter

dieser Anforderungen zwingt zu der Deckung außerordentlicher Einnahmequellen. Der Finanzminister wird infolgedessen neue Steuern beantragen, darunter eine Einkommensteuer und Abänderungen der Erbschaftsteuer. Die Regierung will auch den Organen der Selbstverwaltung einen Teil der Staatsbeiträge überlassen; denn wenn die Befugnisse der Semstros und der Städte ausgedehnt werden, muß die Regierung ihnen auch die Möglichkeit gewähren, ihre neuen Verpflichtungen zu erfüllen.

Am Schluß der Erklärung heißt es: Die Beruhigung und die Wiedergeburt des großen Russland ist nur möglich auf dem Wege der Verwirklichung der neuen Prinzipien.

Wenn's mit schönen Versprechungen getan wäre, wäre das russische Volk schon lange das freieste, das glücklichste Volk der Welt.

Petersburg, 19. März. (W. T. B.) Nach lebhafter Debatte über die Erklärung Stolypins wird mit großer Mehrheit beschlossen, über dieselbe einfach zur Tagesordnung überzugehen und die nächste Sitzung auf morgen angesetzt.

Demonstrationsstreik.

Moskau, 19. März. (W. T. B.) Das Zentralorgan der Studentenschaft fordert Studenten und Arbeiter auf, das Andenken der kürzlich hingerichteten Studenten durch einen eintägigen Streik zu ehren.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. März 1907.

Die Politik des Kneifens.

Unsere Hurratrioten sind von ihrem deliranten Siegestaumel noch immer nicht zum Bewußtsein der politischen Wirklichkeit zurückgekehrt. Noch immer hängt ihnen der Himmel voller Geigen. Sie halten noch immer dieselben Siegesreden, die sie auf den zur Feier des Wahlsieges veranstalteten Festbanketts zum besten gegeben haben. In ihrem Siegesrausch kommt ihnen auch gar nicht die beispiellose Feigheit der Regierung zum Bewußtsein, die den sozialdemokratischen Anklagen geflissentlich ausweicht, trotzdem die Anschuldigungen diesmal unendlich schwereres Belastungsmaterial enthalten, als die Anklagen, gegen die sich Bülow im Falle der 12 000 Mark-Affäre seinerzeit so eifrig verteidigte. Die Regierung hat sich seitdem eine moralische Rhinoceroshaut zugelegt — aber das ist doch kein Beweis ihrer Stärke, sondern nur ihrer beispiellosen Skrupellosigkeit. Oder sollten sich die Parteien des Bloß wirklich einbilden, sie hätten diesmal einen Wahlsieg erlitten, daß sie für alle Zeiten des Sieges sicher wären? Das wäre denn doch eine geradezu abenteuerliche Selbsttäuschung, denn trotz Flotten-Klein und Reichslügenverband hat die Opposition diesmal noch immer die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigt, wie Bebel in der heutigen Reichstags-Sitzung treffend hervorhob. Den Bloßparteien ist es diesmal gelungen, eine Million Stimmen von der „Partei der Nichtwähler“, den politisch Indifferenten und Unaufgeklärten, durch eine beispiellos intensive und struppellose Wahl-agitation herauszuholen. Daher ihr Erfolg! Aber dies Reservoir ist schon diesmal nahezu erschöpft. Möglich, daß diese Elemente das nächste Mal ihre Schuldigkeit noch tun. Dann oder sitzen Regierung und Regierungsparteien wieder auf dem Trodnen!

Wenn man einen Ueberblick über die politische Situation erlangen will, darf man nicht einfach zwei aufeinander folgende Wahlen miteinander vergleichen, sondern längere Zeiträume. Vergleiche man aber die Wahlen von 1887 mit den Wahlen von 1907, so zeigt sich, daß — trotz der Sottentotwahl! — die Konserverativen, Freikonservativen (samt ihren Ablegern, den Antisemiten und Bauernbündlern), National-Liberalen und Freisinnigen zusammen seit 1887 kaum eine Viertel Million Stimmen gewonnen haben, während die Sozialdemokratie um zweieinhalb, das Zentrum um dreiviertel Millionen Stimmen zugenommen haben! Wenn die Regierungsparteien in solchem Tempo weiter „siegen“, sind sie nach abermals zwei Jahrzehnten rettungslos verloren! Wie kindisch nimmt sich da der gegenwärtige Siegesjubel der Konserverativen, Antisemiten und Liberalen aus!

Bebel geißelte heute noch einmal, weit ausholend, die skandalöse Wahlmanche der Regierung. Daß an den Regierungstischen nicht ein einziges Männlein saß — wie der Meister spuckt, so räuspert sich die Heinen Götter — ließ sich Bebel nicht im geringsten ansehen. Er führte der Regierung und ihren Helfern von der Heim- und Liebergarde noch einmal das vollgerüttelte Maß ihrer Agitationsfünden vor Augen. Die eindringlichen Anklagen Bebels nahmen die Stipendiaten der Regierung und der der Regierung zur Verfügung gestellten Korruptionsfonds anfangs mit schamhaftem Schweigen entgegen. Allmählich erwachten jedoch die Lebensgeister der Rechten soweit, daß sie die infamierendsten Brandmarkungen Bebels mit dreifachem Gejohle quittierten. Die heizende Ironie Bebels, der die Rechte als die Herren des guten Tons und der Bildung blutig verhöhnte, beantworteten die ostelbischen Schlachtzigen mit frohlockender Zustimmung!

Die auf Bebels Rede folgende Debatte stand auf dem denkbar tiefsten Niveau. Herr Liebert, der Generalissimus des Reichslügenverbandes, begnügte sich mit einer persönlichen Bemerkung. Dafür nahmen zwei Kopisten der Rechten, der Referententant und Landrichter Dr. Wagner, Vertreter des 9. sächsischen Wahlkreises und der Amtsrichter Bahrenhorst, Vertreter des 17. hannoverschen Wahlkreises, das Wort, um ihren anmutigen Wahlreden noch doppeldeutiger Wiederholung auch durch Aufnahme in das amtliche Reichstagsprotokoll ihre Unsterblichkeit zu sichern. Diese mit selbstgefälliger Naivität vorgetragenen Wahlpausen erregten im ganzen Hause die gebührende Heiterkeit. Besonders komisch nahmen sich die Schilderungen des sozialdemokratischen Terrorismus durch Herrn Bahrenhorst aus, der des langen und breiten in gruseliger Weise erzählte, wie die Sozialdemokraten in Harburg, eine neue Hehne, bei einem Bierbankett sogar beim unheimlichen Glanze von Talgkerzen in die Bierkeller gestiegen seien, um zu kontrollieren, ob auch kein hochfeinertes Bier verzapft werde. Zum Mundstück der alten schändlichen Verleumdungen gegen Genossen Singer machte sich der Antisemit Zimmermann, der aus der „Staatsbürger-Zeitung“ Bruchstücke eines Gerichtskenntnisses verlas, durch das Singer wegen seiner Teufelsarbeit an der Konfektionsfirma, an der er früher beteiligt war, in Gegensatz zu seinen politischen Forderungen gestellt werden sollte. Genosse Singer antwortete mit der gebührenden Schärfe auf diese Neuauflärung einer seit 20 Jahren trotz aller Widerlegungen immer wieder von neuem aufgetauchten Verleumdung.

Den Schluß der Verhandlungen bildete die Besprechung der Poleninterpellation über den Schul-

streik. Für die Sozialdemokratie sprach in der Diskussion Genosse Ledebour, der in einer scharf pointierten Rede, deren Wirkung sich auch die „nationalen“ Parteien nicht entziehen konnten, die Politik der preussischen Regierung einer mächtigen Kritik unterzog. Eine groteske Szene war es, als Graf Pofadowsky auf eine Minute im Saale erschien, um die lakonische Erklärung abzugeben, daß die Regierung die Verantwortung der Interpellation ablehne, weil sie eine rein preussische Angelegenheit behandle!

Die Volksschule im Kampfe gegen die Sozialdemokratie.

Das preussische Abgeordnetenhaus setzte am Dienstag die zweite Beratung des Kultusetats fort und bewilligte zunächst Herrn v. Studt sein Gehalt, um das er oder vielmehr seine Räte fast vier Tage lang gekämpft hatten. Der Abstimmlung ging eine scharfe Auseinandersetzung zwischen den Herren Dr. Forst (3.) und Cassel (fr. Sp.) über die wichtige Frage voraus, ob das Zentrum oder die freisinnige Volkspartei „nationaler“ gefürchteter sei. Mit wohlbedienter Ironie geißelte Dr. Forst das Gebaren des Freisinn, der sich so aufspielt, als habe er die nationale Gesinnung in Erbpacht genommen, der in seiner Entzückung über den Bülow'schen Silbersturz sogar soweit gegangen ist, dem Zentrum in seinen Flugblättern Mangel an nationalem Gefühl vorzuwerfen, obwohl er in einer ganzen Reihe von Wahlkreisen mit Hilfe des Zentrums in den Reichstag gelangt ist! Das sind Tatsachen, die sich nun einmal nicht aus der Welt schaffen lassen, auch nicht durch die rabulistischen Interpretationskünste des Herrn Cassel. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien sollten doch endlich eingesehen haben, daß mit keinem Wort ein so schlimmer Mißbrauch getrieben wird wie mit der Phrase von der „nationalen Gesinnung“. National sind immer diejenigen Parteien, deren Hilfe die jeweilige Regierung gebraucht. Im Reich sind zurzeit die Freisinnigen national, weil sie dem Bloß Oerebsfolge leisten, in Preußen sind es die Herren vom Zentrum, die der Regierung hilfreiche Hand leisten bei ihren Bestrebungen, die Schule und womöglich auch die Universtitäten der Kirche auszuliefern.

Auffallend war es übrigens, daß sich Fürst Bülow während der Generaldebatte auch nicht ein einziges Mal im Hause blicken ließ. Und doch wäre seine Anwesenheit dringend erforderlich gewesen, einmal aus Gründen förmlicher Rüterlichkeit, damit er dem hilflosen Kultusminister beibringen, und zweitens im politischen Interesse, damit er den krassen Gegensatz zwischen seinen Reden im Reichstag und den Taten seiner Regierung in Preußen aufklären konnte. Aus seinem Fernbleiben wird man wohl mit Recht den Schluß ziehen dürfen, daß er an eine Aenderung der preussischen Politik nicht denkt, mit anderen Worten, daß die preussische Reaktion nach wie vor tonangebend für ganz Deutschland sein soll.

Die weitere Debatte, die sich um die Frage des Elementar-Unterrichtswesens drehte, brachte von neuem den Beweis dafür, wie wenig Preußen ein Recht auf den Namen eines Kulturstaates hat. Die erste Aufgabe zur Hebung der Kultur, die Pflege des Volksschulwesens, wird aufs schmachlichste vernachlässigt; der Lehrermangel, über den schon seit Jahren beachtliche Klagen erhoben sind, ist nicht in der Abnahme, sondern in der Zunahme begriffen, die Schulbauten lassen vielfach alles zu wünschen übrig, so daß die bekannten „Brüßlichen Schulpaläste“ keineswegs eine vereinzelte Erscheinung sind. Hand in Hand mit der Vernachlässigung des Volksschulwesens geht das Streben, die Volksschule den herrschenden Klassen dienstbar zu machen, und Abg. v. Kardorff (fr.) sprach sicher im Sinne der Landtagsmehrheit, als er seinem Bedauern darüber Ausdruck gab, daß es immer noch nicht gelungen sei, den Unterricht so zu gestalten, daß er die jungen Leute von den „Verlockungen der Sozialdemokratie“ fernhält. Die Schüler sollen, wenn es nach dem Willen der herrschenden Kreise Preußens geht, nicht in den Fächern unterrichtet werden, die es ihnen ermöglichen, den schweren Kampf ums Dasein zu bestehen, sondern sie sollen religiös und patriotisch erzogen werden! Als ob auf der Volksschule noch nicht genug Religion, noch nicht genug tendenziös zugespitzte Weltgeschichte gelehrt würde!

Deutsches Reich.

Sozialdemokratische Landtagswahlzige in Sachsen-Altenburg.

Altenburg, 19. März.

(Privatdepeſche.)

Bei den heutigen Landtagswahlen hat die Sozialdemokratie die bisher innegehabten drei Sitze in der dritten Abteilung glänzend behauptet. In der Stadt Altenburg siegte Genosse Buchwald mit 254 gegen 1550 Stimmen. In den Städten des Ostkreises siegte Genosse Kappeler mit 1628 gegen 749 Stimmen und in den Städten des Westkreises Genosse Horn mit 992 Stimmen gegen 636. Die unterlegenen Gegner waren sämtlich vom Reichsverein aufgestellt. Der sozialdemokratische Stimmenzuwachs beträgt 620; die Reichsvereiner gewonnenen 340 Stimmen im Ostkreis und verloren 107 im Westkreis.

Die Wahlen in den Landbezirken sind noch im Gange. In den Städten ist die Niederlage des Reichslügenverbandes, der eine große Tätigkeit für die Bürgerlichen entfaltet hat, eine komplette.

Die Klankereien des „Lokal-Anzeigers“ vor dem Seniorenlombent.

Der Präsident des Reichstages teilte gestern dem Seniorenlombent mit, die Nachricht des „Lokal-Anzeigers“, daß die Staatsanwaltschaft gegen die sozialdemokratische Fraktion Klage eingeleitet habe wegen Abhaltung einer Versammlung im Reichstage, in der über öffentliche Angelegenheiten verhandelt worden sein soll, habe ihm Veranlassung gegeben, beim Reichskanzler über das beabsichtigte Eingreifen in das Hausrecht des Reichstages Beschwerde zu führen.

Der Reichskanzler habe zugesagt, sich über den Vorgang zu informieren und sich im allgemeinen mit den Auffassungen des Präsidenten über die eventuelle Unzulässigkeit solchen Vorgehens einverstanden erklärt.

Inzwischen ist nun festgestellt worden, daß die Nachricht des „Lokal-Anzeigers“ unrichtig ist, daß es sich um polizeiliche Maßregeln handelt und die Angelegenheit nicht bei der Staatsanwaltschaft liegt; diese Mitteilung ist dem Präsidenten des Reichstages von dem preussischen Minister des Innern zugegangen. An diese Feststellung des Präsidenten knüpfte sich eine längere Diskussion, in der von den Rednern aller Parteien energisch die Aufrechterhaltung des jetzigen Zustandes — die freie Benutzung der Fraktionszimmer zu Besprechungen aller Art — gefordert wurde. Man war allgemein — wir glauben mit gutem Recht — der Ansicht, daß der Zwischenfall durch das Eingreifen des Präsidenten erledigt sei. Die Erörterung darüber, ob aus Anlaß des Voralles seitens des Reichstages irgendwelche Maßregeln ergriffen werden sollen, endete mit der allgemeinen Uebereinstimmung, daß unter der Voraussetzung der Beledigung des Zwischenfalls der Reichstag keine Veranlassung habe, der Angelegenheit näher zu treten.

Die Vertreter aller Parteien ersuchten den Präsidenten, bei dem Reichskanzler dahin zu wirken, daß dieser durch Umweisung an die ihm nachgeordneten Verwaltungsjstellen dafür Sorge trage, daß der jetzt im Reichstage geltende Gebrauch rüchhaltig los respektiert wird.

Bezüglich der Geschäftslage vereinbarte der Seniorenlombent, daß nach Beledigung des Reichstages und der noch vorliegenden Interpellation die Osterferien beginnen. Allem Vermuten nach tritt die Osterpause am Donnerstag oder Freitag ein.

Dieser Bericht aus dem Seniorenlombent des Reichstages zeigt mit wünschenswertester Deutlichkeit, wie sehr sich die Denunzianten in dieser Hfäre blamieren haben. Der „National-Zeitung“ ist die Anrempelung als Denunziantin dem auch höchst unangenehm und sie sucht sich mit der faden Ausrede herauszureden, daß sie ihre Meldung erst gebracht habe, nachdem bereits von der Staatsanwaltschaft eingeschritten war. Das ist, wie der obige Bericht aus der Sitzung des Seniorenlombents beweist, unwahe. Offenbar ist auch erst auf die denunziatorische Notiz der „National-Zeitung“ hin die Polizei zu ihren „Ermittelungen“ geschritten, denn sonst ließe sich nicht erklären, daß die Angelegenheit heute noch nicht bei der Staatsanwaltschaft angelangt war.

Die Verwahrung der „National-Zeitung“ ist umso unangebrachter als sie in ihrer heutigen Nummer das Denunziantenhandwerk munter fortsetzt, wobei sie sich allerdings feige den Rücken zu deden such durch die Formel: „Man schreibt uns...“ und den Redigier. Wir geben diese Zuschrift wieder, ohne uns mit allen Einzelheiten zu identifizieren. In der Zuschrift wird behauptet, daß das Reichstagsgebäude systematisch zur geheimen Agitationsstätte der Sozialdemokratie geworden ist und dann wird die folgende schauerliche Perspektive entrollt:

„Die Mitglieder der Generalkommission der Gewerkschaften rufen an, um hier im Reichstage über eine gegen die ganze bürgerliche Gesellschaft und den modernen Staat gerichtete Agitation (Raifeier) zu beraten. Wenn das so weiter geht, wer garantiert dafür, daß nicht eines Tages die weitgehendsten Konspirationen gegen Staat und Gesellschaft seitens der Sozialdemokratie im Reichstage gepflogen werden. Das wäre wirklich der Clou ihrer Agitation, wenn angeführt der ungeheueren Streifsbewegung die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion mit der Generalkommission der Gewerkschaften und den Leitern der zentralisierten gewerkschaftlichen Verbände hier im Reichstage den Generalstreik, der unser Vaterland in seinem Innersten erschüttern würde, proklamieren würden.“

Als Beweis für diese furchtbare Möglichkeit, die den guten Bürgern einen heillosen Schrecken einjagen und die Öffentlichkeit für eine Beschränkung der Rechte des Reichstages günstig stimmen soll — anscheinend ist die ganze Phantasie aus interessierter polizeilicher Feder geflossen — werden zwei Zirkulare der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und des sozialdemokratischen Parteivorstandes abgedruckt, die älteren Datums sind. Das erstere ladet zu einer Fraktions-Sitzung ein, zu der auch die Mitglieder der Generalkommission der Gewerkschaften geladen waren, das zweite zu einer Zusammenkunft der Geschäftsleiter der Parteidruckereien. Wir haben nicht nötig, uns weiter darüber auszulassen noch die schaurigen Phantasien der besorgten Ordnungstreier ernsthaft zu behandeln. Nur eine Frage möchten wir uns erlauben. Die „Nationalzeitung“ war ja auch unter den „nationalen“ Blättern, die über den „Diebstahl“ der Heim-Visiere ein gehöriges Quantum sittlicher Entrüstung produzierten, die nach der Veröffentlichung geheimer amtlicher Aktenstücke durch die sozialdemokratische Presse mit solcher Entrüstung nicht gespart haben. Wie vereinbart das edle Blatt damit die Benutzung der vertraulichen Zirkulare sozialdemokratischer Parteinstanzen, vertraulicher Zirkulare, die offenbar nicht auf lautem Wege in die Hände der Veröffentlichung gelangt sind? —

Anarchistenjurist.

Zu dem bereits gestern gemeldeten Verbot der geplanten Offenbacher Anarchistenkonferenz wird uns aus Offenbach geschrieben:

„Die hiesige Bürgermeisterei bzw. der zuständige Polizeirat hat sowohl dem als Führer der hiesigen Anarchisten bekannten Grabert Janshof wie dem Vize der Gewerkschaftsanhänger eröffnet, daß der für die beiden Osterfeiertage anberaumte Anarchistenkongreß verboten sei auf Grund des § 56 Abs. 3 der hiesigen Städteordnung. Eventuell werde die Durchführung dieses Verbots durch Zwangsmittel herbeigeführt. Der angezogene Paragraph, der unter denjenigen rangiert, die von den Obliegenheiten des Bürgermeisters handeln und im speziellen sich mit den Pflichten des Lokalpolizeibeamten befaßt, sagt in seinem Absatz 3, Ziffer 3:

„Der Bürgermeister ist auch befugt, neben der strafgerichtlichen Verfolgung, gefahrbringende oder rechts- oder ordnungswidrige Zustände innerhalb seiner Zuständigkeit zu beseitigen und deren Entstehung oder Fortsetzung zu hindern und die Erfüllung solcher Verbindlichkeiten des öffentlichen Rechts, für deren Zwangsweisen Vollzug ein besonderes Verfahren nicht vorgeschrieben ist, zu erzwingen. Anordnungen dieser Art sind nur insoweit zu treffen, als sie im öffentlichen Interesse geboten erscheinen.“

Außerdem ist unter Ziffer 1 dieses Paragraphen von der Befugnis die Rede, Gebote und Verbote für örtliche Interessen nach Anhörung der Stadtverordnetenversammlung mit ministerieller Genehmigung zu erlassen, ohne jedoch an die Zustimmung der Stadtverordneten gebunden zu sein. Ferner heißt Ziffer 2 vor, daß für den Fall außerordentlicher Vorkommnisse, die die Sicherheit der Personen oder des Eigentums bedrohen, sobald Gefahr auf jedem Verzuge steht, der Bürgermeister vorübergehende Anordnungen auf die Dauer von vier Wochen unter Androhung von Polizeistrafen treffen kann.

Das sind die Grundlagen, auf denen das Verbot des Anarchistenkongresses ruht. Es gehört starke Kombinationsgabe dazu, darin eine Handhabe zu solchen Vorgehen zu finden, noch dazu in einem Staate, in dem völlige Versammlungsfreiheit herrscht und keine Anmeldepflicht besteht. Lin dem ganzen einen einigermaßen plausibel scheinenden Halt zu geben, wird auf die Gefahr verwiesen, die durch die antimilitaristische Agitation der Anarchisten hervorgerufen werde und sich auch in der Herausgabe des verbotenen „Soldatenbreviers“ wie des Tagesordnungspunktes über den Antimilitarismus zeige. Hätten die Veranstalter des Kongresses die Sache nicht an die große Glocke gehängt, wer weiß, ob jemand in Offenbach an den Osterfesten von der großen „Gefahr“ etwas gemerkt hätte. —

Politik im Schwurgerichtssaal.

Vor dem mecklenburgischen Schwurgericht in Güstrow hatten sich dieser Tage sieben Personen aus Rostock, darunter ein junges Mädchen, wegen Aufruhrs und Widerstandes gegen einen Polizeibeamten zu verantworten. Der Anlaß war eine reines Lappalie, so daß es jedem, der die Rechtskraft unserer Güter der Ordnung, sobald es sich um Arbeiter handelt, nicht kennt, unverständlich erscheint, wie man eine hochnotwendige Klage auf Aufrechterhaltung der Ordnung erheben konnte. Aber nicht das allein ist es, was diesen Prozeß beachtenswert macht. Weit mehr noch wird das öffentliche Interesse berührt durch die Tatsache, daß die Verteidigung als Schutzzeugen für einen der Hauptangeklagten den Verband reichsweiser Arbeiter aufmarschieren ließ.

Am Spätabend eines Sonntags, den 21. Oktober vorigen Jahres — man beachte dies Datum — zechten zwei junge Arbeiter von 19 und 20 Jahren in einem Rostocker Tanzlokal. Beim Verzehr gab der eine, wie er behauptet, aus Versehen, dem Vize ein 2 Pfennig-Stück statt 10 Pf. Es kam zu einem Wortwechsel, der

Damit endete, daß der andere Arbeiter die Rede seines Kameraden bezahlte. Inzwischen hatte aber schon der Wirt einen in der Nähe seines Lokals postierten Schutzmännchen rufen lassen. Während der Wirt dem Polizisten den Verlauf des Zwischenfalles erläuterte, warf ein ganz unbeteiligter Arbeiter, der an einem anderen Tisch saß, in erregter Weise dem Schutzmännchen grobe Bemerkungen an den Kopf. Offenbar um seine Amtswürde zu wahren, verlangte der Schutzmännchen von dem Zwischenrufer, er solle ihm auf die Sache folgen zur Feststellung seiner Personalien, was dieser auch scheinbar ganz gutwillig tat.

Das polizeiliche Einschreiten hatte jedoch allgemeines Aufsehen erregt. Die Erregung wuchs, als im Tanzlokal verkündete, daß der sistierte junge Mann an epileptischen Anfällen leide. Etwa 40 bis 50 Personen folgten dem Schutzmännchen und dem Verhafteten. Als dieser das nahe dem Tanzlokal gelegene Haus seines Vaters, bei dem er wohnte, passierte, wollte er entweichen und setzte sich, als der Schutzmännchen ihn anpöckte, zur Wehre, worauf ihn der Schutzmännchen mit blankgelegtem Säbel einen Hieb versetzte. Durch den Lärm wurden der Vater und die Schwester des Sistierten herangelaufen. Sie führten sich während auf den Schutzmännchen, rissen beide Streitende auseinander und nahmen dem Schutzmännchen den Säbel ab, worauf alle drei verschwanden. Bei dem Ringen zwischen Vater, Sohn und Schwester einerseits und dem Schutzmännchen andererseits hatte letzterer eine Wunde an der Nase davongetragen, auch seinen Helm verloren, mit dem die jubelnde Menge Fußball spielte. — Auch sollen einige Personen aus dem Publikum auf ihn losgeschlagen haben.

In diesem Vorgang erlöste die sogenannte Beschlußkammer des Rostocker Landgerichts die Merkmale des Aufruhrs und überwies die Sache dem Schwurgericht. Allerdings die Hauptperson der ganzen Handlung, jener sistierte junge Arbeiter, mußte außer Verfolgung gesetzt werden, weil die Gerichtsärzte ihn wegen seiner epileptischen Erkrankung für unzurechnungsfähig erklärten. Nach dem Staatsanwalt hat es sich nicht um einen einfachen Aufruhr, sondern um einen wirklichen Aufruhr gehandelt, um ein Massenverbrechen, entstanden aus Reugierde und Lust am Lärm. Die furchtbare Gefahr, die solche Zusammenrottungen im Gefolge haben könnten, habe den Gesetzgeber mit Recht harte Strafen für alle Teilnehmer vorsehen lassen. Vater und Schwester des Sistierten könnten allerdings nur wegen Widerstandes in Frage kommen, aber gegen die fünf anderen beteiligten Personen halte er die Anklage wegen Aufruhrs aufrecht.

Der Verteidiger, ein Rechtsanwalt Dr. Schlichting, hat schon während der Beweisaufnahme ganz unermittelt den Vater des Sistierten gefragt, ob er als reichstreuere Arbeiter viel zu leiden gehabt hätte von anders gestimmten Kollegen, auf der Rostocker Reptun-Werft, worauf jener „ja wohl, sehr viel“ geantwortet hatte. Jetzt, in seiner Verteidigungsrede, führte der Anwalt aus, der angeklagte Vater sei ein ordentlicher Mann, der während der großen vorjährigen Aussperrung auf der Rostocker Reptun-Werft mutig zum Streikbrecher geworden sei und der es wagt, auf der Reptun-Werft Mitglied des Verbandes der reichstreuere Arbeiter zu sein. Ein solcher Arbeiter verdiene das Wohlwollen aller wahren Vaterlandsfreunde und er erwarte von den Geschworenen, daß sie einen solchen Angeklagten milde beurteilen. Auch möchten die Geschworenen bedenken, daß der sistierte Sohn zweifellos durch den Besuch von „Wahlversammlungen“ aufgeregt worden sei.

Obgleich dem patriotischen Rechtsanwalt, in dessen Reihen die eifrige Tätigkeit des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie im letzten Wahlkampf augenscheinlich noch nachzitterte, das kleine Versehen passierte, daß er die Wählerversammlungen in die Zeit um den 21. Oktober vorigen Jahres verlegte, so scheint doch sein eigenartiger Appell bei den Geschworenen keine tauben Ohren gefunden zu haben. Wenigstens sprachen sie den Vater und dessen Tochter frei. Dagegen wurden vier andere Angeklagte des Aufruhrs für schuldig befunden und zu neun und acht Monaten Gefängnis verurteilt.

Gegen die Schiffsabgaben auf natürlichen Wasserstraßen hat sich am Sonntag in Mainz der heftige Handelskammertag mit großer Deutlichkeit ausgesprochen. In einer einstimmig angenommenen Resolution heißt es:

Der heftige Handelskammertag richtet an die verbündeten Regierungen die dringende Bitte, möglichst bald eine Erklärung dahin abzugeben, daß die Einführung von Schiffsabgaben auf natürlichen Wasserstraßen, deren Habermänner künstlich vertieft sind, eine Frage ist, die nur auf dem Wege der Abänderung der Reichsverfassung und der Abänderung der Reichsverfassung unterzogen werden können. Der heftige Handelskammertag gibt wiederholt der von den einzelnen Kammern bereits ausgesprochenen Ueberzeugung Ausdruck, daß die Einführung von Schiffsabgaben auf den natürlichen Wasserstraßen nach der Verfassung und nach bestehenden internationalen Verträgen unzulässig und auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus zu verwerfen ist.

Die liberal-konservative Paarung dürfte freilich in diesem Punkte einen bedenkliehen Sprung erhalten. Bülow müßte im Reichstage einen recht ergötzlichen Gieranz aufzuführen, wollte er bei Beratung dieses Punktes den verschiedenen Richtungen des Blodes Rechnung tragen. —

Bürgerliche Boykottmante.

Während die bürgerlichen Parteien sich über die sozialdemokratischen Boykotts entziehen, greifen sie selbst bei jeder ihnen passenden Gelegenheit zum Boykott — nur mit dem Unterschied, daß die Arbeiterkassen nur dann zu diesem Mittel ihre Zustimmung geben, wenn man ihre die Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte verweigert; die bürgerlichen Parteien hingegen um der geringfügigsten Irrtümer willen diese Waffe benutzen. So erlassen z. B. viele Mitglieder der deutsch-hannoverschen Partei im hannoverschen Welfenblatt folgende Aufforderung an ihre Gefinnungsgenossen:

„Wir sind uns der großen wirtschaftlichen Macht bewußt, welche eine Partei auszuüben imstande ist. Deshalb haben wir uns fest entschlossen, unsere beträchtlichen Einkünfte in denjenigen Geschäften vorzunehmen, die uns aus unserer Parteipresse bekannt geworden sind. Wir fordern also alle Geschäftsleute, denen an einem neunenswerten Umsatz ihrer Waren unter dem lauffähigen Stamm des Landes Hannover gelegen ist, desgleichen alle Hotelwirte, Restaurateure und Unternehmer irgend welcher Art hiermit auf, durch regelmäßige Anzeigen in unseren Parteiblättern unseren Konsum sich zu sichern.“

Redigiert um den Stand ihrer Parteipresse zu haben, sollen also die nicht in dieser inserierenden Geschäfte boykottiert werden. —

Die genähten christlichen Arbeiter. Bei den Reichstagswahlen tröste man die christlichen Arbeiter in Bayern damit, daß bei den kommenden Landtagswahlen Arbeiterlandboten in weitestem Maße Berücksichtigung finden sollen. Nun verlangen die christlichen Arbeiter ein Mandat im Wahlkreis Ingolstadt. Da lachte man sie aus und sagte ihnen, daß sie doch nicht verlangen könnten, in einem für das Zentrum bombensicheren Wahlkreis aufgestellt zu werden, sie müßten schon mit einer Durchfallskandidatur zufrieden sein. Der Arbeiterlandbote, der von den christlichen Arbeitern vorgeschlagen war, erhielt ganze 7 Stimmen.

Der Frottenvereinsgeneral Reim hat gegen den Redakteur Schlichter von der „Germania“ die Privatklage wegen Beleidigung angetreten. Es handelt sich um die Artikel der „Germania“ bei der Veröffentlichung der Reichstagsbriefe.

Ein Antrag auf Herabsetzung der Zuckerksteuer von 14 R. auf 8 R. pro Doppelzentner haben die Nationalliberalen im Reichstage eingebracht. Der in der Brüsseler Konvention festgesetzte Uoberzoll von 4,80 R. soll danach eventuell um den Betrag ermäßigt werden, mit welchem ein Raffineriefabrikant den deutschen Zuckerkonsum belasten sollte. —

Die Konservativen wollen in nächster Zeit eifrige Parteiarbeit entwickeln. Der Gesamtvorstand der konservativen Partei hat in seiner Sitzung am 15. März beschlossen, einen Organisationsausschuß einzusetzen, der sich demnächst konstituieren und seine Tätigkeit beginnen wird. Ferner ist beschlossen worden, noch in diesem Jahre einen Delegiertentag einzuberufen und für Anfang des Jahres 1908 die Einberufung eines allgemeinen Parteitag zu veranlassen. —

Aus der Partei.

Der erste Sozialdemokrat zieht jetzt in das Gemeindeparlament von Jena ein. Für das durch den Fortzug des zum Reichsgerichtsrat ernannten Oberlandesgerichtsrats Dr. Vorig erledigte Mandat hatte eine Nachwahl stattgefunden. Während die Vorstände der tonangebenden bürgerlichen Vereine wieder einen Oberlandesgerichtsrat in Vorschlag brachten, tauchten zwei weitere bürgerliche Vorschläge auf, die Zersplitterung in die Reihen der Gegner trugen. Infolgedessen erhielt der sozialdemokratische Kandidat Genosse G. Ledder die Mehrheit.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Redakteursfreuden. Genosse Gustav Wabersich, der in seiner Eigenschaft als langjähriger verantwortlicher Redakteur des „Hamburger Echo“ schon unterschiedliche Male Gelegenheit gehabt hat, in stiller Klausur über seine von der strafenden Gerechtigkeit zum Teil sehr hart geahndeten „Sünden“ nachzudenken, hat am Montagvormittag eine zweimonatige Gefängnisstrafe wegen angeblicher Majestätsbeleidigung, die in einer kleinen Lokalnachricht über Wilhelm II. enthalten sein soll, im Hamburger Zentralgefängnis angetreten. Wie wir vor kurzem mitteilten, ist Genosse W. im Wiederaufnahmeverfahren von der Anklage der verleumderischen Beleidigung der Hamburger Polizei freigesprochen, nachdem er schon 42 Tage von der ihm zudiktirten Gefängnisstrafe von 5 Monaten verbüßt hatte. Hoffentlich wird unser Genosse auch diesen „kleinen Nachtrag“ gut überstehen, wie er ja auch alle übrigen kleinen „Betriebsunfälle“ gut überstanden hat.

Von den Kosten der Wahlrechtsbewegung. Genossin Gies hat die ihr vom Hamburger Landgericht zuerkannte Strafe von 3 Monaten Gefängnis wegen „Aufreizung zum Klassenhass“, welches Delikt sie anlässlich der Wahlrechtsbewegung in Hamburg begangen haben soll, angetreten. Hoffentlich wird ihr diese Aufreißerung nicht zum Schaden gereichen.

Soziales.

Arbeiterkammern oder Arbeitskammern?

Mehrere Blätter bringen folgende der „Sozialpolitischen Rundschau“ entlehnte irrtümliche Notiz über die Stellung der Reichstagsfraktion zur Frage, ob „Arbeiter-“ oder „Arbeitskammern“ einzurichten sind:

„Jetzt gibt plötzlich Hine die überraschende Erklärung ab, daß die Fraktion dem Wunsche der Gewerkschaften nachgeben und für einseitige Arbeiterkammern eintreten würde. Bedeutet das wirklich, wie einige Zeitungen sofort schreiben, daß die Sozialdemokratie in dem Momente, wo eine Forderung in das Reich des bald Erreichbaren kommt, wiederum ihre Forderung überstimmt, sich positiver Arbeit in der Sozialpolitik versagt? Oder bedeutet es, daß in Dresden, Jena und Mannheim die Gewerkschaften jetzt mächtiger als früher in der Partei sind? Das letzte ist das Richtige. Trotz allen äußerlichen Anscheines ist dieser Wandel ein Sieg und ein Nachweis der Gewerkschaften. Als solcher ist er lebhaft zu begrüßen. Aber er wird vielleicht nicht ohne Einfluß auf die Stellung auch der anderen Parteien und vor allem der Interessententresse bleiben.“

Der von den Bürgerlichen gemachte Versuch, einen Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaften, bald mit einer Erzählung von Unterwerfung der Gewerkschaften unter die Partei, bald mit einer Unterwerfung der Partei unter die Gewerkschaften ihre Leser zu unterhalten, ist so alt wie das Streben der bürgerlichen Parteien nach Spaltung der Arbeiterklasse. Ob Arbeiter- oder ob Arbeits- oder ob Arbeiter- und Arbeitskammern zweckmäßiger sind, hängt von den Aufgaben ab, die man diesen Organisationen zuweisen will, ist eine Frage der Zweckmäßigkeit, nicht des Prinzips. Die sozialdemokratische Fraktion hat auf dem sozialdemokratischen Parteitag zu Jena den Antrag erhalten, im Reichstage für Arbeiterkammern einzutreten. Die bürgerlichen Blätter hätten das aus S. 130 und 282 des Protokolls ersuchen können. Danach wurde am 20. September 1905 der Antrag der Kreisversammlung des 18. sächsischen Kreises angenommen, die Fraktion zu ersuchen, im Reichstage für Arbeiterkammern einzutreten. Die Erinnerung an diese Tatsachen würde freilich zu den Salbadereien wenig passen, mit denen totale Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse und tölpelhafte Eitelkeit sich über die positive Arbeit der Sozialdemokratie und über die Parteitage Dresden, Jena und Mannheim in bürgerlichen Blättern äußern.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Kampf in der Holzindustrie.

Am Montagabend hielten die Berliner Tischlermeister eine Versammlung ab, zu der nur solche Arbeitgeber Zutritt hatten, die sich an der Aussperrung beteiligen wollten. Nach den Berichten, die wir in bürgerlichen Blättern finden, hat Obermeister Kahardt den „Kampf auf der ganzen Linie“ gepredigt und, was er schon beim Abbruch der Verhandlungen auf dem Gewerbegericht in Aussicht stellte, „schärfere Mittel“ zur Fortsetzung des Kampfes empfohlen. Herr Kahardt sagte, den Arbeitgebern ständen jetzt neue Kampfmittel zur Verfügung; es hätten nicht nur Mitglieder der Arbeitgeberverbände der Holzindustrie, sondern auch der großen Verbände der Metallindustrie finanzielle Unterstützung für den Kampf in der Berliner Holzindustrie zugesagt. Man könne noch — sagte Herr Kahardt — zu besonderen Maßnahmen greifen, über die aber aus tatsächlichen Gründen vorläufig nichts mitgeteilt werden könne, jedenfalls werde man aber dadurch zu einem Vertragsabschluß unter Ausschluß des Holzarbeiterverbandes kommen. Die Versammlung nahm eine Resolution an, welche die Maßnahmen der Verbände der Arbeitgeberverbände billigt und erklärt, daß alle weiteren Verhandlungen mit dem Holzarbeiterverband abzubrechen sind.

Die geheimnisvolle Andeutung des Herrn Kahardt, man könne noch zu besonderen Maßnahmen greifen, die aber aus tatsächlichen Gründen noch verschwiegen bleiben müßten, erhält ihre Aufklärung durch einen ebenfalls in der bürgerlichen Presse verbreiteten Bericht über eine Delegiertensammlung des Arbeitgeber-Schutzbundes für das Holzgewerbe, die auch am Montag abgehalten worden ist. Diese Versammlung beschloß, daß jetzt ein „Kampfbis auf Messer“ gegen den Holzarbeiterverband geführt werden soll. Zu diesem Zweck soll zunächst am 1. April die Aussperrung aller organisierten Holzarbeiter folgen in Dresden, Leipzig, Görlitz, Guben, Oldenburg, Barmen und Halle a. S. Die Aussperrung soll nicht eher aufgehoben werden, als bis der Friede in allen diesen Orten und zugleich in Berlin, Kiel und Burg geschlossen wird.

Werden diese Maßnahmen durchgeführt, dann haben wir „den Kampf auf der ganzen Linie“, von dem die „Fachszeitung“ der Tischlermeister vor länger als einer Woche sprach. Die Arbeitgeber wollen also noch in sieben Großstädten den Krieg gegen den Holzarbeiterverband beginnen, damit in diesen und in drei anderen Großstädten, wo die Arbeitgeber ebenfalls den Kampf heraufbeschworen haben, Friede geschlossen wird. Das ist allerdings eine eigentümliche Methode, um „Frieden im Gewerbe“ herzustellen. Jedenfalls sind diese „besonderen Maßnahmen“ weder etwas Geheimnisvolles, noch kommen sie den Arbeitern überraschend. Es ist, wie gesagt, der Schlichtplan der Unternehmer, den die „Fachszeitung“ kürzlich enthüllt hat und der alles bestätigt, was man auch in den Reihen der Arbeiter längst wußte. Hier war man sich von Anfang an klar darüber, daß die Berliner Aussperrung erst der Anfang war von einem „Kampfbis auf Messer“, den die Unternehmer gegen den Holzarbeiterverband „auf der ganzen Linie“ zu führen dachten. Man wußte auch von Anfang an, daß die Unternehmer diesen Kampf nicht eigentlich wegen Differenzen in Lohnfragen und dergleichen führten, sondern daß es ein Kampfbis auf Messer sein sollte für das Ziel: Unumschränkte Herrschaft des Arbeitgebers und Ausschluß des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiterorganisation in bezug auf die Festsetzung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Das es so ist, das hat die „Fachszeitung“, und das haben die letzten Arbeitgeberversammlungen durch ihre Beschlüsse bestätigt. Wäher behaupteten die Arbeitgeber allerdings, die Berliner Aussperrung diene nur der Abwehr von Forderungen, deren Bewilligung gleichbedeutend wäre mit dem Ruin des Gewerbes. Diese Behauptung ist nunmehr durch die Arbeitgeber und ihre berufenen Organe selbst widerlegt. Die Arbeitgeber beabsichtigen nichts anderes, als dem Holzarbeiterverband nicht nur in Berlin, sondern in ganz Deutschland ihren Willen aufzuzwingen. Sie wollen die gegenwärtigen Löhne und Arbeitsbedingungen auf Jahre hinaus festlegen, den Arbeiter die Möglichkeit nehmen, günstige Konjunkturen auszunutzen, und damit die Anbelung der Arbeiterorganisation eine vollständige werde, sollen die Verträge in allen Städten Deutschlands zu demselben Termin ablaufen, und zwar mitten im Winter, in der Zeit des schlechtesten Geschäftsganges, so daß also den Arbeitern jede Gelegenheit genommen ist, bei der Erneuerung der Verträge ihre Forderungen mit Nachdruck zu vertreten.

Man sieht, es handelt sich hier um einen Kampf, bei dem nicht der „Ruin des Gewerbes“ abgewehrt wird, sondern durch den vielmehr den Arbeitern jede Möglichkeit, ihre Existenz als Arbeiter zu verbessern, genommen werden soll. So leichtes Spiel, als sie dachten, haben die Unternehmer mit dem Holzarbeiterverband nicht. Noch ihren „Verrechnungen“ müßte der Holzarbeiterverband längst besiegt sein. Er steht aber nicht nur unbesiegt da, sondern er führt den Kampf ebenso energisch wie von Anfang an weiter, und während der Holzarbeiterverband den Kampf immer noch aus eigener Kraft und mit eigenen Mitteln führen kann, müssen die Unternehmer bereits Hilfe und Unterstützung bei ihren Klassengenossen anderer Berufe in ganz Deutschland suchen und ihre Hoffnung auf die Gründung gelber Gewerkschaften setzen. Solche können es doch nur sein, auf die man beim Abschluß von Verträgen unter Ausschluß des Holzarbeiterverbandes rechnen. Nun, in dieser Hoffnung werden sich die Unternehmer täuschen. Wenn auch die braven Hirse den Grundstock für gelbe Gewerkschaften geben, woher sollten die anderen Schafe kommen, welche die Unternehmer in ihre Ställe locken möchten.

Die Führer der Unternehmer werden gewiß alles versuchen, um den „Kampfbis auf Messer“, den sie freventlich heraufbeschworen haben, in ihrem Sinne durchzuführen. Wenn sie dabei auch vielleicht auf die Unterstützung ihrer Kollegen in ganz Deutschland rechnen können, so steht ihnen auf Seite der Arbeiter ein Gegner gegenüber, der mit Sicherheit auf die Unterstützung und die wertvolle Hilfe der ganzen Arbeiterschaft rechnen kann, falls diese Hilfe erforderlich werden sollte. Es ist auch in diesem Falle dafür gesorgt, daß den Unternehmern nicht alle Blüten träume reifen.

Am 17. März fand bei Voerker in der Weberstraße eine Konferenz für den 4. Gau des Holzarbeiterverbandes statt. Vertreten waren 41 Zahlstellen durch 67 Delegierte.

Nach einem eindrucksvollen Referat Stuches über „die gegenwärtige Lage“ folgte eine rege Diskussion. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

„In Anbetracht der gegenwärtigen ersten Situation werden die Delegierten verpflichtet, sofort in ihren Zahlstellen dahin zu wirken, daß

1. alle vorhandenen, verfügbaren Gelder der Haupt- und Lokalasse sofort dem Vorstand zur Verfügung gestellt werden,
 2. Versammlungen einberufen werden, um zur Einführung resp. Erhöhung des Extrabeitrages Stellung zu nehmen.
- Ueber alle diesbezüglichen Entscheidungen der Lokalabteilungen und Mitgliedsversammlungen ist dem Gauvorstand sofort Mitteilung zu machen.“

Die Bewegung der Schneider.

Die für 36 Städte angekündigte Aussperrung ist nun, soweit es den Arbeitgebern möglich war, durchgeführt worden. Sie hat jedoch bis jetzt nur etwa ein Drittel des geplanten Umfangs erreicht, erstreckt sich auf 12 bis 15 Städte, und statt der 15—16000 sind nur 5—6000 Aussperrte zu zählen. Abgesehen von Berlin sind die Schneider in folgenden Städten ausgesperrt oder haben selbst die Arbeit niedergelegt: Frankfurt a. M., Augsburg, Hildesheim, Kempten, Bauen, Leipzig (die Damenschneider), Bitten, Jittau, Schwerin, Gäßrow, Mainz, Bonn, Chemnitz, Mannheim, Düsseldorf und Nürnberg, wo die Militärschneider trotz des noch geltenden Tarifvertrages ausgesperrt sind. In Hamburg haben die Arbeitgeber ebenfalls den geltenden Tarifvertrag gebrochen, weshalb hier die Gehäusen die Arbeit niederlegen wollen.

Nun hat sich jedoch Ende voriger Woche der Hauptvorstand der Arbeitgeber in einem Schreiben an den Vorstand des Schneiderverbandes zu Verhandlungen zwischen den beiden Hauptvorständen bereit erklärt. Nur ist es nicht klar, wie diese Verhandlungen geführt werden sollen. Scheint es doch von vornherein unmöglich, die Tarife für 36 Städte in München zu beraten. Der Hauptvorstand der Arbeitgeber ist denn auch um weitere Vorschläge über die Art der geplanten Verhandlungen ersucht worden. Es kann sich wohl hauptsächlich nur darum handeln, daß der Arbeitgeberverband es den Ortsgruppen seines Verbandes möglich macht, selbst mit der Gehäusen Tarifierverhandlungen anzuknüpfen.

Eine öffentliche Versammlung der Herrenschneider fand gestern nachmittags im großen Saal der Brauerei Friedrichshain statt. Der Saal war voll besetzt. Runge gab den Situationsbericht. Er teilte mit, daß zwischen ihm und Herrn Krause, dem Vorsitzenden der Berliner Ortsgruppe der Arbeitgeber am Freitag voriger Woche auf Wunsch von Arbeitgeberseite eine Zusammenkunft stattgefunden hat, die, wie im Einladungsbriefen betont war, persönlicher und privater Natur sein sollte. Daß Runge diesem Wunsche nachkam, geschah im Einverständnis mit der Lohnkommission und dem Organisationsvorstand. Bei der Aussprache zeigte es sich, daß Herrn Krause sehr daran gelegen war, Verhandlungen zustande zu bringen. Es wurde dann durch Ver-

gleich der Tarifvorlage der Arbeitgeber mit der der Arbeitnehmer beigefügt, daß wesentliche Differenzen zwischen den beiden Vorlagen nur in den Tarifen 1. und 2. Klasse bestehen, während die übrigen Tarifklassen, die für die kleinen Arbeitgeber hauptsächlich in Betracht kommen, in beiden Vorlagen fast ganz übereinstimmen. Daraus geht hervor, daß die kleinen Arbeitgeber eigentlich gar kein Interesse daran haben, diesen, ihnen gewiß schwer fallenden Kampf gegen die Gewerkschaft zu führen. Ferner erklärte Herr Krause, daß die Vorlage der Arbeitgeber nicht mehr als Grundlage für Verhandlungen gelten könne. Es war nämlich auch ihm klar geworden, daß diese Vorlage sehr mangelhaft ausgearbeitet ist. Er äußerte schließlich den Wunsch, die Leitung der Gehilfenorganisation möge dem Hauptvorstand der Arbeitgeber mitteilen, daß hier in Berlin eine Grundlage für Verhandlungen geschaffen sei. Darauf konnte Krüger selbstverständlich nicht eingehen; er erklärte jedoch, daß er dem Verbandsvorstand Stühmer diesen Wunsch Krauses mitteilen werde. Wie zu erwarten war, lehnte die Leitung der Gehilfenorganisation es ab, auf diese Weise den Berliner Arbeitgebern den Weg zu Verhandlungen frei zu machen. Es wurde ihrem Ortsvorstand mitgeteilt, daß sich die Arbeitgeber selbst an ihren Hauptvorstand wenden müßten, wenn sie dessen Zustimmung zu Verhandlungen haben wollten. Bereit zu verhandeln, sei die Gewerkschaft nach wie vor.

Der Redner bemerkte ferner, daß die Kämpfe in den verschiedenen Städten nun auch von der Gewerkschaft nicht mehr als rein lokale betrachtet werden könnten, sondern zu einem Kampf zwischen den beiden Zentralorganisationen geworden seien und als ein solcher zum Abschluß gebracht werden müßten. Schließlich zeigte der Redner an verschiedenen Beispielen, wie die Maßgeschäfte durch allerlei Kniffe ihre Arbeit unterzubringen suchen, was ihnen aber in den meisten Fällen nicht gelingt. Die Gehilfen tragen nämlich diese Arbeit, um nicht in den Verdacht zu kommen, Streikarbeit zu machen, nach ihrem Verbandsbüro. Hier lagern bereits eine Anzahl Pakete. Den betreffenden Arbeitgebern ist durch eingeschriebene Briefe mitgeteilt worden, daß sie ihre Arbeit dort gegen die nötige Legitimation in Empfang nehmen können.

Zur übrigen zeigte der ganze Verlauf der Versammlung, daß die Herrenmaßschneider fest im Kampfe ausharren, bis das Ziel erreicht ist.

Die Maßgeschäfte der Schneiderei sehen in der Konfektion einen schlimmen Konkurrenten, der um so gefährlicher wird, je mehr er strebt, nicht nur Raffensware für das „gemeine Volk“, sondern auch Kleidungsstücke zu liefern, die den „besseren“ Leuten brauchbar erscheinen. Da dies der Konfektion tatsächlich mehr und mehr gelingt, haben die Maßgeschäfte das größte Interesse daran, ihrer Kundschaft die Ueberzeugung zu erhalten, daß sie bei ihnen besser bedient wird, als durch die Konfektionsware. Nichts kann die Maßgeschäfte so schwer schädigen, als wenn der Kundschaft, statt wirklich nach Maß gearbeitete Kleidungsstücke, Konfektionsware und noch dazu schlecht gearbeitete Ware geliefert wird. Und doch haben sich infolge des Lohnkampfes der Herrenmaßschneider verschiedene Maßgeschäfte dazu verleiten lassen, ihre Kundschaft in dieser Weise zu betrügen.

Diese Tatsache wurde auch in einer öffentlichen Versammlung der Gesellen der Herrenkonfektion erwähnt, die am Montag bei Wendt in der Rungstraße stattfand. Hier sprach Rühr über die Aussperrung in der Maßschneiderei und die der Herrenkonfektion zugehörige Rolle. Aus dem Vortrage wie aus der Diskussion war zu entnehmen, daß man jetzt sowohl in eigenen Werksstätten der Konfektionsgeschäfte wie bei den Zwischenmeßern der Branche verstreut, Streikarbeit für die Maßgeschäfte unterzubringen, und durch allerlei Manipulationen bestrebt ist, die Gehilfen über die Herkunft der Arbeit zu täuschen. Um so mehr ist es notwendig, daß die Gehilfen in der Konfektionsbranche sich die ihnen zugewiesene Arbeit genau ansehen und in Zweifelsfällen ihre Organisationsvertreter um Rat fragen.

In der Versammlung wurde ferner über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in der Herrenkonfektion tätigen Gehilfen und ihre Neu- und Abregulierung gesprochen. Es Jahre sind seit der letzten Lohnbewegung in dieser Branche verfloßen. Die Vorteile, die im Jahre 1896 errungen wurden, sind größtenteils wieder verloren gegangen, weil es den Arbeitern dieser Branche an dem nötigen Verständnis für den Wert der Organisation fehlte. Ihre Lebenslage hat sich infolge der immer mehr steigenden Teuerung aller Lebensbedürfnisse stark verschlechtert. Der mächtige Aufschwung der Schneiderorganisation hat sich aber auch in der Herrenkonfektion geltend gemacht, so daß die nun geplante Lohnbewegung gute Aussicht auf dauernden Erfolg bietet. Für eine weitere Stärkung der Organisation in der Branche sowie dafür zu wirken, daß die Gehilfen nicht ihren kämpfenden Kollegen der Maßschneiderei in den Rücken fallen, war der Zweck der Versammlung.

Eine Zusammenkunft der Militärschneider nahm den Bericht der vorstellig gewordenen Kollegen entgegen. Das Ergebnis ist folgendes: Der Tarif voll und ganz anerkannt haben die Firmen Alt, Galopp, Hölter, Repler, Richter, Seiditz, Schernid, Schön, Stein, Schwarz und Winter. Das Warenhaus nimmt vorläufig abwartende Stellung ein; eine Lohnerhöhung soll aber auch hier bestimmt eintreten. Die Prozente, welche bisher von dem Geschäft einbehalten wurden, werden seit einiger Zeit jede Woche ausbezahlt, was darauf zurückzuführen ist, daß diese Firma aus dem Ring ausgetreten ist. Die 11 Ringgeschäfte haben ein gleichlautendes Schreiben an die Arbeiter gerichtet, in welchem ausgesprochen wird, daß sie bereit sind, die Löhne zu erhöhen, aber auch in Zukunft Prozente einbehalten wollen. Demgegenüber wurde von den Arbeitern betont, daß die ganze Bewegung nur auf Abschaffung der Prozente gerichtet sei. Von einer Lohnerhöhung könne man doch nicht reden, die sei doch zu minimal, um als Erhöhung angesehen werden zu können. Eine Resolution, welche besagt, daß die Arbeiter in den Ringgeschäften nochmals vorstellig werden sollen, um das eines freien Arbeiters unwürdige Prozentensystem auch in diesen Geschäften zu beseitigen, wurde einstimmig angenommen.

Lohnbewegung der Bäder.

Vor drei Wochen hat sich eine öffentliche Bäderversammlung im Prinzip für den Eintritt in eine Lohnbewegung erklärt, bei der in der Hauptsache drei Forderungen durchgesetzt werden sollen, nämlich: Verringerung des Kost- und Logisweseus, Einrichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises, Gewährung eines freien Tages in jeder Woche. Am Dienstagvormittag tagte in Kellers Saal eine Mitgliederversammlung, welche die Aufgabe hatte, die Forderungen im einzelnen zu beraten und festzusetzen. — Herr Schöpsold besprach die bekannten Vorgänge, welche dazu geführt haben, daß ein Zusammenarbeiten mit den Innungsvertretern zur Unmöglichkeit geworden ist und den Arbeitnehmern daher nichts anderes übrig bleibt, als durch eine allgemeine Lohnbewegung eine sichere Grundlage für ihr Arbeitsverhältnis zu schaffen. Der Referent legte der Versammlung einen Tarif vor, welcher den Meistern eingereicht werden soll. Der Tarif lautet:

Kost und Logis darf den Gesellen vom Meister in keiner Form als Lohnersatz gewährt werden. Lohnabzüge für Naturalien sind unzulässig. — Wo bisher die Gesellen noch Kost und Logis vom Meister erhalten haben, wird als Ersatz dafür ein Lohnzuschlag von 12 R. pro Mann zum Wochenlohn gezahlt. Der Mindestlohn beträgt pro Woche 28 R. Gesellen in verantwortlicher Stellung, ebenso Arbeiter in größeren leistungsfähigen oder Betrieben mit intensiver Arbeitsleistung ist entsprechend mehr zu zahlen. Der Lohn ist am Sonnabend oder Sonntag früh spätestens bei Beendigung der Arbeitszeit zu zahlen. Nach diesem Tarif geltende und gesetzlich zulässige Ueberstunden werden mit je 60 Pf. vergütet. Jede angefangene Stunde muß voll bezahlt werden.

Ausgehenden erhalten pro Tag mindestens 4,50 R. Verantwortlichen Arbeitern ist entsprechend mehr zu zahlen. — Arbeits-Bericht: Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inzeratenteil bezahlt.

Leistungen, die außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit verrichtet werden (Sauer machen, Ofenheizen usw.), müssen besonders, mindestens nach dem Uebereinstimmungsbesatz, bezahlt werden.

Die Arbeitszeit darf im Höchstfalle bis zu 12 Stunden ausgedehnt werden, wenn in die 12 Stunden eine Ruhepause von mindestens einer Stunde fällt. Wo diese Pause nicht gewährt wird, darf die Arbeitszeit nicht über 11 Stunden betragen, jedoch sind auch dann die notwendigen Essenspausen zu gewähren. — In größeren Betrieben, namentlich solchen mit elementarer Kraft, darf die regelmäßige Höchstarbeitszeit nicht mehr als 10 Stunden betragen.

Jedem Gesellen muß in jeder Woche ein völlig arbeitsfreier Tag von mindestens 36 Stunden gewährt werden. Lohnabzüge für denselben sind unzulässig. Mehr als 6 Schichten wöchentlich darf kein Geselle zur Arbeit benützt werden. Mehr als zwei Lehrlinge darf kein Meister beschäftigen.

Die gesamte Arbeitsvermittlung wird durch den bestehenden paritätischen Arbeitsnachweis geleitet. Die Wahl des Kuratoriums sowie die näheren Bestimmungen über den Arbeitsnachweis sind von der Schlichtungskommission zu regeln. Alle Arbeitgeber sind verpflichtet, die sämtlichen Arbeitskräfte von diesem Arbeitsnachweis zu beziehen.

Es ist eine aus 10 Meistern und 10 Gesellen sowie einem unparteiischen Vorsitzenden bestehende Schlichtungskommission einzusetzen. Die Mitglieder der Kommission sind von beiden Parteien selbstständig zu wählen, den Vorsitzenden ernannt das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts. — Die Beauftragten der Schlichtungskommission haben zum Zweck der Kontrolle und Ueberwachung des Tarifes freien Zutritt zu den Bädereien. Der Tarif währt bis zum 1. Mai 1900. —

In bezug auf die Lohnbewegung selbst sagte Henschold unter anderem, man werde sich diesmal nicht wieder mit den Innungsvertretern allein in Verhandlungen einlassen. Nur vor dem Gewerbegericht werde man verhandeln. Die Vorgänge seit der letzten Tarifberatung im Innungshause hätten gezeigt, daß man den Innungsvertretern nicht vertrauen könne, wenn die Verhandlungen nicht unter unparteiischer Kontrolle und Leitung stattfinden. Man sehe schon jetzt, daß die Innungen keine Verhandlungen wollen. Ihre bekannten Führer betrieben bereits eine lebhaft Agitation unter den Meistern, um sie zum Widerstand gegen die Forderungen der Gesellen scharf zu machen. Dabei werde mit Drohungen gearbeitet, die durch § 133 der Gewerbeordnung verboten sind. Konventionalstrafen von 300 R. würden von den Meistern verlangt für den Fall, daß sie in der Lohnbewegung den Anordnungen der Innungsführer nicht Folge leisten. — Es seien Fälle vorgekommen, wo die Scharmacher denen, die auf ihr Verlangen nicht eingehen wollten, drohen, sie würden in der Nachbarschaft des betreffenden einen neuen Laden einrichten, in dem 8 Stück Badware für 10 Pf. verkauft werden. Auf solche Weise bereiten die Innungen schon den Kampf vor. Angesichts dieser Umstände habe auch der Bäderverband die erforderlichen Schritte für die Lohnbewegung getan. Die Berliner Gewerkschaftskommission sei bereits von dem Vorstehenden unterrichtet, ihre Unterstützung stehe in Aussicht. Der Referent bemerkte noch, daß sich schon jetzt eine große Zahl von Bädermeistern bereit erklärt haben, die gestellten Forderungen ohne weiteres zu bewilligen.

Nach einer längeren Diskussion, die dem Referenten durchaus zustimmte, wurde der von ihm vorgelegte Tarifentwurf einstimmig angenommen. Derselbe wird nunmehr den Meistern zugestellt werden.

Der Kampf im Möbeltransportgewerbe wird von beiden Seiten mit großer Hartnäckigkeit geführt. Die Reinigung der Unternehmern mit Anauer an der Spitze hat die Parole ausgegeben, nicht mit dem Verbanne zu verhandeln. Dagegen mehren sich die Zahl der Streikenden aus allen Betrieben, die entweder ganz lahmgelegt sind oder nur mit großer Mühe teilweise aufrecht erhalten werden. Die Zuerst der Arbeiter zeigte sich wiederum in einer stark besuchten Versammlung, die am Dienstagmittag im Gewerkschaftshause abgehalten wurde. Der Berichterstatter Dehn erklärte, daß nur wenige Arbeitswillige von den Unternehmern aufzutreiben seien. Bei Anauer arbeiten (mit 43 Bädern, die überhaupt nicht an Streik teilgenommen haben) etwa 60 Mann und 200 streifen. Vergessen wurde die Firma gestern wieder „160 gute Arbeiter“ an den Anschlagtaulen. Schäfer hat nur 10 Arbeitswillige. Im ganzen hat man gegenwärtig mit etwa 100 der letzteren zu rechnen. Die Firma Birle hat Frieden gemacht und die Forderungen der Arbeiter bewilligt. Außerdem ist bei folgenden Firmen die Arbeit wieder aufgenommen worden: Warh, Prode, der Internationalen Transportgesellschaft, Bergmann-Friedenau, Werner, Wilmersdorf und einigen kleinen Unternehmern. Mit mehreren Firmen wurden Unterhandlungen gepflogen, die sich wieder zerlegt haben. Es kommen noch etwa 20 Betriebe in Betracht, die größten davon sind Anauer mit 200, Schur mit 150, Uebel mit 50, Piffel mit 40, Lehmann mit 35, Schulz mit 34, Schumacher mit 32 Streikenden usw. Die Unternehmer sind nicht müßig und suchen Hilfskräfte von allen Seiten heranzuziehen. Man hilft sich gegenseitig mit Arbeitern aus, die einseitig genug sind, diesen Mißbrauch mit ihrer Arbeitskraft treiben zu lassen. Herr Bolle, der Vorsitzende des Arbeitgebervereins für das Transportgewerbe, ist erucht worden, Aufseher und andere Arbeiter auszuweichen. Von einer Firma für Kullabuhde, Schiller, sind vom Inspektor 5 Mann zu Anauer geschickt worden unter der Drohung, sie würden entlassen, wenn sie nicht für Anauer anspannen würden. Wie man uns mitteilt, ist die Berliner Feuerwehr, die sich feinerzeit schon bei der Aussperrung in der Elektrizitätsindustrie arbeitswillig herbeigekommen, auch in diesem Lohnkampf freibredend in Aktion getreten. Bei dem Umzug des Bankiers Löwenberg waren 20 Feuerwehrlente tätig, die Geldkränke fortzuschaffen.

Die Ortsverwaltung des Verbandes hat bekannt gemacht, daß bei diesem Streik die Unterjüngung ausnahmsweise schon von Montag an gezahlt werden soll. Die Streikposten hatten vielfach Erfolg mit ihren Bestrebungen, Arbeitswillige herauszuholen. Daß es an Humor im Kampfe nicht fehlt, dafür sorgen gelegentliche Anekdote. Ein Streikposten bemerkte, daß am Sonntagmittag ein großer Umzug stattfand, der von Arbeitswilligen besetzt wurde, die dem Posten kein Gehör schenken wollten. Hingab dieser zur Polizei und brachte die Witte vor: „Herr Bachmeister, ich möchte gern jetzt, zwischen 12 und 2 Uhr, ausziehen.“ „Ja, das dürfen Sie nicht!“ donnerte der gestrenge Bachmeister. „Aha, ja, hier um die Ecke findet doch jetzt ein großer Umzug statt, von Arbeitswilligen ausgeführt, und Schupplente sehen zu“, bemerkte der Posten. Um, das war unangenehm, und es wurde dem Ratte bedeutet, die Sache werde sich schon auflösen. Es kommt sehr viel darauf an, wie die Streikposten ihre wichtige Aufgabe erfüllen und wie sie sich jeder Situation gewachsen zeigen, um der Bewegung zu nützen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Vom Streik der Sauerleute.

Hamburg, 20. März. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) 300 Engländer sind mit dem Dampfer „Olivia“ neu angekommen, 120 heute abgereist. 51 Engländer verweigerten heute die Arbeit. Die Zahl der nicht abgefertigten Schiffe vermehrt sich stark; seit gestern sind 19 Schiffe mehr angekommen als abgegangen.

Schneiderei in Hamburg.

Hamburg, 19. März. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Nachdem die Einigungsverhandlungen vor dem Gewerbegericht gescheitert sind, legten die Schneidergesellen heute bei den Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes die Arbeit nieder.

Im Sturm ertrunken.

Königsberg, 19. März. (B. L. Z.) Wie die Abendblätter aus Cranz melden, ist heute früh ein Fischerboot im heftigen Südweststurm bei Sarkon gesunken. Drei der Insassen sind ertrunken, der vierte konnte sich durch Schwimmen retten.

Kiel, 19. März. (B. L. Z.) Heute Abend ist der Ewer „Achilles“ aus Dornbusch auf dem Stoller Grund infolge Sturmes gesunken. Zwei Mann der Besatzung sind ertrunken.

Schlagende Wetter.

Boschum, 19. März. (B. S.) Auf der Zeche Bruchstraße entstand gestern während der Nachmittagschicht eine Explosion schlagender Wetter. Zwei Bergleute wurden schwer, zwei leicht verletzt, ein fünfter kam glücklich davon.

Bergmannslos.

Siegen (Westfalen), 19. März. (B. L. Z.) Auf Grube „Große Burg“ bei Reunkirchen wurden heute ein Obersteiger und drei Bergleute beim Einkurz eines Stollens unter die Trümmer begraben. Ihre Leichen wurden geborgen.

Ausdehnung des böhmischen Textilarbeiterstreiks.

Reichenberg (Böhmen), 19. März. (B. L. Z.) Deute ist die Arbeiterchaft von weiteren sechs großen Textilfabriken in Reichenberg und Umgebung wegen Lohnstreitigkeiten in den Ausstand getreten. Die Zahl der Ausständigen beläuft sich jetzt auf 2000 Mann.

Lawinstürze.

Landbruck, 19. März. (B. L. Z.) Vergangene Nacht ist von den Gernuthbergen im Illertale eine große Lawine bis zu dem Dorfe Laimbach niedergegangen. Dabei wurde eine Umhülle, ein Hundstapel und eine große Waldfläche fortgerissen. Die Lawinengefahr besteht im Illertale weiter. Auch bei Stafflach an der Brennerbahn ist heute nacht eine Lawine niedergegangen, durch die beide Gleise verschüttet wurden. Ein Gleis konnte sofort wieder freigemacht werden, so daß der Verkehr aufrecht erhalten werden konnte. Auf der Arlbergbahn ist dagegen der Verkehr noch immer unterbrochen. Auf dem hiesigen Südbahnhofe warten 1700 magdonische und italienische Arbeiter auf ihre Weiterbeförderung über Arlberg.

Beisehung Verthelots auf Staatskosten.

Paris, 19. März. (B. L. Z.) Deputiertenkammer. Auktusminister Briand bringt eine Vorlage ein, durch die 20 000 Frank für die Beisehung Verthelots auf Staatskosten gefordert werden. Das Haus nimmt dieselbe mit 485 gegen 7 Stimmen an. Präsident Brisson feiert dann Verthelot als großen Gelehrten und Bürger und schlägt vor, zum Zeichen der Trauer die Sitzung aufzuheben. Ein Antrag, nach drei Stunden die Sitzung wieder aufzunehmen, wird mit 382 gegen 187 Stimmen abgelehnt und es wird mit 180 gegen 15 Stimmen beschlossen, morgen eine außerordentliche Sitzung abzuhalten. Die Sitzung wird dann geschlossen.

Paris, 19. März. (B. L. Z.) Senat. Präsident Dubost gibt der Trauer Ausdruck, in die der Senat, Frankreich und die Menschheit durch den Tod Verthelots versetzt seien. Minister Briand bittet, den von der Kammer genehmigten Kredit von 20 000 Frank zur Beisehung Verthelots auf Staatskosten ebenfalls zu bewilligen. Der Senat stimmt dem zu und beschließt einstimmig, die Sitzung zum Zeichen der Trauer zu schließen.

Die Regierung vor der Duma.

Petersburg, 19. März. (B. L. Z.) Die vom Ministerpräsidenten Stolypin abgegebene Erklärung wird von der großen Mehrheit der Duma mit Schweigen und nur von der Rechten mit Beifall aufgenommen. Sodann hält der sozialdemokratische Abgeordnete Jerecki eine flammende Rede gegen die Regierung, in der er in heftigen Ausdrücken die Politik des Kabinetts Stolypin nach Auflösung der Duma kritisiert. Redner wirft dem Ministerpräsidenten die Einschränkung der Feldgerichte vor, Anebelung der Presse und die sogenannte Verbesserung des Loses der Bauern, deren wahrer Zweck nur sei, den Appetit der Grundbesitzer zu befrichtigen. (Lärm. Rufe: Genug! Hin aus! auf der Rechten.) Der Präsident hat große Mühe, den Lärm zu unterdrücken, der sich noch verschiedentlich wiederholt und besonders stark wird, als Jerecki die Worte des Abgeordneten Nabolow wiederholt, die dieser im Jahre 1903 nach der Erklärung des damaligen Ministerpräsidenten Goremykin äußerte, daß die Exekutivgewalt sich der gesetzgebenden Gewalt unterzuordnen habe. Jerecki meint, er zweifle, daß diese Hoffnung sich erfüllen werde, aber dessen sei er gewiß, daß die ganze Nation sich gegen die Unterdrücker und die Veranstalter der Pogrome erheben werde. Die Duma wisse bereits, daß die Regierung sich dem Willen des Volkes nur unterwerfen werde, wenn sie dazu gezwungen werde, weshalb müsse das Volk organisiert werden, um sich die Exekutivgewalt gewaltsam zu unterwerfen. (Lärm auf der rechten Seite. Rufe: Wir können nicht mit anhören, daß die Duma zur Erhebung mit den Waffen aufgefordert wird.) Jerecki fährt fort und sagt, nicht er bereite eine bevorstehende Erhebung vor, sondern die Regierung, die das Volk zum Aufrichten treibe. Er verliest sodann namens der sozialdemokratischen Partei eine Erklärung, welche besagt, daß die Partei als einziges Ziel anstrebe, dem Volke die Augen über die wahren Absichten der Regierung zu öffnen, um es für den Entscheidungskampf gegen das Willkürsystem zu organisieren.

Petersburg, 19. März. (B. L. Z.) Zahlreiche Redner der Rechten bekräftigten die Ausführungen der Regierungserklärung und greifen gleichzeitig die Redner der Linken aufs heftigste an. Die Verhandlung nimmt den Charakter eines Duells zwischen den Sozialdemokraten einerseits und der Rechten andererseits an, während das Zentrum und die übrigen Parteien der Linken im Schweigen verharren. Bischof Enlogius versucht, die Meinungsverschiedenheiten auszugleichen. Er erklärt, die Mitglieder der Rechten seien keine Feinde des Volkes, sie hätten aber die Ueberzeugung, daß eine Wiedergeburt Rußlands nur auf friedlichem Wege möglich sei. Hierauf erregt Ministerpräsident Stolypin nochmals das Wort und wendet sich an das Zentrum und die Linke, indem er ausführt, daß die Regierung niemals solche Töne auszusprechen werde, wie die äußerste Linke. Die Regierung habe es für notwendig, zu erklären, daß nach dem Gesche die Duma nicht aus Richtern, und die Ministerbank nicht aus Angeklagten bestehe. Letztere sei vielmehr im Besitze der Macht. Die gegenwärtige Regierung habe ihr Amt übernommen, als die Flammen der Revolution im ganzen Lande wüteten. Sie wußte, welche große Verantwortlichkeit sie übernahm, welchen Angriffen sie ausgesetzt sein werde, aber sie sei bereit, für die Beuhigung des Landes zu arbeiten. Die Regierung wisse auch, daß Behörden bisweilen geneigt sind, ihre Macht zu mißbrauchen, und sie werde sich freuen, wenn die Duma solche Uebergriffe aufdecke. Die Regierung bleibe die Verantwortlichkeit nicht; wenn man aber ihre Absichten und ihre Wünsche lähmen wolle und ihr zurufe — Hände hoch, so sage sie, Sie können uns keine Furcht einjagen. (Beifälliger Beifall rechts.) Hierauf wird die einfache Tagesordnung mit großer Mehrheit angenommen und die Sitzung um 6 1/2 Uhr am morgen 11 Uhr vertagt.

Bauernrevolte.

Bukarest, 19. März. (Melbung der „Agence roumaine“.) Infolge der seit einiger Zeit in den Westarabien benachbarten Gebieten der Obermoldau betriebenen Agitation verwickelten gestern mehrere hundert Bauern aus der Umgegend von Botusani eine Anzahl Häuser und Geschäfte der Stadt, darunter mehrere großer jüdischer Firmen. Die gegen die Aufwührer entsandte Militärabteilung wurde mit Revolvern und Steinen angegriffen. Nach wiederholten Aufforderungen machte das Militär schließlich von der Waffe Gebrauch. Die Aufwührer räumten dann den Platz und ließen vier Tote und neun Verwundete zurück.

Reichstag.

22. Sitzung vom Dienstag, den 19. März 1907, nachmittags 1 Uhr.

Der Tisch des Bundesrats bleibt leer.

Zunächst wird in der Gesamtabstimmung der Gesetzentwurf über die Verfassung und Betriebszählung angenommen.

Besprechung der Interpellation Abrecht und Genossen (Soz.) über die Eingriffe von Behörden bei der Reichstagswahl fortgesetzt.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (wirtsch. Vg.) bestreitet, jemals die Schaffung eines Korruptionsfonds vorgeschlagen zu haben.

Abg. Bebel (Soz.):

Ob die Hoffnung des Vorredners in Erfüllung geht, das wollen wir ruhig abwarten. Wenn die Dinge sich so weiter entwickeln wie bisher, werden wir allerdings bei den nächsten Wahlen die gesamten bürgerlichen Parteien unzweifelhaft in einer einzigen Front gegen uns stehen sehen.

Der Herr Vorredner hat sich etwas daraus zugute getan, daß er im Gegensatz zu meinem Parteigenossen Fischer nur ganz kurz zu reden brauche.

Der Herr Vorredner will der Regierung das Recht geben, vor dem gesamten Volke die Gründe darzulegen, die sie zur Auflösung des Reichstages veranlaßt haben, und unrichtige Darstellungen zu berichtigen.

Des Reichskanzlers Brief an den Präsidenten des Verbandes zur Verleumdung der Sozialdemokratie

spricht am Schluß von „dem Kampf für Ehre und Gut der Nation gegen Sozialdemokratie, Polen, Welfen und Zentrum“. Das ist eine der schwersten Verleumdungen gegen die vier Parteien, die ein Staatsmann überhaupt aussprechen kann.

Der Herr Reichskanzler hat sich für die Sozialdemokratie ausgesprochen, indem er in seinem Briefe die Gründe auseinandersetzt, welche die Regierung veranlassen, den Reichstag aufzulösen.

Der Herr Reichskanzler will der Regierung das Recht geben, vor dem gesamten Volke die Gründe darzulegen, die sie zur Auflösung des Reichstages veranlaßt haben.

Presse über innere Angelegenheiten der sozialdemokratischen Presse verhandelt worden ist. Kaum ist diese Tatsache durch die Blätter gegangen, so beizt sich die Staatsanwaltschaft sofort — wenn die Nachricht richtig ist — eine Anklage gegen die Häupter der sozialdemokratischen Fraktion wegen Verletzung des preussischen Vereins- und Versammlungsrechts zu erheben.

kein Recht und keine Gerechtigkeit für die Arbeiterklasse und die Sozialdemokratie.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten, Widerspruch rechts.) Je nach der politischen Stellung wird bei dem einen zum Unrecht, was bei dem anderen Recht ist.

Der Herr Reichskanzler hat auch nicht immer in der Frage von Geldsammlungen den gleichen Standpunkt vertreten. An die 12000 M. Kasse des Grafen Posadowsky ist ja bereits erinnert worden, und es kam gar nicht genug darauf hingewiesen werden.

Ich bin der Ansicht, daß die Regierung sogar den Anschein vermeiden muß, als ob sie in irgend einer Abhängigkeit von irgendwelchen Gruppen stehe, daß sie sogar den Verdacht vermeiden muß, als bestünde sie in Abhängigkeit von Sonderinteressen.

Und weiter sagte der Kanzler: Wenn ich von der Absicht, einen solchen Weg einzuschlagen, Kenntnis erhalte, würde ich die Ausführung mißbilligen. Dadurch hat der Reichskanzler vom 24. November 1900 den Reichstag vom 31. Dezember 1906 moralisch totgeschlagen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Infolge dieses Schreibens haben denn auch die höchsten Behörden, die Staatsgewalt, die Gemeindeverwaltungen, die Schulen, die Kirchen allüberall gegen die in die Welt erklärten Parteien Stellung genommen.

Man hat sogar an 124 000 Schullehrer die Aufforderung gerichtet, aktiv zugunsten der Wochparteien in den Wahlkampf einzutreten, und ein großer Teil der Schullehrer ist dieser Aufforderung gefolgt. Sie haben Schlepperdienste geleistet und die nötigen Bureaubarbeiten verrichtet.

Dadurch, daß der Silberbrief an den Präsidenten des Verbandes zur Verleumdung der Sozialdemokratie gerichtet war, wurde dieser Verband gewissermaßen zum offiziellen Wahlrepräsentanten der Regierung.

Herr v. Liebert

neulich in so lebhafter Weise die Objektivität der sächsischen Behörden anerkannte; (von der wir freilich noch nichts zu hören bekommen haben) denn als der Reichskanzler sich für den Verband zur Verleumdung der Sozialdemokratie ins Zeug warf, wurde dieser Verband offiziell für alle Behörden geheiligt, so daß vor den Agenten dieses Verbandes alle Türen aufstiegen, die Behörden ihm alles gewährten.

Dr. Hermes.

(Dr. Hermes wird unterrot. Große Heiterkeit.) Seinem konservativen Gegenkandidaten war das natürlich sehr unangenehm.

Erklärung ab: Herr Hermes habe Ende Dezember in Berlin einen Vortrag über die Situation gehalten, auf welchen hin der Reichskanzler ihn zu einer Besprechung am 2. Januar eingeladen habe.

die Tätigkeit der Behörden im letzten Wahlkampfe

beweist. Bekanntlich wurde im Rheinland und in Westfalen bei den Stichwahlen darüber verhandelt, ob das Zentrum und die anderen bürgerlichen Parteien nicht gemeinsame Sache gegen die Sozialdemokraten machen sollten.

Den Wahlkampf hat das Volk zu führen. Der Wahlkampf soll entscheiden, ob das Volk für oder gegen die Regierung ist.

um Witternacht

große Massen vor das Berliner Schloß und brachten ihm eine Ovation. Der Kaiser erschien darauf am Fenster und zitierte einen Vers aus Meißis Drama „Der Prinz von Homburg“.

„Was kümmert Dich, ich bitte Dich, die Regel, Nach der der Feind sich schlägt, wenn er nur nieder Vor Dir mit allen seinen Fahnen sinkt? Die Regel, die ihn schlägt, die ist die höchste.“

Auf die Art kommt es also nicht an, nicht darauf, ob der Wahlkampf anständig oder unanständig geführt wird!

die Verleumdungen des Reichsverbandes

gespielt. Es würde mich stundenlang beschäftigen müssen, wollte ich alle die dreifachen Unwahrheiten, Fälschungen und Begünstigungen aufzählen, deren sich der Reichsverband in seinen Titaten schuldig gemacht hat.

hat man gemacht „bäuerliche Klasse“. Man hat dann noch hinzugefügt, „gleichviel in welcher Gegend“. Der Verband behauptet, — um nur noch einige weitere Belege seiner Agitationsweise anzuführen — daß die „Vorwärts“-Redakteure bis zu 10 000 M. Gehalt bekämen und daß in ähnlicher Weise die Redakteure der „Neuen Zeit“ bezahlt würden.

kommen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Bei uns aber ist für Leute mit Hammersteingelassen kein Platz. Wir haben ja erst neulich gehört, daß ein Offizier für einen Vortrag in einer öffentlichen Stadt den Fahrpreis zweiter Klasse und 150 Mark Entschädigung verlangte. Wir armen Schüler von Sozialdemokraten zahlen Fahrkarten III. Klasse, allenfalls in sehr eiligen Fällen Fahrkarten II. Klasse, aber Diäten nur in der Höhe von 8 bis 12 M. pro Tag und wenn es sich um Vorträge in der Nachbarschaft des Wohnortes des Referenten handelt, von 5 bis 6 M. Sie sind also auf dem Holzwege, wenn Sie meinen, daß bei uns mit dem Gelde geschleudert wird. Dem Arbeiter wird jeder Groschen schwer, und darum verlangt er allergeuäueste Abrechnung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Als wir noch keine Diäten hatten, wurde unseren Abgeordneten 3 bis 7 M. Entschädigung pro Tag gezahlt; im Hochjahre, wenn der Betreffende ein selbständiges Geschäft zu Hause hatte und einen Vertreter brauchte, 10 M. Das sind die Arbeitergehälter, die in der Sozialdemokratie „verloren“ werden. Bei uns wird Arbeit verlangt, mehr als in irgend einer anderen Partei. Der Redakteur ist nicht bloß Redakteur, er ist auch Agitator.

Die Verleumdung, deren sich der Verband gegen unseren verstorbenen Freund Liebknecht schuldig gemacht hat, haben wir schon neulich richtig gestellt. Nicht Liebknecht hat die Soldaten als „zweibeinige Tiere“ bezeichnet, sondern er hat vielmehr der Militärverwaltung den Vorwurf gemacht, daß sie die Soldaten als zweibeinige Tiere ansehe. So ist gelogen worden in unerhörtester Weise. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten, stürmische Zurufe rechts.)

Ferner hat man uns unsere Stellung zu den Buchergesetzen vorgeworfen. Wir haben auf Grund amtlicher Berichte festgestellt, daß unsere Forderungen Verbesserungsanträge zu diesen Gesetzen gestellt hat und schließlich für diese Gesetze gestimmt hat. Aber es wird eben weiter verleumdet.

Ebenso verlogen ist die Verleumdung über das Champagnergelage, das Kollege Singer und ich an Kaiser's Geburtstag hier im „Roland zu Berlin“ abgehalten haben sollen. Die Nachricht, die selbstverständlich darauf berechnet war, uns zu diskreditieren, geht durch die ganze deutsche Presse. 8- bis 10 000 deutsche und ausländische Zeitungen drucken die Lüge ab. Verichtigungen habe ich von 10 verschiedenen Zeitungen erzwungen, alle anderen rühren sich nicht. Dem „Generalanzeiger“ in München-Gladbach sandte ein Parteigenosse von mir eine Verichtigung, da hatte die Redaktion die Schamlosigkeit, zu sagen: „Gegen die Verichtigung haben wir nichts, aber erlegen Sie erst 20 M.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Kann es etwas Schamloseres geben? Es ist ja Zweck und Aufgabe des Reichsverbandes zur Verleumdung der Sozialdemokratie, die Ehre der Partei und namentlich der Führer der Partei durch solche Mittelungen zu diskreditieren. Wie weit die Dinge gehen, dafür ein Beispiel: Mir ist es passiert, daß, während ich in einer fremden Stadt in einem Hotel gewohnt habe, Agenten des Verbandes hingekommen sind und sich erkundigt haben, was ich bezahle habe. (Große Heiterkeit) was ich bezahle habe. (Erneute Heiterkeit) was ich für Trinkgelder gegeben habe. (Wiederholte große Heiterkeit.) Agenten des Verbandes sind in die Häuser gegangen und haben sich bei den Hausleuten erkundigt: Was hat die Familie für ein Renomme, sind es anständige Leute, und wie behandeln sie ihre Diensthofen? (Große Heiterkeit.) Das ist die Methode, wie heute politische Kämpfe ausgefochten werden!

Kein anderer als Lorenz, der Redakteur der „Antisozialdemokratischen Korrespondenz“ (Zuruf des Abg. v. Liebert) — ja, Herr v. Liebert, wenn Sie nur ein bißchen ruhiger sein (Große Heiterkeit) und abwarten wollten, was ich noch sage —, also Herr Lorenz, ein sehr geschickter Schriftsteller, der sich lange vor dem Reichsverband bemüht hat, die Sozialdemokratie tot zu machen, sollte auch für den Reichsverband arbeiten. Darüber teilt Herr Lorenz mit: „Vald darauf wurde ich zunächst mündlich und dann auch schriftlich ersucht, nicht mehr Artikel in der bisherigen Art zu bringen“ — das heißt rein sachliche Artikel — „ich möchte vielmehr meine Aufgabe darin erblicken, mir Material gegen die in der Sozialdemokratie führenden Persönlichkeiten zu verschaffen und diese anzugreifen.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Also die direkte Anforderung, persönliche Verdächtigungen, persönliche Verleumdungen gegen die Führer der Sozialdemokratie zu schreiben, weil das ja die eigentliche Aufgabe des Verbandes ist!

Herr von Liebert hat auch sonst eine besondere Tätigkeit entfaltet, um uns zu töten. Er hat diese Broschüre (Redner zeigt die Broschüre) im vorigen Jahre verbrochen (Heiterkeit), in deren Wortort es heißt: „Von verschiedenen Seiten bin ich aufgefordert, ein Handbuch zu verfassen, das den Offizier über die staatsgefährliche Richtung der Sozialdemokratie aufklärt und ihm einen Anhalt zur Verleumdung der Mannschaften in königstem Sinne gewährt.“ Ueber dieses Schriftchen urteilt Herr Lorenz folgendermaßen: „Aus dem Gefühl einer gewissen theoretischen Bewunderung heraus für den preussischen General sind wir nur um so empfindlicher, wahrnehmen zu müssen, in welcher gar nicht zu charakterisierender Weise dieser General im grellen Lichte der Öffentlichkeit entleert ist, als er sich auf das Gebiet der antisozialdemokratischen Politik und Publizistik begeben zu müssen glaubte.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich kann das Urteil nur bestätigen: Eine loderligere, oberflächlichere Schrift ist mir niemals vorgekommen als diese hier. Wenn Sie in dieser Weise Ihre Agitation weiter betreiben, haben wir Sie wahrhaftig nicht zu fürchten.

Auch im Wahlkampf hat Herr v. Liebert in gleicher Weise gekämpft. Unter anderem hat er in einer Versammlung in Poggendorf, Süddeutsch, Städtchen, Singer und mich in geradezu unqualifizierbarer Weise angegriffen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Keiner von uns war dort, aber Herr v. Liebert greift uns

hinter verschlossenen Türen an. Unter all den bösen Behauptungen und Angriffen will ich nur eine hervorheben, die meinen Freund Singer betrifft. Ich freue mich, an dieser Stelle darauf zu sprechen können zu können, weil diese niederträchtige, insame Lüge jetzt volle zwei Jahrzehnte durch die bürgerliche Presse geschleppt wird und neuerdings wieder vom Verband zur Verleumdung der Sozialdemokratie aufgewärmt worden ist, ohne daß auch nur im geringsten etwas dagegen zu machen war, Singer hätte denn bei so und so vielen Amtsgerichten Strafantrag stellen wollen: Es sind 20 Jahre her, da wurde die Firma Singer sehr heftig angegriffen und unter anderem wurde behauptet, mein Freund Singer habe einer Arbeiterin, die um höheren Lohn eingekommen sei, die Antwort gegeben: sie solle auf den Strich gehen! Dessen beschuldigt man Singer noch heute. (Zuruf rechts: „Seinen Kollegen.“) Meine Herren, es ist Singer gesagt worden. (Zuruf rechts: Rosenzthal.) Das war sein Kompagnon. (Rufe rechts: „Aa also!“) Wie können Sie das dem Abg. Singer — (Lebhafte Widerspruch und Zurufe rechts.) Sie selber, Herr v. Liebert, sollen Singer genannt haben. (Zwischenrufe rechts.) Herr v. Liebert, wenn Ihre Bruder ein Schwitz wärde und jemand Sie dafür verantwortlich machen wollte, was würden Sie dem Kerl wohl sagen? Sie würden ihn mit den stärksten Worten zurechtweisen. Gewiß mit Recht. Hier handelt es sich nicht einmal um einen Bruder, hier handelt es sich um einen fremden Menschen. Wie kann man Singer dafür verantwortlich machen, was dieser sein Kompagnon, dieser rohe, gemeine Mensch einem Mädchen gegenüber gesagt hat? Und doch wird gegen Singer die Anklage erhoben und nicht gegen Rosenzthal. Wer ist Rosenzthal? (Heiterkeit.) Wenn gesagt würde, das hat Herr Rosenzthal getan, dann würden die Leute antworten: „Was geht uns Rosenzthal an?“ — Der Mann hat natürlich niemals mit der Sozialdemokratie etwas zu tun gehabt und ist meines Wissens ein ausgesprochener Gegner der Sozialdemokratie.

Als Wahlagent des Herrn v. Liebert war ein Herr Komoll tätig. Diesen Komoll hat mein Genosse Schöpflin in zwei öffentlichen Versammlungen unter dem Vorhänge des Amtsdirektors Goldig einen gemeinen Lügner genannt und ihn aufgefordert, ihn zu verklagen. Bis jetzt ist das nicht geschehen, er hat aber auch die insamen Beschuldigungen, die er gegen uns und die Partei richtete,

nicht zurückgenommen. So ist gegen uns gekämpft worden, und das zum Teil von Männern, die stolz auf ihre soziale Stellung und auf ihren Adel sind und die da wähen, ein besonders feines Ehrgefühl zu besitzen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Dafür haben wir an Herrn v. Dirschen hier im Hause erst fünf ein Beispiel gehabt:

Herr v. Dirschen

hat uns zunächst direkt beschuldigt, daß wir unsere Beamten nicht einmal von unserem eigenen Gelde, sondern von dem Gelde bezahlen, das wir von den Arbeitern erpreisen. Bei diesen Worten bricht in unseren Reihen der Sturm los, aber der Präsident erklärt, daß nach seiner Meinung der Redner nicht die Sozialdemokratie im Hause gemeint habe. Und nun erklärt Herr v. Dirschen: „Selbsterklärend habe ich mich an kein Mitglied der sozialdemokratischen Partei im Hause gewandt, sondern ich habe gesagt: Bekanntlich werden die Gelder, die die Sozialdemokratie für ihre Zwecke braucht, zum Teil von den Arbeitern erpreist.“ Also etwas ganz anderes, als er nach dem amtlichen Stenogramm 15 Zeilen vorher gesagt hatte. Jetzt leugnet er die schwere Beschuldigung ab, und als Redner auf dieses Leugnen ruft: „Schon wieder gelogen!“ da wird er und nicht Herr v. Dirschen zur Ordnung gerufen. (Sehr richtig! rechts.) Herr v. Dirschen hat zweifellos meine Forderung beschimpft, und ich denke, daß ihn der Präsident nachträglich zur Ordnung rufen wird. Herr Dirschen ist ein Mann vom Adel. Aber unter der äußeren Glätte der Haut ist eben sehr oft Roheit, Gemeinheit und Brutalität zu finden.

Der Oberbürgermeister Beutler

von Dresden hat nach der Wahl dem jetzigen Vertreter Dresdens telegraphiert und ihm, „dem tapferen und treuen Streiter für des Vaterlandes Ehre, dem Sieger gegen Unverschämtheit und Bosheit, dem berechtigten Vertreter unserer Hauptstadt im Reichstag“ die herzlichsten Grüße und Glückwünsche gesendet. (Bravo! rechts.) Mit diesem „Bravo!“ stellen Sie (nach rechts) sich auf die Stufe dieses Oberbürgermeisters. Daß dieser Oberbürgermeister, der aus den Steuergrößen aller Bürger bezahlt wird, nahezu die Hälfte der Wähler Dresdens als Männer von Unverschämtheit und Bosheit bezeichnet, das ist eine Infamie und Ehrlosigkeit. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das Blatt des Herrn Stöder, „Das Reich“, brachte vor einiger Zeit folgende Verse:

„Die Rosa fuhr nach Oken aus,
Die Lily nach dem Westen,
Die Rosa in den Kerkergraus,
Lily zu frohen Festen.
Die Rosa machte Hungerstreik,
So daß sie fast verreckte,
Die Lily tafelt unterdeß
Weschnipst sich leicht im Sekt.“ (Pfeil b. d. Soz.)

Das ist ein „frommes“ Blatt, das diese Gemeinheit aller niedrigster Art bringt. (Lachen rechts.) Es charakterisiert gewisse Parteien im Reichstage, daß sie bei einer bodenlosen Gemeinheit und einer solchen Lämmerhaftigkeit auch noch la die n. (Gr. Lärm rechts, lebhaft Zustimmung bei den Soz.) In der „Post“ erschien der Brief einer deutschen Frau: „Weil, wenn Sie schon gar kein Schamgefühl und Gewissen mehr haben, trotzdem Sie schon mit einem Fuße im Grabe stehen, so lassen Sie sich gesagt sein: Es gibt auch unter uns manche Charlotte Cordan, seien Sie auf Ihrer Hut.“ (Große Heiterkeit.) Die „Post“ gibt auch noch einen Kommentar dazu und meint, solche Stimmen aus der Frauenwelt seien bei meinen Aufstufen begreiflich. Hätte ein sozialdemokratisches Blatt etwas Ähnliches in Bezug auf den Reichskanzler geschrieben, sofort wäre der Redakteur im Gefängnis. Ich habe damals an die „Post“ geschrieben — sie hat es leider nicht aufgenommen —: „Bekanntlich wurde ja Marat im Bade erdolcht. Machen Sie doch der Dame bekannt, ich sei bereit mitzutreten, wann sie mich im Bade treffen könnte.“ (Langanhaltende stürmische Heiterkeit.)

Herr Kreth hat sich darüber entrüstet, daß in einem sozialdemokratischen Blatte gestanden habe, „die Bande sei jetzt auseinander gejagt“. Herr Kreth muß gar nicht bemerkt haben, daß es sich um die Wiedergabe eines Titels handelte. Als der Reichstag nach Hause geschickt wurde, soll ja kurz vorher aus Wädzburg ein Telegramm eingelaufen sein, in dem es hieß: „Ich werde die Bande auseinanderjagen!“ Das war ein ganz anderer Mann, als ein Sozialdemokrat. — Ja, wenn es auf den Ton ankommt, lernen Sie das Wort nicht: „Den Kreis auch noch Diäten?“ Oder das andere, geschleudert gegen meine Partei, von den „vaterlandlosen Gesellen“ und ähnliche Beschimpfungen. (Lärm rechts.) Es ist wohl guter Ton, wenn der Reichskanzler von seiner Rhinogerushaut redet, oder wenn er bei einer anderen Gelegenheit sagt, er müsse ein großer Dase sein? (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Und dann das Schimpfepigramm der Edelsten und Besten der Nation auf dem Kaiserhof und Grezjerplatz! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ober auch die Konart auf den ostelbischen Gutschöpfen. Davon kann vielleicht Herr v. Oldenburg etwas erzählen. (Heiterkeit b. d. Soz.) Sie (nach rechts) mühten, was den Ton betrifft, wirklich doch vor Ihrer eigenen Thür stehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie gelten freilich für die Stützen von Kron und Altar. (Sehr richtig! rechts.) Sie sind die Edelsten und Besten der Nation. (Sehr richtig! rechts, stürmische Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Und wenn man in Ihren Kreisen Roheit, Gemeinheit und Niederträchtigkeit antrifft. (Großer Lärm rechts, der die folgenden Worte des Redners verflüchtigt.)

Vizepräsident Karmy: Ich hatte den Eindruck, als ob Sie Mitgliedern in diesem Hause Vorwürfe machen wollten. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Bebel (fortfahrend): Das Stenogramm wird Sie vom Gegenteil überzeugen. (Große Unruhe, Zwischenrufe des Abg. v. Oldenburg, Rufe bei den Sozialdemokraten: Rufe! Rufe!) Wenn Sie nicht ruhig zuhören können, Herr v. Oldenburg, dann gehen Sie doch zur Tür hinaus, ich verzichte gern auf Ihre Anwesenheit. (Lärm rechts.) Was liegt mir daran, wenn ich einen preussischen Junker vom Schlage Oldenburgs als Zuhörer hier habe. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Liebert hat auf einen lapsus in meiner Rede vom 12. März gegen Herrn Debnburg hingewiesen. Ich habe mich in der Tat geirrt. Der Irrtum ist dadurch entstanden, daß der Kolonialdirektor die Einfuhr von Baumwolle im Jahre 1895 auf 300 000 Ballen angegeben hat, während ich aus dem statistischen Jahrbuch erlas, daß sie 300 000 Tonnen betrug. Der Hauptfehler liegt also nicht bei mir, sondern bei Herrn Debnburg. Herr Liebert hat in sehr übertriebener Weise unsere Kolonien geschmäht, während andere Kolonialfreunde gefragt haben, ob Ostafrika überhaupt die Opfer wert ist, die wir dafür gebracht haben.

Herr v. Liebert hat die Wahlen „das Urteil des deutschen Volkes“ genannt. Nun, die geachteten Parteien hatten 6 200 000 Wähler, die Blockparteien aber nur 5 200 000 Wähler hinter sich. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Mehrheit des deutschen Volkes stand also auf unserer Seite. (Sehr richtig! b. d. Soz. Ruf rechts: „Auf die Qualität kommt es an!“) Sind Ihre ostpreussischen Tagelöhner und Arbeiter, die ganz und gar zu Heloten in Ihrer Hand werden (Lärm rechts), mehr wert als die deutschen Industriearbeiter? (Rufe rechts: Ja! ja!) Ach, Herr v. Oldenburg, Sie streiten ja das Blaue vom Himmel herunter. (Heiterkeit und Rufen rechts. Glocke des Präsidenten.) Sie kann man bald nicht mehr ernst nehmen.

Uns wird

Bosheit und Zwang

vorgeworfen. Hier schreibt mir ein Zigarrenhändler, daß im letzten September der Flottensverein eine große Lotterie veranstaltet, aber die Bedingung gestellt haben, daß die Zigarrenhändler, die den Verkauf übernehmen, Mitglieder des Flottensvereins würden und einen Mindestbeitrag von 3 M. bezahlen müßten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

In Greiz haben unsere Gegner die Geschäftsleute öffentlich aufgefordert, nicht mehr in unserem Blatte zu inserieren, sonst würden sie boykottiert werden. In einem Ort bei Greiz wird einem zum Gemeindevorsteher gewählten Manne gesagt: Du wirst nicht eher bestätigt, bis Du aus dem sozialdemokratischen Konsumverein austriffst. (Hört! hört!) Sogar der Verband vom Loten Kreuz duldet in seiner Mitte keinen Sozialdemokraten. All das geht uns ungeheuer. Der Boykott wird von allen Seiten betrieben. In der einen Stadt ist der Boykott zwischen Protestanten und Katholiken ausgebrochen, in einer anderen gegen die jüdischen Geschäftsleute.

Herr Kreth will uns sogar die Benutzung biblischer Zitate im Wahlkampf verwehren! Ja, die haben wir ja doch in Ihren Schulen gelernt. Wir können aus dem Christentum den ganzen Sozialismus ableiten. Wenn Christus heute wieder käme, auf Ihrer Seite stände er ganz gewiß nicht. (Lachen rechts.) Herr Kreth hat auch recht naiv von der „Unschuld der Landräte“ gesprochen. Welchen Einfluß der Landrat besitzt, das hat Bismarck selber hervorgehoben. Er hat die Natur des preussischen Landrats sehr genau geschildert.

Einen Wahlkampf wie den letzten hat Deutschland noch nicht erlebt. Wir geben gerne zu: Auf allen Seiten kommen im Wahlkampf Ausschreitungen vor, auch auf unserer. Aber keine Partei hat getan, was wir getan haben: Der Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei hat in unserem offiziellen Wahlaufsatz die energische Auforderung an die Parteigenossen ergehen lassen, unter allen Umständen in diesem Wahlkampfe sachlich zu kämpfen. (Lärm und Lachen rechts.) Ich bleibe dabei, mehr als irgend eine andere Partei hat die Sozialdemokratie in diesem Kampfe sachlich gekämpft. Aber nie ist die systematische Heze, der Kampf gegen uns durch Lüge, Verleumdungen und persönliche Herabsetzungen schlimmer getrieben worden als jetzt. Dieser Wahlkampf gereicht dem deutschen Volke nicht zur Ehre. Wenn es nach Recht und Gesetz ginge, dann gehörte in erster Linie als Hauptagitator der Wahlnacht der Reichskanzler auf die Anklagebank. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Zimmermann (Ant.)

bestiegt die Rednertribüne, von dem Abg. Windewald gefolgt, der ihm einen viden Folianten auf den Tisch legt. (Große Heiterkeit.): Der Abg. Bebel hat sich gewiß mit Recht darüber beklagt, daß der Staatsanwalt wegen der im Reichstagsgebäude stattgefundenen Versammlungen sozialdemokratischer Redakteure die Verfolgung eingeleitet hat; wenn das die Einleitung zu der vom Reichskanzler versprochenen größeren Versammlungsfreiheit sein soll, müßte wir uns dafür bedanken. Aber in weiteren verwehrt der Abgeordnete Bebel immer wieder die „Freiheit der Arbeiter“ mit der Freiheit der Sozialdemokratie. Was den Fall Rosenthal-Singer betrifft, so ist das Urteil allerdings gegen den Kompanon des Abg. Singer ergangen; in der Begründung des Urteils heißt es aber, daß die Angestellten für die Firma bloß als „Arbeitsmännchen“, aber niemals als Menschen gelten, daß sie soviel als möglich „ausgebeutet“ werden und daß das Verhalten der Firma „mit dem öffentlichen Verhalten ihres Kompanons Singer, der sich zur Sozialdemokratie bekennt, in Widerspruch steht.“ (Hört! hört! rechts.) Es werde in dem Urteil auch darauf hingewiesen, daß Herr Singer das Verhältnis zu seinem Kompanon auch dann nicht gelöst hat, als er durch die öffentlich erfolgten Angriffe gegen diesen „über seinen Charakter nicht mehr im Zweifel sein konnte“. Ich hoffe, dem Abg. Bebel bald eine authentische Abschrift des Urteils auf den Tisch des Hauses niederlegen zu können. Die Wahlbeeinflussung durch die Sozialdemokratie ist viel gefährlicher als die gegen die Sozialdemokratie geübte. Gegen diesen Terror hat sich aber der gesunde Sinn des Volkes in den letzten Wahlen empört. (Beifall rechts.)

Abg. Wahrenhorst (Sp.): Es ist ja klar, daß die Sozialdemokratie für ihre Niederlage einen Sündenbock braucht, und daher soll die Regierung nun das Karnikel sein. (Heiterkeit.) Die einzige Wahlbeeinflussung, die nachgewiesen ist, ist die Auflösung des Reichstags. (Große Heiterkeit.) Um diese Auflösung zu motivieren, mußte die Regierung ihre Wahlparole ausgeben, sonst hätte sie sich vor dem ganzen Volke degradiert. (Bravo! rechts.) Die Sozialdemokratie benutzt jede Gelegenheit, um zu hegen. Selbst die Beipredung der Interpellation über die Privatangelegenheiten hat Herr Heine dazu benutzt, den Agrariern vorzuwerfen, daß sie sich in Berlin amüsierten. Dabei wohnt ein Viertel aller sozialdemokratischen Abgeordneten in Berlin. (Heiterkeit.) Wie können Sie uns da übel nehmen, daß wir auch einmal die Großstadtlust genießen? (Große Heiterkeit.) Für den Terrorismus der Sozialdemokratie will ich Ihnen eine Geschichte erzählen: In Hamburg brach ein Streit zwischen den Brauereiarbeitern und den Brauereien aus. Natürlich stellte sich die Sozialdemokratie auf die Seite der Arbeiter. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) aber nicht um ihnen zu helfen, sondern weil sie die Arbeiter braucht. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten. Sehr richtig! rechts.) Nun wurde der Boykott verhängt, und die Arbeiter mußten im heißen Sommer dursten. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Ja, man verbot sogar den Wirten, das Bier zu verzapfen, und schließlich stiegen die Sozialdemokraten mit Kerzenlicht in die Keller, um die Vorräte festzustellen. Das sind die Freiheitsprediger. (Erneute große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten. Bravo! rechts.) Da empörte sich das Bürgertum, es bildete sich ein Schutzverband gegen die Sozialdemokratie, und wir rechnen es uns dort zur Ehre, daß wir den Reichsverband aus dem Windel gehoben haben. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten. Bravo! rechts.) Der Reichsverband ist aus Rotzehr gegründet, und er hat viel erreicht, das beweist die Zustimmung, die er gefunden hat von der „Kreuzzeitung“ bis zum „Berliner Tageblatt“ und zur „Germania“. (Widerspruch im Zentrum.) Warten Sie nur ab, in einem halben Jahre lobt auch die „Germania“ den Reichsverband. (Heiterkeit.) Daß der Reichsverband auf dem besten Wege ist, beweist die Erregung der Herren Bebel und Fischer. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Bei dieser Wahl hat er es erreicht, daß die Sozialdemokratie halbiert wiedergekommen ist. „Ihr Rechten und zur Linken sah man einen Sozialdemokraten herunterfallen.“ (Heiterkeit.)

Abg. Wagner (L.): Herr Bebel sagte darüber, daß deutsche Studenten Wahlhilfe geleistet hätten, aber daß ausländische Studenten der Sozialdemokratie Wahlhilfe geleistet haben, erwähnte er nicht. Herr Bebel machte Herrn v. Liebert verantwortlich für alles, was der Reichsverband tut, aber er selbst lehnt die Verantwortung für Ausweisungen seiner Fraktionsmitglieder ab, und er läßt offenbar Herrn Singer nicht für verantwortlich für das, was sein Kompanon tat, obgleich er sich doch darum hätte kümmern müssen. Herr Bebel hat bestritten, daß seine Verurteilung über die „bornierte, egoistische“ Klasse sich auf die Bauern bezogen habe; er habe die Agrarier gemeint. Demgegenüber stelle ich fest, daß Herr Bebel unmittelbar vor dem zitierten Satze lediglich von „unseren deutschen Bauern“ gesprochen hat. Er führte aus, daß in der Frage des Posttarifes alle deutschen Bauern einig seien und fuhr dann direkt fort: „Es bewahrheitet sich hier wieder einmal, daß es keine borniertere, egoistischere Klasse gibt als unsere Agrarier“. Ich muß also hiermit vor dem Reichstag und vor dem Lande feststellen, daß Herr Bebel, indem er vorhin erklärt hat, daß er mit „Agrariern“ nicht die Bauern gemeint hat, in voller Kenntnis des Sachverhalts eine Unwahrheit gesprochen hat. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Posse: Sie haben nicht das Recht, einem Abgeordneten vorzuwerfen, daß er bewußt die Unwahrheit sagt; ich rufe Sie zur Ordnung. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Wagner (fortfahrend): Heute hat Herr Bebel wieder einmal erklärt, auch die Sozialdemokratie wolle das Wohl des Vaterlandes. Der französische Ministerpräsident Clemenceau hat mit Recht gesagt: ehe man das Recht habe, über die Staatsordnung zu philosophieren, müsse man erst eine gesicherte Existenz haben. Die Sozialdemokratie aber hat stets alle Nachmittel für das Reich abgelehnt. Bei den Sozialdemokraten gilt die Umkehr des Wortes: „Recht oder Unrecht, es ist doch mein Vaterland“. Bei ihnen hat das Vaterland immer unrecht! (Lebhafte Widerspruch bei den

Sozialdemokraten. Sehr richtig! rechts.) Die Behauptung, daß Wilhelm I. die Arbeiterversicherung nur aus Angst vor der Sozialdemokratie inauauguriert habe, ist eine schwere Beleidigung dieses großen Kaisers, der zwei Kriege siegreich durchgeführt hat. (Bravo! rechts.) Jetzt nicht die Sozialdemokratie auch die Jugend für sich zu gewinnen, um in das Heer einzudringen. Gegen eine solche Partei die Wähler zusammenzuschließen, war Pflicht der Regierung. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Dr. Hermes (fr. Sp.) stellt gegenüber den Angriffen des Abg. Bebel auf sein Verhalten im Wahlkampf fest, daß er sich nur scherzhaft als „fugener Regierungskandidat“ bezeichnet, im übrigen aber erklärt habe, daß er, wenn er auch so genannt werde, doch von seinen Grundätzen nicht abgehen werde.

Hierauf wird ein Schlußantrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Es folgen

persönliche Bemerkungen:

Abg. Singer (Soz.): Der Schluß der Diskussion macht es mir unmöglich, Herrn Zimmermann so ausführlich, wie ich wünschte, zu antworten. Herr Zimmermann wäre übrigens der letzte, der sich auf gerichtliche Urteile berufen könnte. Wenn ich es nicht verschmähte, diesen Weg zu gehen, könnte ich Ihnen von einem Urteil aus seinem Prozeß gegen die „Dresdener Wacht“ erzählen, an dem er recht sehr beteiligt war. Wenn Herr Zimmermann schon ein Urteil gegen mich glaubte zitieren zu müssen, so hätte er auch aus einem anderen Gerichtsurteil zitieren müssen, wo es heißt: Es ist nicht erwiesen, daß die Löhne in dem betreffenden Geschäft schlechter seien als anderswo, es ist nicht erwiesen, daß die Arbeiter dort irgendwie ausgebeutet wären, es ist nicht erwiesen, daß ich mich in irgend einer Weise im Widerspruch zu meinen sonstigen Überzeugungen verhalten hätte. Weiter stelle ich fest, daß der betreffende Redakteur damals wegen Beleidigung in allen Instanzen zu 400 Mark Geldstrafe verurteilt worden ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die von Herrn Zimmermann zitierte Stelle des Urteils, daß ich nicht aus dem Geschäft ausgetreten sei, trotzdem das Verhalten meines Kompagnons öffentlich kritisiert wurde, erklärt sich aus dem Umstande, daß das Urteil damals in einem mit parteipolitisch durchaus unglücklichen Sinne zusammengestellt wurde. (Lachen rechts.) Tatsache ist, daß ich am Ende des Jahres — früher war es eben unmöglich — aus der Firma ausgetreten bin; das beweist am besten den Wert dieser Stelle des Urteils. — Ich behalte mir vor, später eingehender auf diese Angelegenheit zurückzukommen. Wenn Herr Zimmermann auf diese 20 Jahre zurückliegende Sache wieder zurückkommen mußte, so beweist das am besten, daß es den Antifemiten trotz all ihrer Bemühungen nicht gelungen ist, irgend etwas herauszufinden, um meine Parteigenossen gegen mich einzunehmen. Zu dem Verhalten der Antifemiten außerhalb dieses Hauses mir gegenüber kann ich nur sagen: Von der Dummheit geholt zu werden, ist ehrenvoll, von der Gemeinheit geholt zu werden, ist beschämend. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Siebert (Rp.): Ich sehe mich außer Stande, in einer persönlichen Bemerkung die von Herrn Bebel gegen mich als Vorliegenden des Reichsverbandes erhobenen zahllosen Beleidigungen zu widerlegen. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Basshe: Beleidigungen können nicht ausgesprochen worden sein, sonst würden sie vom Präsidium gerügt worden sein. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Siebert (fortfahrend): Also die Beleidigungen — ich behalte mir ein Eingehen darauf vor. Möge Herr Bebel nur mit seinen Angriffen auf den Reichsverband fortfahren, wie werden ihm zu antworten wissen.

Abg. Bebel (Soz.): Ich werde allerdings die Angriffe gegen den Reichsverband zur Verleumdung der Sozialdemokratie so oft wiederholen, (Lachen des Präsidiums.)

Vizepräsident Basshe: Ich möchte bemerken, daß, wenn Herr Siebert sich gegen Beleidigungen verwehrt, dieser immer wiederholte Ausdruck „Reichsverband zur Verleumdung“ der Sozialdemokratie“ auf die Dauer als Beleidigung aufgefaßt werden muß. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Bebel (fortfahrend): Der Herr Abg. Wagner ist noch einmal auf die Verhandlungen des Wänschener Parteitagess eingegangen und hat aus den von ihm zitierten Sätzen gefolgert, ich hätte den Ausdruck „Agrarier“ fozusagen nachträglich hineinkorrigiert. Diese Unterstellung weise ich mit aller Entschiedenheit zurück. Hätte Herr Wagner den auf jene Stelle unmittelbar folgenden Satz auch verlesen, in dem wiederholt von dem Gegensatz der „Agrarier“ zur städtischen Bevölkerung die Rede ist, so würde sich klar ergeben haben, daß der Ausdruck „Agrarier“ an jener Stelle vollkommen in dem Zusammenhang paßt. (Widerspruch rechts.) Sie will ich ja nicht belehren; ich rede für draußen, wie Sie ja auch. — Den Ausführungen des Herrn Hermes gegenüber bemerke ich, daß ich mich auf eine offizielle Erklärung des freisinnigen Wahlausschusses berufen habe; ich kann nicht annehmen, daß diese offizielle Erklärung ohne das Einverständnis des Herrn Hermes veröffentlicht worden ist.

Abg. Zimmermann (Ant.): Herr Singer hat an den von mir festgestellten Tatsachen nicht das geringste erschüttern können. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wenn Herr Singer von einem Urteil gegen mich sprach, so mag er damit nur ruhig kommen; denn ich bin in jenem Prozesse freigesprochen worden. Mit dieser Bedeutung hat Herr Singer den Weg persönlicher Verunglimpfung beschritten, den Herr Bebel als nicht richtig bezeichnete. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Hermes (fr. Sp.) erklärt, daß ihm die von dem Abg. Bebel verlesene Erklärung des freisinnigen Wahlausschusses nicht vorgelesen habe.

Abg. Wagner (l.): Die Erklärung des Herrn Bebel richtete sich inhaltlich nicht gegen meine Person, sondern gegen die Logik und den gesunden Menschenverstand. (Ruf bei den Sozialdemokraten: Das ist allerdings ein Unterschied! Große Heiterkeit.)

Damit ist die Besprechung der Interpellation erledigt.

Es folgt die Interpellation der Abg. Sarda u. Gen. (Polen) betr. Ausweisung polnischer Schüler von höheren und mittleren Lehranstalten.

Die Interpellation lautet:

„In dem Herrn Reichskanzler bekann, daß im Bundesstaate Preußen aus höheren und mittleren Lehranstalten vielfach Schüler lediglich wegen der Stellungnahme ihrer Eltern in der Frage der Erteilung des Religionsunterrichts ausgewiesen werden, so daß ihnen dadurch der Vollgenuß der durch Reichsgesetze gewährtesten staatsbürgerlichen Rechte unmöglich gemacht wird? — Was gedenkt der Herr Reichskanzler demgegenüber zu tun?“

(Inzwischen ist Graf Posadowski mit seinem Scheinrat erschienen.)

Graf Posadowski: Der Herr Reichskanzler lehnt die Beantwortung der Interpellation ab, da sie sich auf eine rein preussische Angelegenheit bezieht. (Bravo! rechts. Staatssekretär Graf Posadowski verläßt mit dem einen Scheinrat wieder den Saal. Große andauernde Heiterkeit.)

Abg. Karfany (Polen) meldet sich zur Geschäftsordnung. Vizepräsident Basshe: Ich kann Ihnen das Wort nicht mehr geben. Der Gegenstand ist erledigt. (Große Unruhe vom Zentrum bis zur Sozialdemokratie. Bravo! rechts.) Ich habe laut und vernünftig erklärt: Es meldet sich niemand zum Wort. (Stürmische Unterbrechungen.) Ich habe absichtlich gewartet, ob eine Keuschung zur Geschäftsordnung kommen würde. (Erneute stürmische Zurufe bei den Polen, dem Zentrum und auf der Linken.) Die Schriftführer sind Zeuge, daß ich weiter gesagt habe: damit ist die Tagesordnung erledigt. Wenn Sie das nicht gehört haben, kann ich nicht dafür. (Andauernde große Unruhe.)

Abg. Karfany (Polen): Sie werden mir alle zugeben, daß bei dem im Hause herrschenden Lärm der Herr Präsident nicht zu hören war. (Lebhaftes Zustimmung.) Es ist mir unbegreiflich, wie mir der Herr Präsident eine solche Antwort geben konnte.

Vizepräsident Basshe: Wegen dieser Keuschung rufe ich Sie zur Ordnung. (Andauernde Unruhe.)

Abg. v. Orzanowski: Es war doch selbstverständlich, daß wir die Besprechung beantragen würden. (Lebhafte Zustimmung bei den Polen und Zentrum.)

Vizepräsident Basshe: Wenn das Haus der Meinung ist, daß in eine Besprechung der Interpellation eingetreten werden soll, so muß das Haus darüber entscheiden. (Große Heiterkeit.)

Die Besprechung wird gegen die Stimmen der Rechten beschloffen.

Abg. Sarda (Polen): 120 Schüler sind aus höheren Lehranstalten ausgewiesen worden. Als Grund der Ausweisung wurde angegeben, daß die Geschwister der Schüler sich an dem Schulstreik beteiligt hätten. Bis in die 70er Jahre stand die preussische Schulverwaltung auf dem selbstverständlichen Standpunkt, daß der Unterricht in der Volksschule in der Muttersprache erteilt werden müsse. Dann wurde dieser einzige richtige pädagogische Standpunkt in den polnischen Landesteilen verlassen, doch wurde wenigstens der Religionsunterricht polnisch erteilt. Systematisch wurde aber von der Regierung, die den Schulunterricht als Mittel der Germanisierungspolitik ansah, darauf hingearbeitet, auch diesen Unterricht deutsch zu lassen. Die Eltern müßten leiden, wie die Kinder den Unterricht nicht verstehen konnten, wie sie die Heillosen der Religion nicht aufnehmen konnten und an ihrem Seelenheil Schaden litten. Natürlich mußte sich ihrer eine große Erbitterung bemächtigen. Es handelt sich für sie nicht um eine politische, sondern um eine religiöse Frage. Der Religionsunterricht wird unter diesen Umständen geradezu zur Völpheie. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Eltern haben geradezu die Pflicht, sich dagegen zu wehren. (Lebhaftes Bravo! im Zentrum und bei den Polen.) Unangenehme Strafen sind gegen die Eltern verhängt worden; sie trugten aber nichts, weil es sich um eine im tiefsten Grunde religiöse Bewegung handelt. (Sehr wahr! bei den Polen und im Zentrum.) Jetzt ist die preussische Regierung auf ein ganz neues Mittel verfallen: sie verweist Schüler von höheren Schulen, deren Geschwister in Gemeindegemeinschaften im Religionsunterricht nicht deutsch antworten! Bisher ist derartige wohl noch nie in einem Kulturstaat vorgekommen. (Sehr richtig! b. d. Soz., im Zentr. u. b. d. Polen.) Wir haben Fälle, wo Kinder von Buchhäußern die höheren Schulen besuchen. Man hätte dann wohl auch das Recht, alle Kinder von Sozialdemokraten von höheren Schulen zu verweisen? (Abgeordneter Bebel [Soz.]: Das Erziehungsrecht hat man ihnen genommen!) Den Polen hat man es in vielen Fällen genommen. Nach diesen Grundätzen hätte man zur Zeit des Kulturkampfes die Kinder von Mitgliedern des Zentrums von den höheren Schulen verweisen können! Die Freisinnigen sind heute eine Stütze der Regierung; aber sehr leicht kann die Zeit kommen, wo sie wieder Reichsfeinde genannt werden. (Sehr richtig! im Zentrum, bei den Polen und Sozialdemokraten.) Dann kann auch ihren Kindern das gleiche passieren. Die Maßregel steht im Widerspruch mit den Grundätzen des Staatsrechts und der Gerechtigkeit, sie spricht aller Kultur hohn. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten, Polen und im Zentrum.) Sie muß als eine barbarische Maßregel bezeichnet werden.

Präsident Graf Stolberg: Herr Abgeordneter, Sie dürfen eine Maßregel der preussischen Regierung nicht als „barbarisch“ bezeichnen. (Unruhe und Heiterkeit.) Der Ausdruck barbarisch ist parlamentarisch unzulässig. (Erneute Heiterkeit.)

Abg. Sarda (Polen): Die Angelegenheit ist keine preussische, wenn Reichsangehörigen verwehrt wird, sich die Bildung zu erwerben, die auf höheren Schulen erworben werden kann. Die Maßregel ist rechtswidrig, kulturwidrig, dem Ansehen des Reiches schädlich, und deshalb sollte der Reichskanzler den durch sie herbeigeführten Zuständen ein Ende bereiten. (Bravo! bei den Polen.)

Abg. v. Normann (l.): Wir lehnen es ab, uns an der Besprechung der Interpellation zu beteiligen; ihre Einbringung halten wir für eine Schmälerung des Ansehens der preussischen Regierung, die wir mit Entschiedenheit zurückweisen. (Bravo! rechts.)

Abg. Fritzen (r.): Wir verlangen die Erteilung des Religionsunterrichts in der Muttersprache. Den Schulstreik haben wir beklagt, weil er die Kinder in einen Zwiespalt zwischen der Autorität der Eltern und Lehrer bringt. Aus ihm ist die jetzt in Rede stehende Maßregel entstanden, die ungerichtet und inhuman ist. Sie ist auch politisch durchaus unglücklich; denn ein Teil der betroffenen Kinder wird die höhere Bildung auf den Schulen des Auslandes erwerben, und diese Leute werden mit einem glühenden Haß gegen ihr Vaterland nach Deutschland zurückkehren. (Lebhaftes Bravo! im Zentrum und bei den Polen) und hier als Führer der großpolnischen Bewegung wirken. Wir wünschen deshalb, daß der Reichskanzler, der ja auch preussischer Ministerpräsident ist, diese Maßregel beseitigt. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dertel (nail.): Wären die Deutschen nicht so gutmütig, so würden sie den Vertreibungen der Polen noch mit viel stärkerem Nachdruck entgegengetreten (Unruhe bei den Polen), die Regierung müßte ja mit dem Damoklos geschlagen sein (Unruhe und Heiterkeit), wenn sie angesichts der Ausstellungen der polnischen Presse nicht einschreiten würde. Sitte, Moral, Religion wird durch das Treiben dieser Presse untergraben durch die Verhöhnung und das unverschämte Treiben der polnischen Bevölkerung. (Lebhafte Unruhe und Unterbrechungen bei den Polen.)

Präsident Graf Stolberg: Ich sehe voraus, daß Sie nicht Mitglieder dieses Hauses meinen.

Abg. Dertel (nail.): Die Polen können nicht erwarten, daß man ihnen Vertrauen entgegenbringt. Kultur haben den Polen die deutschen Handwerker gebracht, und im Grunde befinden sich die Polen bei uns sehr wohl. (Widerspruch bei den Polen.)

Unter lebhafter Unruhe polemisiert der Redner weiter gegen die Polen: Es ist nicht schön, wenn Sie draußen schimpfen und sich dessen hier noch rühmen.

Präsident Graf Stolberg: Das Wort „schimpfen“ ist parlamentarisch unzulässig. (Große Heiterkeit.)

Abg. v. Dertzen (Rp.): Wir haben gegen die Besprechung der Interpellation gestimmt, weil sie eine preussische Angelegenheit betrifft, und werden uns an der Besprechung auch nicht beteiligen. (Bravo! rechts.)

Abg. Gylling (fr. Sp.): Auf die Frage der Zuständigkeit will ich nicht eingehen; die Besprechung der Interpellation ist vom Reichstag beschloffen. Den Schulstreik verurteilen wir, weil er im wesentlichen auf politischen Motiven beruht. Die hier in Frage stehende Maßregel ist ungerichtet und kann die Wirkung nicht erzielen, die man sich von ihr verspricht. Sie wird im Gegenteil nur Agitatoren züchten. Ueberhaupt wandelt die preussische Polenpolitik auf falschen Bahnen, wie ihr Mißerfolg zeigt. (Zustimmung links.) Einen Appell muß ich aber doch an die Polen richten: Wir Freisinnigen sind immer für die Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte der Polen eingetreten; erschweren Sie uns dies nicht durch ein Uebermaß in der Agitation, halten Sie Maß in der Agitation. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. Lebedour (Soz.):

Der Vertreter der Rationalliberalen hat hier nicht auf die Rede des Interpellanten geantwortet, sondern hat Aufzeichnungen vorgelesen, die er sich gemacht hat, weil er offenbar alle möglichen Ausführungen erwartet hatte. (Lebhaftes Bravo! rechts.) Freilich mache ich ihm daraus keinen Vorwurf; denn in der Geschäftsordnung ist ausdrücklich vorgesehen, daß Abgeordnete, welche die deutsche Sprache nicht genügend beherrschen (Schallende Heiterkeit), vorlesen dürfen.

Die Probe des Germanisationsprozesses in Polen, mit der wir uns heute beschäftigen, ist ja nur ein weiterer Fortschritt in den polizeilichen Schikanen, mit welchen die preussische Regierung die Polen zur deutschen Sprache zu belehren sucht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dieser neueste ungebührliche Eingriff in die Freiheit des Selbstbestimmungsrechts der Polen stellt sich dar als ein Raubakt seitens der preussischen Regierung,

welch sie mit ihren früheren Versuchen der Zwangsgermanisierung auf dem Wege der Schule absolut keinen Erfolg hatte. Es scheint mir, daß sie sich aus der Bibel Rat geholt, aber die Bibel dabei falsch verstanden hat. (Heiterkeit.) Zwar heißt es im Alten Testament:

„Die Sünden der Eltern sollen heimgesucht werden bis ins dritte und vierte Glied“, doch glaube ich nicht, daß in der Bibel an solche Schikanierungen von Kindern gedacht ist, die deshalb an ihnen vorgenommen werden, weil die Eltern verdächtig sind, daß sie, falls sie Kinder hätten, welche in die Volksschule gingen, diese zum Schulstreik aufgereizt hätten! (Große Heiterkeit.) In der Tat ist die Maßregel der preussischen Regierung zweifellos ein schmerzliches Vergehen an den Kindern, die von ihr getroffen werden; was aber die Herren sich für eine Wirkung von ihr versprechen, ist mir ganz unbegreiflich; denn daß nunmehr die Eltern dieser Kinder ihre anderen Kinder zum Nachgeben beim Schulstreik veranlassen werden, wird ja keinesfalls eintreten. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten und bei den Polen.) Vielmehr wird die Verbitterung der polnischen Bevölkerung außerordentlich gestärkt werden. Und angefaßt all dieser wiederholten polizeilichen Schikanierungen und Drangsalierungen, dieser widerrechtlichen Eingriffe in das Familienleben, in die Geranbildung der Jugend ist nichts Begreiflicher, als daß die davon betroffenen Bevölkerungsteile nach allen Agitationsmitteln greifen, um ihre Volksgenossen aufzureizen zum Widerstand gegen diese Barbare. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und den Polen.) Da ist es mir vollkommen unverständlich, wie der Abg. Gylling es für geschmackvoll und angebracht halten kann, eine Bevölkerung, die so drangsaliziert wird, die geradezu agitiert wird, in eine Agitation gegen diese Voruffizierungsmaßregel hineingetrieben wird, hier zu einer sanften Agitation, zum Nachhalten in der Agitation zu ermahnen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das ist

die richtige deutsche Philisteranschauung.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn ein Teil des Volkes in unerhörter Weise widerrechtlich durch die Regierung drangsaliziert und schikaniert wird, dieser Bevölkerung, die sich mit den geringfügigen Mitteln wehrt, die ihr bei uns überhaupt zu Gebote stehen, die zu bekämpfen mit Ermahnungen: sie solle nur mächtiger sein, wenn sie sich das Wohlwollen der Liberalen erhalten wolle, das ist kennzeichnend für unsere Liberalen. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn diese Ermahnungen auch noch zu der Drohung verhärtet werden sollten, Sie würden den Polen Ihr Wohlwollen entziehen, falls sie nicht maßvoller werden, so wird das, glaube ich, bei den Polen wenig Eindruck machen, denn von diesem Wohlwollen haben sie bisher noch nichts gespürt. (Zustimmung bei den Polen.) Wir stehen der Maßregel nicht deshalb prinzipiell feindlich gegenüber, weil sie die religiöse Erziehung beeinträchtigt, sondern aus allgemeinen kulturellen Gründen. Wir halten es für ein kulturelles pädagogisches Gebot, daß Kindern die Bildung, die ihnen übermittelt wird, überall in der Muttersprache übermittelt wird. Wer das nicht tut, verflüchtigt sich an der Kultur. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten und Polen.) Daß es in diesem Hause überhaupt Parteien gibt, noch dazu solche, die sich „staatsverhaltende“ und „patriotische“ nennen, welche mit einem Vorwurf auf die Polen blicken, weil sie sich gegen ihre Entnationalisierung wehren, wundert mich im höchsten Maße. Eine solche Verhöhnung einer Bevölkerung, die sich gegen die Vernichtung ihrer Muttersprache wehrt, beweist, daß bei Ihnen (nach rechts) ein Verständnis für nationalen Sinn nicht vorhanden ist. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten und den Polen, Unruhe rechts.) Sie betrachten die Sache nur vom polizeilichen Standpunkt. Sie meinen, weil die Mehrheit der Bevölkerung Deutsche sind, daß deshalb die Regierung das Recht hat, alle anderssprachigen Bevölkerungsteile zu entnationalisieren; denn darauf geht ja Ihre Polenpolitik hinaus, dazu wird die Schule benutzt, dazu sollte auch die Dienstzulage dienen, um im Dienste dieser Politik die Postbeamten zu korumpieren. Der Reichstag hat dies noch verhindert; die Korruptionserstreckt sich bisher nur auf die preussischen Beamten.

Überall in andern Ländern, in welchen deutschsprachige Minderheiten sind, führen diese gleichfalls einen Kampf um die Erhaltung ihrer Muttersprache. In Ungarn z. B. ist das der Fall, und gerade in der nationalliberalen Presse werden die Schikanierungen der ungarischen Regierung gegenüber den Deutschen auf das entsetzliche verurteilt. Und hier jubeln Sie denselben Maßnahmen der preussischen Regierung zu! (Zustimmung bei den Sozialdemokraten und Polen.) Wir Sozialdemokraten, die man nach einem hochstehenden Vorbilde als „vaterlandlose Gesellen“ verhöhnt, zeigen, daß wir ein viel besseres Verständnis für die wirkliche nationale Ehre haben (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Lachen rechts.) als Sie, die Sie den polizeilichen Schikanierungen in Deutschland für und Tor öffnen und dadurch gleichzeitig unsere Volksgenossen in andern Ländern der polizeilichen Schikane preisgeben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Mit welchem Recht wollen Sie da Ihre Stimme erheben gegen den zwangsweise Entnationalisierung unserer Volksgenossen in Rußland, Ungarn? Sagt noch irgend jemand dagegen zu sprechen? (Rufe rechts: Jawohl!) Dann zeigen Sie uns, daß es Ihnen nicht nur an Gerechtigkeit, sondern auch an Logik fehlt. Wenn Sie für die preussische Regierung das Recht in Anspruch nehmen, mit Polizeizwangmaßnahmen die Fremden in Deutschland zu entnationalisieren, dann geben Sie den fremden Völkern das gleiche Recht unseren Volksgenossen gegenüber. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie (nach rechts) bilden sich ein, daß Sie die Polen zu deutschsprachigen Staatsbürgern machen? Die bisherige Polenpolitik hat das Gegenteil ergeben, und die Polen haben sich in eine prinzipielle Opposition nicht bloß gegen einzelne Maßnahmen, sondern gegen das ganze preussische Staatswesen und das Deutsche Reich hineingelebt. Vor 10 Jahren konnte die preussische Regierung noch hoffen, daß wenn sie die Polen zu Staats- und Reichsfeinden künstlich machte, dies kein Schaden für Preußen und Deutschland sein würde, weil die Polen in andern Ländern keinen Rückhalt hatten. Seitdem aber der russische Absolutismus auf den Aussterbedeckel gesetzt ist, und wenn er auch noch in den letzten Krämpfen zuckt, in absehbarer Zeit zugrunde gehen wird, gewinnt die Sache ein ganz anderes Aussehen, denn das konstitutionell regierte russische Reich wird sich bemühen, die russischen Polen auszuheben mit ihrem Schicksal, indem man ihnen die Entfaltung ihrer Nationalität gewährt. Heute steht die große Mehrheit der russischen Duma auf diesem Standpunkt, und es ist ganz ausgeschlossen, daß in Rußland eine solche Polenpolitik getrieben werden könnte, wie sie in Preußen heute noch getrieben wird, ohne zu einer vollständigen Zerrüttung des russischen Staatswesens zu führen. Selbst wenn es noch nicht ohne weiteres zu einer polnischen Autonomie in Rußland kommen sollte, so wird doch unter allen Umständen den russischen Polen eine viel freiere Entfaltung ihrer Nationalität gewährleistet werden als den Polen in Preußen. Was wird dann eintreten? Entweder wird die preussische Regierung wie bisher als gehoramer Nachhänger hinter der russischen Polenpolitik hergehen und auch in dieser Beziehung dem Beispiel der russischen Regierung folgen, oder sie sieht die Gefahr schon vor Augen, wie Herr Dertel, daß sich unter den Polen in Preußen eine Irredenta bildet, die sich bisher nicht hat bilden können. Die preussische Polenpolitik wird es dahin bringen — es würde allen geschichtlichen Erfahrungen hohn sprechen, wenn es anders läme — daß, wenn die russischen Polen zu einer wirklichen Selbständigkeit kommen, unter den Polen in Preußen eine viel lebhaftere, direkt staatsfeindliche Agitation eintreten wird. Darin liegt die große Gefahr für die zukünftige Stellung Deutschlands im europäischen Staatsgange. Die Polenpolitik der preussischen Regierung ist unglücklich töricht. Wir bekämpfen sie aus kulturellen Gründen und aus Gründen der Gerechtigkeit. Wir verlangen, daß in jedem Staate jede Bevölkerung das Recht hat, ihre Muttersprache zu pflegen in Schule und Haus nach Belieben, wie es in freien Staaten schon heute mit größtem Erfolge für diese Staaten gestattet ist. In der Schweiz haben alle Nationalitäten vollkommene Freiheit, in der Schule ihre Muttersprache zu pflegen, und die Folge ist, daß in keinem Staate die Anhänglichkeit an das Staatswesen so groß ist wie in der Schweiz. Was aber in der Schweiz möglich ist, ist in Deutschland noch viel leichter möglich. Alle Gründe der Gerechtigkeit, der kulturellen Entwicklung und der Staatsraison sprechen dafür, daß endlich mit dieser unglücklich törichten und ver-

derblichen Polenpolitik der preussischen Regierung gebrochen wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. Baasche: Ich kann nicht zulassen, daß Sie die preussische Polenpolitik als „unmöglichlich töricht und verderblich“ bezeichnen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Ledebour (fortfahrend): Es ist heute allerdings schon ein für alle Mal Ausdruck gefallen. Wir halten es für notwendig, daß mit diesem System gebrochen wird im Interesse der deutschen Bevölkerung, die in anderen Ländern lebt und die da auch das Recht hat, ihre eigene Sprache zu sprechen. Wir haben etwa 4 Millionen Polen in Deutschland, etwa 150 000 Dänen und etwa 30 000 Franzosen, während in Ungarn und Rußland je 2 Millionen und in den Vereinigten Staaten von Amerika 10 Millionen Deutsche leben. Überall finden sich deutsche Ansiedlungen, und überall bemühen sich die Deutschen, ihre Muttersprache zu behalten, und sie werden darin vom Deutschen Schulverein gefördert und unterstützt. Wenn sie diese preussische Polenpolitik — man braucht da keinen weiteren Ausdruck zu gebrauchen, „preussische Polenpolitik“ sagt genug (Heiterkeit) — weiter fördern, so schädigen Sie das Deutschtum in der ganzen Welt (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) und Sie zeigen dadurch, daß Ihnen der wahre Sinn für Volkseinheit vollkommen abgeht. (Lebhafte Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Garsinski (Polen): Der Abg. Dertel hat seine Antworten vorzätig; denn ein Zusammenhang zwischen dem, was er sagte, und unserer Interpellation ist nicht vorhanden. Wenn der Reichstagspräsident die Rede des Herrn Dertel lesen wird, wird er bedauern, daß er nicht hier war, er hätte davon etwas lernen können. Die Lehrer sprechen nicht polnisch in der Schule, wie soll denn da aber eine Verständigung mit den kleinen Kindern möglich sein, die nur polnisch verstehen? Das ist kein Zustand, der einer wahren Kultur entspricht. Wenn man jemand fortwährend sieht, muß er sich doch wehren. Das ist ein nichtswürdiges Volk, das sich nicht wehrt! (Bravo! bei den Polen.)

Abg. Stöckel (Polen): Der Zwiespalt zwischen Schule und Haus ist da; er wurde nicht durch uns geschaffen, sondern durch die Maßnahmen der preussischen Regierung. Religionsunterricht ist Sache der Kirche, nicht des Staates, der ihn bei uns zu politischen Zwecken mißbraucht. (Sehr richtig! bei den Polen.) Der Schulstreik ist von unserem Standpunkt aus nicht zu bedauern, sondern zu begrüßen. Trotz aller Leiden hält das polnische Volk an ihm fest. Wenn der Staat seine Kompetenz überschreitet, ist man moralisch verpflichtet, ihm Widerstand zu leisten. (Bravo! bei den Polen.)

Damit schließt die Besprechung.
Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. Wahl des Präsidenten und der Vizepräsidenten für die Dauer der Session; zweite Beratung des kolonialen Notetzes; dritte Beratung des Reichstagsnotgesetzes; zweite Beratung des Gesetzes über die Bemessung des Kontingentes für landwirtschaftliche Brennereien; Interpellationen der Sozialdemokraten und des Zentrums über das Grubenunglück bei Klein-Rosseln.

Schluß 7 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

87. Sitzung. Dienstag, den 19. März 1907, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. v. Studt.

Die zweite Beratung des Kultusetzes wird fortgesetzt.
Abg. Dr. Forst (S.): Die Reden der Freisinnigen Hund und Gassel beweisen, daß die Ausführungen des Reichstagspräsidenten bei der Freisinnigen Volkspartei auf fruchtbarsten Boden gefallen sind. (Sehr richtig! im Zentrum.) Nun hat Herr Gassel es jetzt so dargestellt, als ob die Freisinnigen einen Angriff auf unser nationales Empfinden nicht gemacht hätten. Ich habe hier ein Flugblatt aus dem zweiten Berliner Reichstagswahlkreis, in dem das Zentrum antinational genannt wird. (Hört! hört! im Zentrum.) Unterzeichnet ist dieses Flugblatt von den Landtagsabgeordneten Reitzling, Verschel, Kopsch und Träger. (Hört! hört! im Zentrum.) Das ist doch eine Kränkung, für die die Freisinnige Volkspartei die Verantwortung trägt. (Sehr richtig! im Zentrum.) Und da tritt Herr Hund hierher und sagt: „Hier ist eine nationale Frage!“ Da kann sich doch Herr Hund über meine Kritik nicht beklagen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Ich stehe demgegenüber auf dem Standpunkt: Was du nicht willst, daß man dir tu, das füg auch keinem andern zu! (Stürmisches Bravo! im Zentrum.) Ich antworte deshalb nicht im gleichen Tone. Wenn sich aber jemand erheben sollte, mir nationale Gefinnung abzusprechen (stürmisches Bravo! im Zentrum), so werde ich ihm die richtige Antwort erteilen. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Gassel (fr. Sp.): Ich habe die nationale Gefinnung des Abg. Dr. Forst niemals bezweifelt. Ich wäre der letzte, der einen solchen Vorwurf erheben würde. Ich weise deshalb den Ton des Abg. Dr. Forst zurück. (Bravo! links.) Mein Freund Hund hat nur darauf hingewiesen, daß Schulfragen wichtige Angelegenheiten sind und deshalb Kulturfragen seien. Darin sollte das Zentrum eigentlich mit uns einer Ansicht sein. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Wir nehmen aber auch für eine nationale Gefinnung in Anspruch; denn wir sind aus einer Partei hervorgegangen, die als erste eine Einigung Deutschlands unter Preussens Führung auf ihr Banner geschrieben hat. (Lebhafte Weisfall links, Gelächter rechts.)

Ein Antrag auf Schluß der Besprechung wird angenommen. Das Gehalt des Ministers wird bewilligt.

Beim Kapitel.

„Elementarunterrichtswesen“

Abg. Kretsch (L.), daß leistungsschwache Gemeinden, insbesondere Gutsbezirke im Osten, durch Gehaltssteigerungen für Lehrer sehr belastet seien!

Ministerialdirektor Schwarzkopff: Wenn Gemeinden provisorische Gehaltssteigerungen gewährt haben, müssen sie die Kosten auch allein tragen. Wir haben im vergangenen Jahre vor solchen provisorischen Gehaltssteigerungen ausdrücklich gewarnt.

Abg. Dr. Dahlem (S.) fordert, daß im nächsten Jahre für Nassau ein katholisches Lehrerinnenseminar in Montabaur errichtet werde.

Ein Regierungskommissar erwidert, Verhandlungen darüber schwebten noch.

Auf eine Anregung des Abg. v. Sklow-Homburg (nall.) erklärt Ministerialdirektor Schwarzkopff, eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts darüber, ob in Nassau die Konfessionsschulen neben den Simultanfchulen zulässig seien, sei in den nächsten Tagen zu erwarten.

Abg. v. Kardorff (fr.): Bei den letzten Reichstagswahlen sind mehr als 3 Millionen Stimmen für die Sozialdemokratie abgegeben. Da sollen wir uns doch der Tatsache nicht verschließen, daß sowohl der kirchliche wie der Schulunterricht nicht dazu geführt haben, die jungen Leute mit so festen christlichen und patriotischen Grundfelsen auszurüsten, daß sie gegen Verführungen der Sozialdemokratie gefeit gewesen wären. In der evangelischen Kirche ist schon ein lebhaftes Gefühl dafür vorhanden, daß die Kirche hier den Anforderungen nicht genügt hat. Infolgedessen entstand die grobartige Gemeinschaftsbewegung, die den Gläubigen das Evangelium näherbringen will. Wenn es so in der Kirche geht, muß sich auch die Schule zu geregelt wissen, wie Herr v. Hedlich es neulich gefordert hat. Ich gestehe ganz offen, daß ich vor 25 Jahren noch ganz entgegengekehrter Ansicht war. Ich sah die Forderung auf Einführung der Fachschulaufsicht zunächst als eine Heberhebung des Lehrpersonals an. Mit der Zeit lernte ich aber erkennen, daß die christliche Schulaufsicht zu Rippenknirsch und Trübungen des Verhältnisses zwischen Geistlichkeit und Lehrerschaft führt. Ich sprach darüber mit einem jetzt verstorbenen Gymnasialdirektor. Der sagte mir: „Was würden Sie sagen, wenn Marinoffiere einen sechs-

wöchentlichen Reiterunterricht nähmen, um dann Kavallerieschwadronen zu inspizieren?“ (Heiterkeit.) Ich lernte dann verstehen, daß die jungen Lehrer sich herabgesetzt fühlten, wenn sie sahen, daß die Geistlichen ihnen nicht über-, sondern unterlegen seien. Wenn irgend eine Frage sich nicht dazu eignet, zum Parteigezänk gemacht zu werden, so ist es diese. Alle Parteien haben ein Interesse daran, daß unsere Jugend patriotisch und kritisch erzogen wird, und hoffe, daß wir dazu gelangen werden, hier alle politischen Streitigkeiten auszuschleiden. (Weisfall.)

Vizepräsident Dr. Forst: Die Frage der Fachschulaufsicht gehört nicht zu diesem Punkte der Tagesordnung. Ich habe aber geglaubt, im Sinne des Hauses zu handeln, wenn ich den Redner nicht unterbrach. (Weisfall.) Ich bitte die Herren aber, jetzt nicht mehr darauf zurückzukommen.

Abg. Hain (S.) spricht für Ertelung des Religionsunterrichts in der Muttersprache in den gemischtprolisch-ländlichen Landesteilen.

Abg. Kopsch (fr. Sp.): Zunächst ist festzustellen, daß der Lehrermangel nicht ab-, sondern erheblich zugenommen hat. (Sehr richtig! links.) Redner fordert eine genaue Statistik über den Lehrermangel und eine Aenderung der Ausbildung der Lehrer. Man solle die Vorbildung für den Lehrerberuf ähnlich gestalten, wie für den Post-, Bankberuf usw. Redner bespricht sodann noch die Beschaffenheit der Schulhäuser.

Abg. Werner (Anti.) bezeichnet als Kern- und Kardinalpunkt für alle Lehrerfragen die Gleichstellung der Lehrer mit den Subalternbeamten erster Klasse.

Abg. Wolff-Beichrich (nall.) führt Beschwerde über den katholischen geistlichen Schulaufsicht in Camberg, der in bezug auf das Gebot in einer katholischen Simultanfchule Anordnungen im Gegensatz zu den Lehrern getroffen habe.

Ministerialdirektor Dr. Schwarzkopff erwidert, daß ein Kommissar zur Untersuchung der Angelegenheit nach Camberg gesandt sei.

Abg. Wettger (nall.) fragt, ob es richtig sei, daß der Kultusminister entschieden habe, daß Jbsen, Sudermann und Hauptmann für die Bibliotheken der Lehrerseminare nicht angeschafft werden sollten.

Ministerialdirektor Dr. Schwarzkopff: Ueber diesen Gegenstand sind in der Presse ganz falsche Behauptungen gebracht. Für den Unterricht an den Seminaren kommen die drei vom Vorredner genannten Schriftsteller überhaupt nicht in Betracht. Für die Bibliotheken können dagegen Jbsen, Sudermann und Hauptmann sehr wohl angeschafft werden, wenn Mittel dazu vorhanden sind. (Wahl links.) Die Unterrichtsverwaltung ist aber der Ansicht, daß Schiller, Goethe usw. den Vorrang haben, dann kommen auch Jbsen, Sudermann und Hauptmann noch lange nicht, sondern erst viele andere.

Ein Antrag auf Schluß der Besprechung wird angenommen. Eine Reihe Titel werden bewilligt.

Das Haus vertagt sich.
Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr. (Etsnotgesetz, Kleine Vorlagen, Fortsetzung der heutigen Beratung.)

Bergwerkskatastrophen.

Ein Gebentag.

Am vorletzten Sonntag war der Jahrestag der Katastrophe von Courrières. Und die Opfer waren nicht vergessen. Die Angehörigen zogen hinaus nach den Friedhöfen von Billy-Montigny, Sallaumines und Royelles und aus dem ganzen Kohlenrevier des Bas de la Loise waren die Bergarbeiter herbeigeleitet, um auf den Massengräbern ihrer Kameraden einen Kranz niederzulegen. Und es war nicht bloß eine Erinnerungsfest, sondern auch und vor allem ein Protest und ein Warnungsruf an die Gesellschaft und eine Mahnung an das Unternehmertum und den Staat, endlich ihrer Pflicht nachzukommen. Wasch, Kamendin und Gadoi hielten auf den drei Friedhöfen die Gedächtnisreden und sie machten sich zum Interpret der Forderungen der Bergarbeiter und sie forderten diese auf, im gewerkschaftlichen und politischen Kampfe ihre Rechte zu erkämpfen. In Rericourt strömten nicht weniger denn 40 000 Menschen zusammen, die an der Demonstration teilgenommen hatten.

Wird das Warnungszeichen verstanden, wird der Arbeit endlich ihr Recht werden?

Mittlerweile hat Deutschland schon zwei große Schlagwetterkatastrophen gehabt. Vor einem Jahre erklärten unsere Bergsachmänner und die Regierungsvertreter mit souveräner Sicherheit: In Deutschland ist ein Courrières unmöglich! Und heute? In der Werkspresse lobt man die Rüstereinrichtungen und macht den Himmel und den Zufall verantwortlich für die Massenverunstaltungen. Gegen diese Praxis protestieren die Arbeiter. Solange man deren berechtigste, das größte Recht von Sicherheit garantierende Forderungen nicht bewilligt, müssen alle Versuche, die Schuld auf unverantwortliche Faktoren abzuschieben, als vollständig unberechtigt zurückgewiesen werden.

Ein Wohlfahrtsstreik.

Bei der gestrigen Tafel im königlichen Schloß aus Anlaß der Johannisfeier brachte der Kaiser einen Teilspruch aus, aus dem wir folgenden Passus wiedergeben:

„Die letzten Monate haben gezeigt, welche schweren Prüfungen der Menschheit auf allen Gebieten auferlegt worden sind, und welche Schicksale von Menschenleben verschiedenen Katastrophen zum Opfer gefallen sind. Das weist alle Ordensmitglieder darauf hin, daß das erste Gebot für uns alle ist die Liebesfähigkeit gegenüber unseren Mitbürgern; und so werden wir das Wohl des Herrenmeisters in der Gefinnung trinken, die in dem Schriftwort Ausdruck findet: „So bleibe Glaube, Hoffnung, Liebe, diese drei, aber die Liebe ist die größte unter ihnen“. Wir weisen unser Glas dem neuen Herrenmeister mit dem Wunsch, daß es ihm vergönnt sei, eine segensreiche Tätigkeit in der Mitte des Ordens auszuüben.“

Das mag ganz gut gemeint sein, die Bergarbeiter sind aber überzeugt, daß ihnen mit einem wirksamen Schuh mehr gebietet ist als mit dem kräftigsten Wohlwills- und Liebestreik.

Was alles in Ordnung?

Unser Saarbrücker Korrespondent schreibt:
Einer und zugehenden Schilderung eines auf dem Rosselner Unglücksfall beschäftigten Knappen entnehmen wir folgende haarsträubenden Details, die von amtlicher Seite unbedingt aufgeföhrt werden müssen. Die Behauptung, daß auf der Nachtschicht nicht geschossen wird und daß demnach das Schießen die Endursache der Explosion nicht gewesen sein könne, ist falsch. Von der Sohle 417, auf der die Katastrophe erfolgte, wird nach der darüber liegenden Sohle 332 ein Ueberbau (Verbindungsschicht) durchgearbeitet, wobei sowohl auf Tag- wie auf Nachtschicht geschossen wird. Falsch ist auch die Behauptung, daß an die Verlegung der Nachtschicht kein Pulver veraußgabt wird. Der Steiger, der diese Angabe vor dem Bergmeister gemacht haben soll, hat selbst noch vor kurzer Zeit in Abwesenheit des Schichtmeisters abgeschossen. In sämtlichen Bremsbergen sollen Brüche liegen, die voll Bettler stehen. Ferner sollen die Galerien in den Bremsbergen nicht vollständig versetzt, sondern nur vorn in der Front mit einem Damm versehen worden sein, so daß sich in dem durch Dämme verstopften „alten Mann“ (Hohlraum) die Wetter ungehindert ansammeln können. Wenn das richtig ist, so wäre das die schwerste Anlage gegen die Grubenverwaltung, da diese Art der Verladung geradezu eine Verunsicherung rationeller Verladung wäre. Sammelt sich hinter den trügerischen Dämmen Wetter an, so können diese durch nieder-

gehende Gesteinsmassen, durch die nicht luftdicht schließenden Dämme in die Strecken getrieben werden und hier beim Schießen explodieren. Ebenso kann im „alten Mann“ Feuer entstehen durch den Druck des Gesteins, wobei selbstverständlich die Wetter auch in Explosion geraten und die Dämme mit elementarer Gewalt durchbrechen, Tod und Verderben in den umliegenden Strecken verbreitend.

Mit der so herausgestrichenen Verletzung des Kohlenstaubes, dessen Explosion die verheerendsten Wirkungen im Gefolge hat, soll es sehr problematischer Natur gewesen sein. Die Verletzungsanlage ist wohl intakt, angeblich ist aber nur alle 14 Tage einmal gereinigt worden, und das nur in den Querschlägen (Grundstrecken). Unser Gewächsmann versichert, und das wird uns auch von anderer Seite bestätigt, daß in der Zeit, während er auf dem Unglücksfall arbeitet, schon dreimal Feuer ausgebrochen sei. (Jedenfalls durch Druckwärme. D. S.) Da ist es gar nicht ausgeschlossen, daß auch dieses Mal in irgend einem verborgenen Winkel, hinter den trügerischen Dämmen, ein Brand entstand, der die Wetter zur Explosion brachte, ohne daß an den Arbeitsorten etwas davon zu merken war. Die Verladung (Ausfüllung der Hohlräume durch „Berger“) soll überhaupt eine sehr mangelhafte sein, weil der Afford sehr niedrig bemessen sei und die Arbeiter, um annähernd zu ihrem Lohn zu kommen, eben nur Fußarbeit leisten können. Ueber eine Reihe Klagen untergeordneter Natur, die die Katastrophe begreiflich erscheinen lassen, wollen wir hinweggehen, da sie Mängel betreffen, die der kapitalistischen Ausbeutung überall eigentümlich sind. Die Aufsichtsorgane werden nicht umhin können, über diese Klagen Aufklärung zu schaffen. Wenigstens sich nur der fünfte Teil derselben, so ist die stereotypische Phrase „Alles in Ordnung“ gerichtet.

Derselben Wert scheint die Aufklärung über den verhängnisvollen Seilbruch auf dem fiktionalen Rathildenschatz zu haben, wenn sich die Mitteilungen bestätigen, die uns von dort beschäftigten Bergleuten zugehen. Danach hat das geriffene Förderseil schon seit Monaten nicht nur einen, sondern zwei Brüche gehabt, die nach der einen Information schon im Dezember beim Seilfchmieren entdeckt und den Steigern gemeldet worden seien. Vor 14 Tagen sei der Bruch oberhalb des Förderkorbes wiederholt gemeldet worden, trotzdem sei das brüchige Seil immer noch zur Menschenförderung benützt worden. Unter den Bergleuten behauptet sich auch mit aller Hartnäckigkeit das Gerücht, nach der Katastrophe sei 4 bis 6 Meter oberhalb der Bruchstelle das Seilende abgehauen worden.

Ueber die Behandlungsweise der Bergleute durch unsere Beamte wird sehr geklagt, ebenso über die Reduzierung der Löhne, was man auf das Konto der Reichstagswahl setzt, die Anlaß zu einem förmlichen Spionagesystem gegeben habe. Schrottschichten, Drohungen und Bestrafungen seien an der Tagesordnung, alles Erscheinungen, die zum saarabischen System passen. Bewahrheitet sich die von vielen Seiten erhobene Behauptung, daß den untern Beamten die Mangelhaftigkeit des Förderseiles bekannt war, dann wird die Forderung der Bergleute nach Arbeiterkontrollen, die mit Exekutivgewalt auszurüsten sind, unbedingt erfüllt werden müssen, wenn man nicht ein Verbrechen an den Bergleuten auf sich laden will. Den Bergleuten nähm alle die Beleidigungen hoher und höchster Personen nichts; und die bei solchen Anlässen entfesselte Wohlthätigkeit kann in ihnen nur das Gefühl auslösen, daß man ihre Angehörigen mit Bettelstücken traktiert, wo sie das Recht haben, eine Sicherung ihres Lebens zu verlangen. Lasse man die Bergflaven mitraten und mit-taten, und das Wort „Alles in Ordnung“ wird zur Wahrheit werden.

Letzte Nachrichten.

Vorbach, 19. März. Nach Mitteilung der Grubendirektion Klein-Rosseln ist nunmehr festgestellt, daß 73 Mann tot und 6 verletzt sind. Drei Mann werden noch vermisst.

Klein-Rosseln, 19. März. Gestern nachmittags 8 Uhr wurde die Leiche des verunglückten Steigers Baltschmidt, des jüngsten von 8 Geschwistern, die sämtlich auf der Grube Klein-Rosseln beschäftigt waren, beerdigt. Er war der einzige Protestant von allen Verunglückten.

Verfammlungen.

Der Verein Berliner Hausdiener hielt am Montag im Keller des Saal eine Mitgliederversammlung ab, auf deren Tagesordnung als erster Punkt ein Vortrag des Genossen Ledebour über die Revolution von 1848 stand. Nach Eröffnung der Versammlung er-laubte der Vorsitzende Wappler die wenigen anwesenden Frauen, sich an einem besonderen Tisch im Hintergrunde des Saales zu begeben. Es sei das eine Anordnung des überwachenden Polizeibeamten, der verlangt, daß sich die Frauen in ein „Segment“ begeben, weil der Vortrag, welcher hier gehalten werden soll, ein politischer sei. Nachdem sich die Frauen in das „Segment“ begeben hatten, bezeichnete Genosse Ledebour diese politische Anordnung als ein Zeichen dafür, wie rückständig bei uns in Preußen die politischen Zustände noch sind. Solche politische Bevormundung der Staatsbürger herrscht heute, 59 Jahre nach der Revolution von 1848, während vor derselben die Bürger im freien Versammlungen abhätten, ohne daß die Polizei sich darum zu kümmern hätte. Der Redner besprach dann die Ursachen der Hammersteinischen Segmentsverfügung, die ja für politische Vereine gelten soll. Nun sei der Verein Berliner Hausdiener kein politischer Verein, nach Auffassung des Polizeibeamten solle er aber für diesen Abend ein politischer geworden sein, weil ein politischer Vortrag gehalten werden solle. Ledebour sagte, er habe die Absicht gehabt, einen historischen Vortrag zu halten, da aber die Polizei die Auffassung habe, der Vortrag solle ein politischer sein, so werde er nun die Gelegenheit benutzen, um einen politischen Vortrag zu halten und die Frage behandeln: Welche politischen Lehren hat das Proletariat aus der Märzrevolution zu ziehen. — Von diesem Gesichtspunkt aus behandelte der Referent denn auch sein Thema unter lebhaftem Weisfall der Versammlung. — Hierauf beschäftigte sich die Versammlung mit den Anträgen zum Verbandstag, der zu Pfingsten in Berlin stattfinden soll. Angenommen wurde ein Antrag, der die Einführung einer besonderen Rubrik im Verbandsorgan befürwortet, die an bevorzugter Stelle Mitteilungen über Streiks und Aussperrungen bringt. Ferner will der Antrag, daß das Verbandsorgan alle acht Tage erscheint. Ein anderer Antrag, der gleichfalls angenommen wurde, besagt, familiäre Mitgliedschaften wählen ihre Ortsbeamte selbst, die Neuwahl erfolgt alljährlich, die Gewählten unterliegen der Bestätigung des Hauptvorstandes. — Hierauf stimmte die Versammlung einer von der erweiterten Ortsverwaltung aufgestellten Vorschlagsliste zur Delegiertenwahl zu. Die Wahl selbst erfolgt am Karfreitag in verschiedenen Lokalen.

In der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins von Französisch-Buchholz (Bezirk Panlow) erstattete Genosse Wiedberg den Bericht von der Kreis-Generalsammlung. Aufseitig wurde die Notwendigkeit einer geplanten intensiveren Agitation gutgeheißen. Ueber die Erhöhung der Beiträge entspann sich eine lebhafteste Debatte. Zweidrittel erklärten sich bei der Abstimmung gegen eine Erhöhung des Monatsbeitrages. Von einer Waise am Orte soll Abstand genommen werden, da man eine lohnende Beteiligung an derselben nicht erwartet. Gingen wurde beschlossen, am 6. Mai ein Volksfest zu veranstalten. Zum Schluß übte Genosse Pahl noch herbe Kritik an der Tätigkeit der bürgerlichen Gemeindevertreter und ermahnte die Genossen, durch unermüdete Arbeit dafür Sorge zu tragen zu heiten, daß bei der im nächsten Jahre stattfindenden Gemeindevertreterwahl unsere Genossen ins Gemeindeparlament gewählt werden.

In der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins von Französisch-Buchholz (Bezirk Panlow) erstattete Genosse Wiedberg den Bericht von der Kreis-Generalsammlung. Aufseitig wurde die Notwendigkeit einer geplanten intensiveren Agitation gutgeheißen. Ueber die Erhöhung der Beiträge entspann sich eine lebhafteste Debatte. Zweidrittel erklärten sich bei der Abstimmung gegen eine Erhöhung des Monatsbeitrages. Von einer Waise am Orte soll Abstand genommen werden, da man eine lohnende Beteiligung an derselben nicht erwartet. Gingen wurde beschlossen, am 6. Mai ein Volksfest zu veranstalten. Zum Schluß übte Genosse Pahl noch herbe Kritik an der Tätigkeit der bürgerlichen Gemeindevertreter und ermahnte die Genossen, durch unermüdete Arbeit dafür Sorge zu tragen zu heiten, daß bei der im nächsten Jahre stattfindenden Gemeindevertreterwahl unsere Genossen ins Gemeindeparlament gewählt werden.

Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Am Sonntag, den 31. März (1. Osterfesttag), veranstaltet der Wahlverein des 3. Kreises im großen Saale von Wuggenhagen eine Matinee. Derselbe beginnt um 12 Uhr. Der Preis des Billets ist auf 30 Pf. festgesetzt.

Sozialdemokratischer Zentral-Wahlverein für Teltow-Beechlow-Storlow-Charlottenburg. Am Sonntag, den 24. März, nachmittags 1 Uhr, findet im Rieckchen Lokale zu Jühlendorf, Marienstraße 12, die Generalversammlung des Zentral-Wahlvereins mit folgender Tagesordnung statt: 1. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. 2. Neuwahl des Vorstandes und der Funktionäre. 3. Die Lehren der letzten Reichstagswahl. Referent: Fritz Zubeil. 4. Anträge zur Generalversammlung von Groß-Berlin. 5. Sonstige Anträge. 6. Verchiedenes.

Jeder örtliche Wahlverein ist berechtigt, drei Delegierte zu entsenden. Die Delegierten müssen mit Mandaten versehen sein. Der Zentralvorstand.

Wannsee. Donnerstag, den 21. März, abends 8 Uhr, im „Fürstentum“ Diskutierabend. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Schenefeld bei Königs-Wusterhausen. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Sonnabend, den 23. März, abends 8 Uhr, im Lokale des Gastwirts Paetsch statt. Zahlreiches Erscheinen ist notwendig. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Aus der städtischen Verkehrsdeputation.

In der gestrigen Sitzung der städtischen Verkehrsdeputation teilte der Oberbürgermeister zunächst mit, daß der durch Beschluß vom 24. Oktober 1906 einer Kommission überwiesene Antrag von 18 Stadtvorordneten auf Schaffung einer Automobilmultibuslinie durch die Bellevue-Allee nach dem Hansviertel dadurch seiner Erledigung näher gerückt sei, daß die Staatsbehörden nunmehr einer Durchquerung des Tiergartens mit einer Motoromnibus-Linie nicht mehr so ablehnend gegenüberständen wie früher, und daß die Omnibus-Gesellschaft bereit sei, sofort nach erteilter Genehmigung die jetzt betriebene Pferdelinie in eine Motorlinie umzuwandeln.

Der Antrag mehrerer Vereine des Nordwestens, zur Hebung der Verkehrsverhältnisse ihres Stadtteils den Straßenbahn- und Omnibusgesellschaften bei Konzessionierung neuer Linien freizugeben, ihre Fahrpreise nach der Länge der zu durchfahrenden Strecken festzusetzen, wurde nach längerer Debatte dahin entschieden, daß, soweit Motor-Omnibuslinien in Frage kommen, der Wunsch der Petenten durch die erfolgte Genehmigung des 15 Pfennig-Tarifs bereits erfüllt sei und daß Anträge auf Konzessionierung neuer Straßenbahnlinien zurzeit überhaupt nicht vorliegen.

Durch die zuständigen Deputierten wurde der Deputation sodann Mitteilung von der erteilten Zustimmung zum Tarif für die von der Großen Berliner Straßenbahn beantragten sechs Automobilmultibuslinien und zum Tarif für die Kraftomnibuslinie 10 Kreuzberg-Stettiner Bahnhof der Omnibusgesellschaft gemacht. Diese Bestimmungen haben zur Grundlage die Bedingung, daß bis zu drei Kilometer für 10 Pf. gefahren werden muß, darüber hinaus darf 15 Pf. genommen werden.

Am 5. Februar d. J. hatte die Deputation der Großen Straßenbahn die seit längerem erbetene Zustimmung für die Vozhagenerstraße unter der Bedingung gegeben, daß sie der Stadtgemeinde Berlin die Mitbenutzung auf der ganzen Strecke über 400 Meter hinaus gegen die technischen Abnutzungsgebühren zugestehen und der Gemeinde Nummelsburg sowie der Gesamtheit der Wegeunterhaltungspflichtigen, sowie, falls Nummelsburg das Erwerbsrecht nicht ausübt, der Stadtgemeinde Berlin ein Recht auf Erwerb der Anlagen in Nummelsburg für das Ende des Jahres 1919 zu einem angemessenen Preise einräumt. Die Gesellschaft teilt nun mit, daß sie diese Bedingungen im Prinzip annimmt. Allein für die Verrechnung des Nebenpreises in 1919 wurden Bestimmungen vorgeschlagen, die der Deputation als Basis für eine Verhandlung ganz ungeeignet erschienen. Die Deputierten erhielten daher den Auftrag, wegen einer anderweitigen Verrechnungsweise mit der Gesellschaft in Verhandlungen zu treten.

In der gestrigen Sitzung der Deputation für die Straßenreinigung wurde der Antrag des Arbeiterausschusses um Gewährung von Freibädern vertagt. Zunächst kommt in sämtlichen Depots der Abteilungen eine Wasch- und Heizvorrichtung zur Einführung. Letztere soll so eingerichtet werden, daß sie zum Warmhalten von Speisen und Getränken dienen kann. Des weiteren soll bei der Erbauung der beiden Hauptdepots Gelegenheit vorgesehen werden, womit man dem dringlichsten Bedürfnis glaubt entgegen zu können. Bis zur Feststellung des nächstjährigen Etats soll dann erwogen werden, ob es zweckmäßiger ist, allgemein unter bestimmten Kontrollmaßregeln Freibäder zu gewähren, oder Mittel für an die Arbeiter zu verkehrenden Bäder im Etat zu fordern. Beschlossen wurde die Anschaffung eines Autos zu Transportzwecken, das auch gleichzeitig den Fahrten für den Aufsichtsdienst dienen soll.

Einen Antrag der Allg. Omnibus-Allen-Gesellschaft um leihweise Ueberlassung von Schneepflügen konnte schon um deswillen nicht zugestimmt werden, da zurzeit nur 8 derartige Pflüge vorhanden sind.

Zum probeweisigen Versuch des Einsammelns und Fortschaffens der Papierreste, die mit dem Straßenmüll nicht vermengt werden dürfen, sollen 2 eigens dafür konstruierte Karren beschafft werden.

Die Beschaffung der Bekleidungsstücke für das Personal wurde der Firma Czempin als billigstem Submittenten übertragen. Die Kosten der Bewilligung betragen 36 255 M. An der Lieferung der Pfaffenwägen für die Schermschienen usw. werden die drei Firmen Engler u. Sohn, Gustav Köpfer und Kühn, Inhaber Littmann beteiligt.

Für die außergewöhnliche außerhalb ihrer laufenden Dienstgeschäfte liegende Arbeit während der Schneeperioden, wurde den Aufsehern eine Entschädigung von je 50 M. bewilligt.

Zwei Sitzungen hält in dieser Woche die Stadtvorordnetenversammlung ab, eine am Mittwoch und die zweite am Donnerstag. Während der Donnerstagsitzung in erster Linie die Fortsetzung der Debatte über die Wertungsteuer und die Entscheidung über das Schicksal derselben bringen wird, hat sich die Mittwochsitzung mit der Beratung der Spezialrats zu befassen. Es sieht auf der Tagesordnung die Berichterstattung des Staatsausschusses über die nachstehend bezeichneten Etats für das Staatjahr 1907 und zwar: Grundstücke in der Stadt, — ländliche Grundstücke außerhalb der Stadt und Kolonien in der Stadt, — Verordnungen, — Krankenhäuser in Friedrichshain, — Krankenhäuser in Moabit, — Krankenhäuser in Urban, — Krankenhäuser in Gieselerstraße, — Kaiser- und Kaiserin-Friedrich-Kinderkrankenhaus, — Rudolf-Birchow-Krankenhaus, — Irren- und Idiotenanstalt Dallwitz, — Irrenanstalt Dersberg in Lichterberg, — Irrenanstalt Bud, — Anstalt für Epileptische Wuhlgarten bei Wiedorf, — Baderanstalten, — Desinfektionsanstalten in der Reichsbergerstraße, — Heimstätten für Genußende und verschiedene Einrichtungen für die öffentliche Gesundheitspflege, — Zentrale Bud, — Gymnasien, Realschulen und Oberrealschulen, — Realschulen, — höhere Mädchen-schulen, — Turnhallen der städtischen höheren Lehranstalten, Spiel-

plätze und Turnwiesen im allgemeinen, — verschiedene Einrichtungen für die städtischen höheren Lehranstalten und die höheren Mädchenschulen, — Gemeindeschulen (Volksschulen), — Taubstummenanstalt, — Blindenanstalt nebst Betrieb der Beschäftigungsanstalt, — Wahlfortbildungsinstitut, — gemeinliche Unterrichtswesen, — Fürsorge-Armenwesen, — Friedrich-Wilhelms-Hospital für Männer und Sickenanstalten in der Kröbelstraße, — Friedrich-Wilhelms-Hospital für Frauen, Pflanzentrage, — Waisenspiele für schulpflichtige sowie Fürsorge für eingetragene Waisen, — Fürsorge-erziehung, — Arbeitshaus in Kummelsburg, — Städtisches Obdach, Desinfektionsanstalt II, Hilfsstation für Geschlechtskranke und Nachlassverwaltung pp., Park- und Gartenverwaltung, — Polizeilosten im allgemeinen (Ortspolizei) und Feuerlöschwesen, — Rarkisches Provinzialmuseum, — Statistisches Amt, — Gewerbe-gericht und Kaufmannsgericht, — Stadtbibliothek, Volksbibliotheken und Lesesäle, — Gebälter der Magistratsmitglieder, — Personalbefolgung, — Verwaltung der Bureaubetriebsgebäude und der außerhalb derselben belegenen Bureaus, — Geschäftsbetriebsmittel und Projektilen, — Pensionen, Witwenpensionen und Unterstufungen, — Straßenreinigung und Bepflanzung, — Gemeindefriedhöfe, — Standesämter, — Wasserwerke, — Markthallenverwaltung, — Kassenverwaltung der städtischen Werke, — Kanalisationswerke und Rieselfelder, — Viehmarkt, — Schlachthof, — Fleischbeschau auf dem Schlachthofe, — Straßen- und Brückenbau.

Ueber die Zensurfähigkeit der Polizei anlässlich der Kranzniederlegung auf den Gräbern der Märzgefallenen im Friedrichshain am 18. März wird noch berichtet, daß 24 Schleifen ganz oder teilweise der Inschriften wegen konfisziert wurden. Wie in den Vorjahren, so waren es auch in diesem Jahre Pitate aus Schiller, Heine, Goethe, die vor der Polizei keine Gnade fanden. Die Polizei kann bei uns eben alles: Sie regelt den Verkehr, insbesondere wenn Streikposten ihn hindern, achtet genau auf die Durchführung der Arbeiterschutz-Vorrichtungen, besonders auf Bauten, wenn ein Unglück geschehen ist, paßt auf, daß keinem Staatsbürger ein Haar gekrümmt wird und neben der Erfüllung vieler anderer Aufgaben wacht sie höchst peinlich, daß keine Zeile in die Öffentlichkeit kommt, die irgendwo Anstoß erregen könnte. Es fehlt nur noch, daß der Polizeiminister auf den kürzlich im Abgeordnetenhause von Herrn Schudmann vorgetragene Wunsch eingeht, daß die Polizei zu bestimmter Zeit die Berliner Bürger und Steuerzahler ins Bett bringt. Polizei über alles!

Uebrigens wird noch berichtet, daß drei Arbeiter festgesetzt worden seien, die für Arbeiter der Spandauer Militärwerkstätten Kränze niederklegten.

Folgen der Märzstürme.

Ausgerechnet am 18. März ist Berlin und die Umgebung von einem gewaltigen Frühjahrssturm heimgesucht worden. In der achten Abendstunde setzte das Unwetter mit einem heftigen Gewitter ein und gegen Mitternacht hatte der Orkan seinen Höhepunkt erreicht. Das Sturmwetter hat besonders für die Nachbarorte mannigfache Schäden im Gefolge gehabt. Der Baumbestand hat erheblichen Windbruch erlitten und vorgestern morgen bildeten zahlreiche Lauben elende Trümmerhaufen. Das Eis auf den Seen ist durch die Gewalt der Stürme jetzt geborsten. Auf dem Müggelsee herrschte ein mächtiger Wellengang und meterhoch wurden die losgerissenen Eischollen emporgeschleudert. Auf dem Langen See gerieten Montag am späten Nachmittag vier Mitglieder des Rarkischen Rudervereins in die größte Lebensgefahr. Durch den Sturm wurde das Boot zwischen das Treibeis geworfen und kam zum Kentern. Glücklicherweise war der Unfall von einem benachbarten Restaurant beobachtet worden und es gelang dem auch, die gefährdeten Ruderer in Sicherheit zu bringen. — Im Innern der Stadt hat der Sturm gleichfalls arg gewütet. Von den Dächern wurden die Ziegeln losgerissen und auf die Straße geschleudert. So mancher Schirm wurde durch die plötzlichen Windstöße vernichtet. In der Köpenicker Straße wollte ein älterer Herr seinem davongewehten Hut nachsehen. Er lief dabei blindlings gegen einen Steinwagen und wurde niedergebissen. Erheblich verletzt mußte der Verunglückte die Unfallstation aufsuchen.

Auch gestern wiederholte sich zeitweise das Unwetter, um bald darauf dem schönsten blauen Himmel und Sonnenschein Platz zu machen. Wie lange aber?

Welche mittelalterlichen Sitten und Gebräuche im 20. Jahrhundert noch im Schwange sind, beweist ein Bericht der bürgerlichen Presse über eine stattgefundene Ordenszeremonie am Hofe. Prinz Eitel Friedrich ist nämlich in der Schloßkapelle zum Ritter des Johanniter-Ordens geschlagen und darauf zum Herrenmeister erklärt worden und da geizt es sich, doch die jetzt mehr denn je zuvor in Byzantinismus machende bürgerliche Presse in der eingehendsten Weise berichtet. In einem solchen Berichte heißt es: „Prinz Eitel Friedrich, geleitet von dem Ordensstatthalter und dem Ordenskanzler, trat vor den Thron, worauf der Kaiser die Frage an ihn richtete: „Was ist Euerer Königlichen Hoheit Begehrt?“

Der Prinz erwiderte: „Ich begehre, in den ritterlichen Orden St. Johannes vom Spital zu Jerusalem als Rechtsritter auf- und angenommen zu werden.“

„Die Auf- und Annahme sei Euerer Königlichen Hoheit gewährt, wenn Sie den Ordensregeln unserer Gemeinschaft nachkommen und sich verhalten wollen, wie es einem erliebenden Ritterbruder geziemt.“

Nach Verlesung des Ordensgelübdes durch den Kanzler reichte der Prinz zunächst dem Kaiser, dann den Kommandatoren die Hand. Wieder ertönten Fanfaren. Der Kaiser trat auf die rechte Seite des Altars, der Ordensstatthalter, dem der stellvertretende Ordenshauptmann das Ordensschwert übergeben hatte, überreichte es dem Kaiser. „Sei Ritter und gerecht.“ Mit drei Schlägen ist die Aufnahme vollendet, und die Fagen, die die ritterlichen Insignien getragen haben, traten vor, und der Kaiser nahm aus den Händen des Ordensstathalters das Ritterkreuz. Der Statthalter und zwei Kommandatoren bescheideten den Bringen mit dem Mantel, dann empfing er das Kreuz von seinem Vater.

„Wach auf, du Geist der ersten Zeugen,“ sang die Gemeinde. Die Einführung und Investitur als Herrenmeister begann nunmehr mit der Verlesung des Wahlprotokolls durch den Ordenskanzler. Darauf wendete sich dieser an den Prinzen mit den Worten: „Sie werden sich gefallen lassen, das Gelöbnis zu leisten, das Sie als künftiges Haupt des Ordens die Pflichten Ihres Amtes, wie sie bereits festgesetzt sind oder noch festgesetzt werden möchten, wahrnehmen und sich danach verhalten wollen übera.“ Der Prinz antwortete mit lautem Ja. Nun trat der Kaiser von neuem an den Altar, der Prinz ließ sich auf das rechte Knie nieder und hörte das Gelöbnis, das der Ordenskanzler verlas. Darauf fragte der Kaiser: „Wollen Sie dies geloben?“ „Ich gelobe es,“ antwortete Prinz Eitel Friedrich.

Fauchen und Trompeten erschallen. Der Kaiser hängt dem jungen Herrenmeister das Kreuz um, und der Statthalter und zwei Kommandatoren legen ihm den Mantel an und überreichen ihm den Hut. — Die Musik schweigt, indes das neue Ordensoberhaupt dem Kaiser meldet: „Ich empfehle die Wallen Brandenburg des ritterlichen Ordens St. Johannes vom Spital zu Jerusalem und mich selbst als Herrenmeister Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät Schutz und Gnade.“

„Eure Königliche Hoheit und der Orden wollen meines Königlichen Schutzes und meiner Gnade versichert sein,“ erwiderte der Kaiser. Darauf überreichte er dem Prinzen das Schwert mit den Worten: „Gebrauchen Sie dieses Schwert zur Verherrlichung der wahren christlichen Religion und Handhabung des ritterlichen Ordens, zur Beförderung des Guten und Unterdrückung des Bösen.“

Nun übergab der Herrenmeister das Schwert dem bisherigen Statthalter, Ordenshauptmann Grafen von Bartenleben, der es erhob und rief: „Ich hebe das entblöhte Schwert des Ordens empor zum Zeichen, daß der Orden wieder einen Meister hat.“

Der Kaiser nahm auf dem Thron, der Prinz auf dem Herrenmeisterstuhl Platz, und der Chor sang: Segne, segne, Herr, den Orden.

Anschließend an die feierliche Investitur erteilte der neue Herrenmeister einigen vorgeladenen Ehrenrittern den Ritter-schlag unter dem Wahlspruch: „Besser Ritter als Anecht.“ Nachdem die Ritter investiert waren, begrüßte sie der Prinz: „Ich wünsche Euch Glück, Heil und Gottessegnen.“

Soweit der Bericht. Und um der Zeremonie das richtige Relief zu geben, fand abends im Schlosse eine Tafel statt, bei welcher der Kaiser wieder eine Rede hielt, diesmal auf den Orden.

Wir fühlen bekanntlich keinen Verus in uns, aber an sich gleichgültige Vorgänge zu berichten, auch wenn sie sich am Hofe ereignen. Wenn wir heute eine Ausnahme von der Regel machen, so nur deshalb, um zu zeigen, welche mittelalterlichen Sitten und Gebräuche noch heute bei uns konserviert werden. Dieser Geist des Mittelalters beschränkt sich leider nicht auf Ordenszeremonien, sondern überträgt sich auch auf andere Gebiete des öffentlichen Lebens und erklärt uns manches.

Am Grabe der Mutter. Allgemeine Aufregung rief ein Ver-lommnis während einer Beerdigung auf dem Georgenkirchhof hervor. Dort wurde die Frau des Kaufmanns Sch. unter zahlreicher Beteiligung beerdigt. Nüchlich stürzte sich die 19-jährige Tochter Clara der Dahingeshiedenen mit einem lauten Aufschrei über das Grab hinweg. Schluchzend gestand das junge Mädchen ein, Gift genommen zu haben. Ein Arzt vermochte jedoch keine Vergiftungs-erscheinungen bei der Sch. festzustellen. Es stellte sich dann heraus, daß das Mädchen tatsächlich bei einem Drogeisten in der Frankfurterstraße Arsenik verlangt hatte. Der Drogeist hatte jedoch Verbot gegeben, sondern die Sch. anstatt des Giftes ein Verabreichungsmittel gegeben. Natürlich war die Lebensmüde in dem Glauben, sie habe Arsenik genommen.

Große Aufregung rief Montag abend ein Unglücksfall am Savignyplatz hervor. In der Nähe des Zoologischen Gartens war dem Droschkentaxihermann K., Wilsenstr. 53 wohnhaft, das Pferd infolge Scheuens durchgegangen und in wilder Carriere rasste das Tier die Kantstraße entlang. Die auf dem Fahrdamm gehenden Passanten mußten eiligst auf den schwebenden Bürgersteig flüchten. Am Savignyplatz stieß die Droschke mit einem Steinwagen zusammen und wurde vollständig umgeworfen. Der Kutscher flog in weitem Bogen auf den Strahendam und zog sich schwere Kopfverletzungen und eine Gehirnerschütterung zu. Auf der Unfallstation am Zoologischen Garten erhielt K. die ersten Notverbände. Dem Kutscher war es noch im letzten Augenblick gelungen, aus der Droschke herauszuspringen.

Aus dem Birchow-Krankenhaus entflohen ist ein gemeingefährlicher Geisteskranker. Der 37-jährige Arbeiter Ernst K. war in der Anstalt in Buch interniert und wegen einer Blinddarmentzündung nach dem Birchow-Krankenhaus übergeführt worden. Von dort ist er gestern in einem unbewachten Augenblick entflohen.

Eine Schwindlerin machte sich dieser Tage in Moabit zu schaffen. Am Sonnabend erschien in dem Hause Fellebergerstraße 39 2 Treppen bei Frau L. eine etwa vierzigjährige Frau — nannte sich Reinfeld und will in Wilmsdorf wohnen — und langte 50 M., weil der Mann der Frau L. ihre Tochter ins Unglück gestürzt habe. Als sie abgewiesen wurde, reduzierte sie ihre Forderung auf 10 M. Natürlich wurde der Schwindlerin gesagt, sie solle kommen, wenn der Mann da sei; wer aber nicht kam war die Mutter von der angeblich ins Unglück gestürzten Tochter. Dieselbe Person erkundigte sich auch nach der Zahl der Zimmer und wollte dieselben auch sehen, jedenfalls um bei gelegener Zeit ihr Heil auf andere Art zu versuchen. Daß man es hier mit einer Schwindlerin zu tun hat, die bei unerfahrenen Frauen auf Verpflegung ausgeht, ist klar. Es dürfte deshalb eine Warnung am Platze sein.

Erschlagen. Ein bedauerlicher Unglücksfall hat sich in einer Viehgen-Fabrik zugetragen. Der Arbeiter Heinrich Wiede, Schweinminderstraße 19 wohnhaft, wurde gestern vormittag in der Astenfabrik von Joh. Anklamstr. 33, durch einen unsfallenden Stapel Hummerholz erschlagen.

„Ruhig, aber ich schleie!“ Einen gefährlichen Zusammenstoß hatte in der vergangenen Nacht der 65 Jahre alte Schankwirt Julius Hanke, der in der Bahnhofsstraße am Anhalter Bahnhof wohnt, mit einem Einbrecher. Hanke wachte um 3 Uhr nachts auf und sah einen Mann vor sich stehen. Der Fremde schrie: „Ruhig, oder ich schleie!“ Im selben Augenblick kratzte schon ein Schuh und eine Angel traf Hanke in die Brust. Der Schankwirt trug eine graue Joppe mit grünen Aufschlägen. Der Knall rief die Wächter des Fremdenlogis herbei, die Hanke nach dem Krankenhaus am Urban brachten. Der Täter war unterdessen entflohen. Gestaubt hatte der Fremde eine silberne Remontoiruhr mit Doppelspindel und Goldrändern. Sie trägt auf dem Zifferblatt das Wort L'Orgé.

Ein Frühlingsbote wurde uns gestern in Gestalt eines Schmetterlings durch Kinder eines Parteigenossen auf unsere Redaktion geschickt. Der Genosse, der uns mit diesem Redaktions-schmetterling beehrte, hatte sich seiner erbarnt und ihm vom Hofe, wo er sich niedergelassen, in seine warme Stube genommen, wo er sich bis jetzt gut amüsiert hat. Wir haben den Voreiligen den Kindern wieder mitgegeben, weil er bei ihnen jedenfalls besser aufgehoben ist als bei uns; im Papierkorbe würde er bald wieder sein Leben lassen müssen. Ein großes Naturwunder ist dieser — sogar r 311 t h e — Frühlingsbote aber nicht, denn wir haben in letzter Zeit verschiedene warme Tage gehabt, von denen die beiden letzten Sonntag sehr einladend in Freie hinausgingen.

Feuerwehrbericht. Gestern früh um 9 Uhr kam ein gefährlicher Brand in den Elektricitätswerken von Bergmann (Aktien-gesellschaft) in der Oudenaberstr. 23/22 zum Ausbruch. Bei der Ankunft des 16. Juges brannten dort im Kühlraum des Fabrikgebäudes Strohpäckungen von Rohrleitungen. Es gelang den Brand mit drei Schlauchleitungen auf den Kühlraum zu beschränken. Ferner hatte die Wehr in der Wilsowstraße 24 zu tun, wo der Boden und Arbeitsraum eines Schirmgeschäftes brannte. Unter der Stadtbahnüberführung an der Ecke der Dirschen- und Schillerstraße brannte infolge eines Bruchs das elektrische Straßenbahnkabel. In einem Schuppen in der Verbürgerstraße 12 gingen Postmaterialien u. a. in Flammen auf. Wegen einer Gasvergiftung wurde die Wehr nach der Kaiser-Wilhelmstraße 28 gerufen. Mit Erfolg wurde dort ein Sauerstoffapparat von Dr. Stratsch benutzt. In der Chausseestraße 41 brannten Aisten, Holz, Fenster u. a. und in der Behrenstraße 49 Stroh, Türen usw. Außerdem hatte die Wehr noch in der Brandenburgstraße 18, Groß-Görschenstraße 9 und anderen Stellen zu tun.

Wegen einer Benzinexplosion im Sandfang der städtischen Pumpstation wurde am Dienstag die Wehr nach der Wellenmannstr. 7 gerufen. Die Gefahr konnte bald beseitigt werden. Der Materialschaden ist unbedeutend. In großer Gefahr geriet gestern ein dreijähriger Knabe bei einem Brande, der im Erdgeschosse des Quer-giebels des Lohrbringerstr. 119 angeblich durch Unvorsichtigkeit auskam

und Betten, Möbel, Gardinen usw. ergriff. Die Hausbewohner bemerkten den Brand und drangen in die Wohnung ein, wo sie den kleinen Knaben fanden und in Sicherheit brachten. Der Feuerwehrgelag es, die Flammen auf das Erdgeschoss zu beschränken. Ein Kellerbrand beschäftigte die 8. Kompanie in der Rathhausstr. 34, während der 7. Zug einen Kellerbrand in der Friedrichselderstr. 34 zu löschen hatte. Außerdem erfolgte ein Alarm nach der Alsenbrücke durch ein Versehen eines Telegraphisten.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

In der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung wurde der städtische Haushaltsplan für das Jahr 1907 am letzten Montag glücklich unter Dach und Fach gebracht. Kurze Auseinandersetzungen gab es nur noch bei Festlegung des Mietwertes der Dienstwohnungen. Angenommen wurde ein Antrag, in dem verlangt wird, alle Wohnungen in Kellergeschossen spätestens bis zum 1. Oktober d. J. zu kassieren und bei aufzuführenden Neubauten von Errichtung von Kellerräumen Abstand zu nehmen. Ein Teil der Dienstwohnungen wurde als ganz miserabel bezeichnet, die kein Privatbesitzer vermieten würde. Stadtv. Ost (Soz.) erhob Beschwerde, daß die größeren Dienstwohnungen verhältnismäßig niedrig den einzelnen Beamten in Anrechnung gestellt worden sind, während die kleineren Wohnungen das Gegenteil aufzuweisen haben. Auf der einen Seite gehe man äußerst verschwenderisch vor, während die Dienstwohnungen der unteren Beamten zu Klagen Veranlassung gäben. Stadtv. Landmann trat den Ausführungen des Stadtv. Ost bei. Er gibt zu, daß die Wohnungen der höheren Beamten luxuriös eingerichtet und äußerst billig berechnet sind. Seiner Meinung nach scheint das aber an der falschen Bauart zu liegen. Die Ausführungen des Magistratsvertreter trugen dazu bei, die angeführten Klagen als berechtigt erscheinen zu lassen.

Der Steueretat wurde ohne wesentliche Debatte genehmigt und einstimmig beschlossen, die Hundesteuer von 20 auf 30 M. zu erhöhen. Bei dieser Gelegenheit unterbreitete der Stadtschulz die Versammlung drei Resolutionen folgenden Inhalts:

1. Den Magistrat zu ersuchen, für das Etatsjahr 1908 die Einführung eines erhöhten Steuerjahres für den unbebauten und entsprechende Ermäßigung für den bebauten Boden in Erwägung zu ziehen.

2. eine Vorlage für Einführung der Wertzuwachssteuer für 1908 zu machen.

3. die Einführung des Zuschlags zur Reichsbrausteuer als Gemeindefsteuer in Erwägung zu ziehen.

Die Versammlung beschloß, die Debatte über diese drei Resolutionen bis zur ersten Sitzung im April zu vertagen.

In dritter Lesung wurde darauf der gesamte Etat ohne Widerspruch angenommen, abschließend in seiner ordentlichen Verwaltung mit 9 408 000 M. und in seiner außerordentlichen Verwaltung mit 7 229 000 M., insgesamt also mit 16 637 000 M.

Um 7 1/2 Uhr nahm die öffentliche Sitzung ihr Ende, an die sich noch Beratungen in geheimer Sitzung schlossen, die bis gegen 10 Uhr dauerten.

Rigsdorf.

Stadtv. Ordnetenversammlung (Fortsetzung). Zum Etat der städtischen Gasanstalt liegen verschiedene Anträge vor. Stadtv. Seltmann will den Gaspreis um 1/2 Pf. herabsetzen und die Gasmessermiete aufheben. Eine Resolution der sozialdemokratischen Fraktion ersucht den Magistrat, die allmähliche Verringerung der Gasmessermiete vorzubereiten und baldmöglichst eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten. Der Rechnungsausschuß wünscht, daß die Gasdeputation erwidert, ob überhaupt die Verringerung der Messermiete oder des Gases möglich sei. — Der erste Antrag wird vom Antragsteller mit dem guten Ueberschuß (über 1/2 Million) der Gasanstalt begründet. — Stadtv. Conrad (Soz.): Der Antrag meiner Freunde trifft das Richtige. Gewiß ist es wünschenswert, daß unser Gaspreis dem Berliner entsprechend geregelt wird, doch ist dies vor der Hand deshalb nicht möglich, weil die in Frage kommende Summe noch nicht entbehrlich ist. — Im Interesse der Gewerbetreibenden befürwortet Stadtv. Rahmig den Antrag Seltmann. Er knüpft daran einen Ausfall gegen unsere Genossen, weil sie nur immer neue Ausgaben beantragen, sich aber um die Dedung nicht kümmern. — Stadtv. W u h y (Soz.): Gegenüber dem letzteren Vorwurf des Vorredners bemerke ich, daß es doch meine Freunde waren, die gegen das Eingangsverbot in der Einkommenssteuerermäßigung ankämpften; ferner haben wir schon bei der Generaldebatte ihnen die Wertzuwachssteuer empfohlen. Doch darüber mehr beim Steuerplan; jedenfalls empfehle ich dringend die ausgezeichneten Ausführungen des Berliner Oberbürgermeisters zu eifrigem Studium. Auch die Hausbesitzer müssen sich an den Gedanken der Wertzuwachssteuer gewöhnen, denn diese muß und wird kommen. Die Verbilligung des Gases ist gerade vom wirtschaftlichen Standpunkt aus in diesem Jahre leider noch nicht möglich. Dagegen ist unser Antrag wohl annehmbar. — Stadtv. Vorsteher Sander wendet sich gegen die Sozialdemokraten wegen ihrer Befürwortung der Wertzuwachssteuer. Unsere Genossen sollten nicht glauben, ihre Vorschläge allem feien aller Weisheit Schluß. (Weiterlekt links.) — Die Hausbesitzer, Stadtv. Rahmig und Niemeh stehen natürlich in dasselbe Horn. — Nachdem Stadtv. Adam darauf hingewiesen hatte, daß der Gaspreis doch in ziemlich kurzer Zeit herabgesetzt worden sei, man also mit weiterer Ermäßigung etwas

warten könne, erklärte Stadtv. Conrad (Soz.), seine Freunde würden solange an ihrer Finanzpolitik festhalten, bis diese noch unbedrückte Kulturaufgaben erfüllt seien. — Der Vorschlag des Rechnungsausschusses wurde angenommen, die übrigen Anträge abgelehnt. — Beim Etat der Fortbildungsschule beantragen die Sozialdemokraten, an den Magistrat das Ersuchen um schleunige Einführung des Schulzwanges zu richten. — Stadtv. Conrad (Soz.) sagt, daß die Antragsteller trotz der Erklärungen des Magistrats im Rechnungsausschuß Wert darauf legen, die Meinung der Versammlung festzulegen. Wir müssen endlich aus den Erörterungen herauskommen. Durch eine gute Schule geistig vorgeschrittene Arbeiter sind auch für die Arbeitgeber wertvoll. Der Unterricht muß auf gewerbliche Arbeiter und kaufmännische Angestellte beiderlei Geschlechts ausgedehnt werden. — Stadtv. Dr. Glucksmann verweist auf die Auslassungen des Magistrats, welcher prinzipiell auf dem Boden des Fortbildungsschulzwanges stehe und an dessen Verwirklichung arbeite. Den sozialdemokratischen Antrag bitte er — weil überflüssig — abzulehnen. — Stadtv. Seltmann bestreitet den Antragstellern die Priorität in ihrer Anregung, wird aber vom Stadtv. W u h y (Soz.) eines besseren belehrt. — Stadtv. Rosenow hält sonderbarerweise den Antrag für verspätet. — Die Mehrheit stimmt die Resolution unserer Genossen nieder. — Nach Erledigung einiger weiterer Spezialentscheidungen kommt die Versammlung zur Beratung der Beamten- und Lehrergehälter und der Arbeiterlöhne. Stadtv. Rahmig rubriziert diese unter die persönlichen Angelegenheiten im Sinne der Geschäftsordnung und beantragt Ausschluß der Öffentlichkeit. (Zurufe links.) Derübrigen Sie sich, m. H., ich fürchte die Öffentlichkeit nicht. (Lachen links.) — Stadtv. Vorsteher Sander unterbricht den Redner und bemerkt, daß geschäftsordnungsmäßig die Debatte über den Antrag Rahmig gleichfalls in die geheime Sitzung gehöre. Die Öffentlichkeit ist daher ausgeschlossen. — Eine bessere Korrektur konnte der „Mut“ des Antragstellers nicht erfahren, als die Halli, mit der man sich hinter die verschlossenen Türen zurückzog. Die Mehrheit scheint dazu aber alle Ursache gehabt zu haben; denn, wie uns mitgeteilt wird, ist es sowohl über den Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit als auch in der Debatte über die Gehälter selbst zu überaus stürmischen Auseinandersetzungen gekommen. Weder in der Freitagssitzung noch in ihrer Fortsetzung am Montag wurden trotz Tagung bis in die späten Abendstunden die Gehalts- und Lohnfragen erledigt. Eine noch festzusetzende weitere Sitzung soll diese zu Ende führen, woran sich in öffentlicher Beratung die Festlegung des Steuerplans schließen wird.

Ober-Schönebeide.

Die Beerdigung des so plötzlich verstorbenen Genossen Grütner findet heute Mittwoch, den 20. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes statt. Die Genossen, welche daran teilnehmen, versammeln sich bei Kaufhold, Wilhelmshofstraße 18.

Spandau.

Märzgedanken — Märzgedanken, so lautete das Thema der gestrigen Versammlung, welche der Arbeiterbildungsausschuß zum „Andenken der Toten des Jahres 48“ nach dem Lokal von Köpnick, Pichelsdorferstraße, einberufen hatte. Genosse Stripp-Berlin gab zunächst ein Bild der 48er Revolution, alsdann schilderte er in großen Umrissen die revolutionären Dichter. Regitationen von Freiligrath, Herweg, Heine, Hoffmann von Fallersleben, Renan und Glasbrenner bildeten den Schluß seines Vortrags. Genosse Trompler machte noch auf den vom Arbeiterbildungsausschuß arrangierten Kunstabend, welcher am ersten Osterfeiertag im Lokal von Borchardt, Seeburgerstr. 26, stattfindet, aufmerksam.

Die Kränze für die Märzgefallenen, die die Arbeiter der Spandauer Staatswerkstätten und die der Firmen Pinnow und Drenstein u. Koppel gestiftet hatten, wurden diesmal besonders von der Zensurbehörde bedacht. Von den sechs Kränzen fielen drei Schleißen vollständig in die Hände der Zensur, während drei nur zur Hälfte abgehauen wurden. Die Ueberbringer des Kranzes von den Arbeitern der Firma Pinnow wurden, nachdem ihr Kranz der Schleiße durch den Zensur entledigt war, zur Feststellung ihrer Personalkarte nach der Polizeiwache geführt. Ferner hatten die Arbeiter der Igl. Waffenfabrik, die Arbeiterinnen und Arbeiter der Igl. Munitionsfabrik, die Arbeiter der Igl. technischen Institute, die Arbeiter des Igl. Feuerwerkslaboratoriums und die der Pulverfabrik Kränze gespendet. Daß auch diese Arbeiterkategorien der Männer gedenken, die ihr Leben für die Freiheit geopfert, mag nicht gerade freudige Gefühle bei unseren Behörden auslösen, die Polizeiwache kann indes sehr wenig Wandel schaffen. Immer tiefer wird der Geist der Freiheit in den Tausenden der Staatsarbeiter Wurzel fassen.

Gerichts-Zeitung.

Der Vorname vor Gericht.

Einen hatindigen Kampf um seinen Vornamen führt der Bureauvorfänger Sangberg, der gestern wegen Ueberziehung des § 380 Abs. 8 vor der 1. Strafkammer des Landgerichts II stand. Der in Wilmersdorf wohnende Angeklagte ist von jeher in seiner ganzen Familie mit dem Namen „Eugen“ gerufen worden und war höchst erstaunt, als er vor mehreren Jahren bei Gelegenheit seiner Verheiratung aus der Geburtsurkunde erntnahm, daß ihm der Name „Sidor“ verliehen worden war. Er glaubte aber durch den jahrelangen Gebrauch des Namens Eugen ein Ge-

wohnheitsrecht auf diesen Namen erlangt zu haben und beantragte ihn auch bei Eingaben an Behörden. Er ist deshalb seinerzeit einmal wegen Führung eines ihm nicht zukommenden Namens angeklagt gewesen, das Schöffengericht hatte ihn damals aber freigesprochen, weil nach seiner Meinung sich die Strafbestimmung im § 380 Abs. 8 nur auf Familiennamen bezieht. Herr S. betrieb nun neuerdings die offizielle Erlangung des Namens „Eugen“ und richtete eine Eingabe an das Polizeipräsidium, ihm zu gestatten, den Namen Sidor abzulegen und den Namen Eugen zu gebrauchen. Er erhielt den Bescheid, daß ein Grund zu dieser Metamorphose nicht erkennbar sei. Gleichzeitig wurde er darauf aufmerksam gemacht, daß nach neuerer Rechtsprechung des Reichsgerichts auch die Verwendung eines falschen Vornamens einem zuständigen Beamten gegenüber zum Tatbestandmerkmal des § 380 Abs. 8 gehöre. Herr S. fügte sich dieser Bescheid aber nicht, sondern blieb auch in einer weiteren Eingabe an die Behörde bei dem Namen Eugen. Er wurde deshalb vom Schöffengericht zu 10 M. Geldstrafe verurteilt. Die hiergegen eingelegte Berufung ist von der Strafkammer verworfen. Der Angeklagte wird nun die Entscheidung des Kammergerichts anrufen.

Roheit eines Hauseigentümers.

Eine exemplarische Strafe erhielt der Hauseigentümer Willi Berner, welcher sich gestern wegen eines Roheitsgesetzes vor der 5. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten hatte. Der Angeklagte ist Eigentümer des Hauses Köthenerstraße 81. Am 1. August v. J. zog in dieses Haus ein Fräulein Wendi ein, die ihre Möbel bei dem Möbelhändler Hermann Gurth gekauft hatte. Dieser hatte auch den Transport in die neue Wohnung übernommen und führte ihn an jenem Tage mit seinen Angestellten aus. Der Angeklagte, welcher als sehr jähzorniger Charakter geschildert wird, glaubte die Wahrnehmung gemacht zu haben, daß die Hiesleute beim Transportieren der Möbel die Treppenhänge beschädigt hätten. Er wendete sich an Gurth als den Leiter des Transportes und verlangte Schadenersatz. Gurth stellte, wie er vor Gericht angab, sofort fest, daß weder abgehobener Koff auf den Treppen lag, noch sich solcher an den Wänden befand. Da W. sich sehr aufgeregt benahm und wiederholt auf ihn einzudringen versuchte, willigte G. um des Friedens willen schließlich ein, den Schaden zu ersetzen. Nachdem G. die Transporteure auf die Strafe geschickt hatte, ging er die Treppe hinauf. Plötzlich kam der Angeklagte hinter ihm her und besetzte dem hoch in den Fünfsigern stehenden Wanne mit einem stumpfen Gegenstand mehrere wuchtige Schläge gegen den Kopf. Gurth fürchte blutüberflutet zu werden. Einer der Schläge mußte wohl eine Verletzung einer Ader zur Folge gehabt haben, denn der ganze Treppenturm war bis hoch an die Wand hinauf mit Blut bespritzt. Dieser gewalttätige Ueberfall hatte jedoch noch eine andere schwerere Folge. Durch einen Schlag auf den Kopf trat eine Lähmung des rechten Armes ein, durch welche G. fast erwerbsunfähig geworden ist. Das Schöffengericht hielt mit Rücksicht hierauf eine empfindliche Strafe für angebracht und erkannte auf 3 Monate Gefängnis. Gegen dieses Erkenntnis legte Berner Berufung ein und erhob vor der Strafkammer den Hinweis, er sei von Gurth zuerst angegriffen worden. Die erneute Beweisaufnahme erbrachte indessen eine Widerlegung dieser Angabe. Die Berufungsstrafkammer hielt mit Rücksicht auf die von dem Angeklagten an den Tag gelegte erhebliche Roheit die vom Schöffengericht verhängte Strafe von 3 Monaten Gefängnis als durchaus gerechtfertigt und verwarf die Berufung des W. unter Bestätigung des ersten Urteils.

Leser- und Diskussionsklub „Südost“. Mittwoch, den 20. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Tolsdorf, Götterstr. 68: Sitzung. — Gäste willkommen.

Eingegangene Druckschriften.

„Neue Gesellschaft.“ Hft. 2. Herausgeber: Dr. O. Braun und H. Braun. Verlag: Berlin-Schöneberg. Preis 10 Pf.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet bei Friedrichstr. 16, Wohnung 4, eine Treppe (Gandelskammer, Durchgang nach Sittenstr. 101), wochentags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gestern 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Zeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

22., Emdenerstraße. Klingler wohnt in Belgisch. — W. 3. 28. Berlin W., Bahndorferstr. 30.

Witterungsüberblick vom 19. März 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Wind richtung	Windstärke	Wolke	Temp. in C. d. Luft	Temp. in C. d. Boden	Temp. in C. d. Regen
Emmende	747	SW	6	Regen	5	4	3
Damburg	753	SW	6	bedeckt	4	4	2
Berlin	753	SW	5	bedeckt	5	5	8
Kranke a. M.	759	SW	4	bed. dd.	7	7	7
München	760	SW	7	Regen	5	5	2
Wien	757	SW	5	Regen	8	8	7
Ludwigshafen	746	SW	6	bedeckt	4	4	3
Paderborn	751	SW	6	bedeckt	5	5	8
Frankfurt	757	SW	6	bedeckt	5	5	8
Wiesbaden	748	SW	6	bedeckt	5	5	8
Paris	766	SW	6	bedeckt	5	5	8

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 20. März 1907. Teilweise heiterer Wetter bei mäßigen nordwestlichen Winden und ohne erhebliche Niederschläge; nachts kühl, am Tage wieder Erwärmung.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 19. März. Anfang 7 1/2 Uhr.
Hgl. Cernhaus. Nique Dame.
Hgl. Schauspielhaus. Wallenstein.
Deutsches. Der Revolver.
Neues Schauspielhaus. Tarquato Tullio.
Vorführung. Jar und Zimmermann. Anfang 8 Uhr.
Felling. Riege und Maria.
Zährler O. (Waller-Theater.)
Im bunten Rod.
Schiller-Theater Charlottenburg. Narrenfang.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmshausliches Th.) Der Familientag.
Central. Der Kaffeebinder.
Westen. Die letzte Witze.
Berliner. Der Hund von Baskerville.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Kleines. Ein idealer Gatte.
Neues. Röhner Porzellan.
Residenz. Haben Sie nichts zu verzollen?
Lustspielhaus. Hujarensieber.
Deutsch-Amerikanisches. Der Hujarensieber.
Thalia. Olympische Spiele.
Enken. Der Hujarensieber.
Trianon. Gel. Fofette — meine Frau.
Bernhard Rose. Die Gidin von Toledo.

Metropol. Der Teufel lacht dazu. Gebr. Herrnsfeld. Ein verrücktes Hotel.
Wintergarten. Charlotte Welsch. Spezialitäten.
Kollo. Die 3 goldenen Jungfrauen. Bernhard Röhrich. Spezialitäten.
Kasino. Rio Carier. Spezialitäten.
Walhalla. Die goldene Eva. Spezialitäten.
Kolle's Caprice. 100 000 Gulden.
Prater-Theater. Der Hujarensieber.
Palast. Vom Hujarensieber. Spezialitäten.
Figaro. Seelenretter. Sektieranten.
Paris.
Passage. Kal was Anderes. Spezialitäten.
Karl Haverland. Spezialitäten.
Antimes. Eine vom Ballett.
Kapjensreich. Bunter Teil.
Reichshallen. Stettiner Sängers.
Urania. Landestrotze 18/19. Die Hujarensieber der Erde.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
8 Uhr:
Die Feuergewalten der Erde.
Neues Schauspielhaus
Mittwoch, den 20. März:
Gastspiel Josef Kalnz:
Zum letztenmal:
Torquato Tasso
Anfang 7 1/2 Uhr.
Donnerstag: Faust. I. Teil. Anfang 7 Uhr.
Lortzing-Theater
Belleallianenstr. 7/8.
Abends 7 1/2 Uhr:
Zar und Zimmermann.
Abonnement gültig!
Donnerstag:
Die Regimen (tochter).
Kleines Theater.
Abends 8 Uhr zum 178. Male:
Ein idealer Gatte.
Donnerstag: Ein idealer Gatte.
Freitag: Eine triviale Komödie für herrliche Leute. (Bunbury.) Dienstag: Dille Bobbe.
Lustspielhaus.
Täglich abends 8 Uhr:
Hujarensieber.

Schiller-Theater N.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
Abends 8 Uhr:
Der Familientag.
Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Haben Sie nichts zu verzollen?
Schwan in 3 Akten v. R. Hennequin und Pierre Heber.
Robert de Lirvelin: Rich. Alexander.
Sonntag nachmittag 3 Uhr: Eine Hochzeitssnacht.
Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 31.
Anfang 8 Uhr.
Der Hujarensieber.
Schauspiel in 4 Aufzügen von George Dinet.
Morgen: Der Hujarensieber.
Freitag Benefiz für Herrn Doh u. Räte Wile-Bach: Wissenswert.
Sonabend 4 Uhr: Rag u. Rorty.
8 Uhr: Der lange Red.
Sonntag 3 Uhr: Dorf und Stadt.
8 Uhr: Wissenswert.
Prater-Theater
Kassamen-Allee 7-9.
Abends 8 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld.
Sollstisch mit Gefang in 5 Akten von Knegsgruber.
Morgen:
Die sechste Bitte.

Deutsch-Amerikanisches Theater.
Gesamtgesellschaft Theater des Westens.
Heute abends 8 Uhr:
Der Zigeunerbaron.
Morgen: Das Schützenfest.
Freitag: Die Zauberkiste.
Sonabend: Der Zigeunerbaron.
Sonntag nachm.: Martha. Abends: Der Botschafter.
BERNHARD ROSE THEATER
Dr. Krankestr. 132.
Abends 8 Uhr:
Die Gidin von Toledo.
Historisches Trauerspiel in 5 Aufzügen von Grillparzer.
Morgen: Oberst Holmes.
Billetvorverkauf (son für 8 Tage vorher ohne Bortverkaufsgebühr) von 10-1 Uhr an der Theaterkasse.
Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börs.
Heute 8 Uhr: Entree 50 Pf.
Der sensationelle März-Spielplan.
Baronessa Vallenoire
in ihrem Nijakt.
Willi Meybrych
Humorist.
Vom Witwen-Ball.
Schwan.
Familienleben, wochentags zum halben Kassenspreis gültig, in Barber, Berlin u. Hujarensieber gratis.

Etablissement Neue Welt
Hafenstraße 103/114.
Gastspiel
Bernhard Rose-Theater.
Die beiden Galeerensklaven.
Vollständiges mit Gefang in 3 Akten.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Billetvorverkauf im Etablissement.
W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Ott. Brunnstr. 16.
Mit großem Erfolg aufgeführt:
Robit! Robit!
Vor dem Staatsanwalt.
Modernes Sittenbild in 4 Akten.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Donnerstag zum letztenmal: Verschwenker.
Intimes Theater
Dresdenerstraße 97.
Gastspiel des
Budapester Burlesken-Ensembles
Liné Wolf.
„Eine vom Ballett.“
„Kapjensreich.“
„Bunter Teil.“
Fröbels Allerlei-Theater
fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 148.
Große Spezialitäten - Vorstellung.
Jänzlich neuer Spielplan.
Janz Berlin staunt über die stets wechselnden Künstler!!!
Neu! „Die wilde Toni“! Neu!
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Nach d. Vorz., um 10 Uhr: Dr. Taus.

Schiller-Theater.
 Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
Im bunten Rock.
 Lustspiel in 3 Akten von Franz v. Schönthan u. Freiherrn v. Schlicht.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Im bunten Rock.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Die Räuber.

Schiller-Theater Charlottenburg.
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
Narrenzang.
 Ein Spielmannsdrömmel in 4 Akten von Rudolf Kitzner.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Narrenzang.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Der Kaiserjäger.

Walhalla-Varieté-Theater
 Weinbergdweg 19/20, Rosenf. Tor.
 Heute abend 8 Uhr:
15 hervorrag. Spezialitäten
Die goldene Eva.
5 Geschwister Pérez
 Gymnastik auf 3 freisteh. Leitern.
Frosso, der Geheimnisvolle.
 3 Soubretten. — 2 Komiker usw.

Zentral-Theater.
 (Operette.) 8 Uhr:
Der Rastelbinder.
 Donnerstag: Der blaue Klub.

Trianon-Theater.
 Anfang 8 Uhr.
Fräulein Josette — meine Frau.
 Sonntag nachmittag 3 Uhr:
Die Liebesknechtel.

Stimmung.
 Gewerbegericht zu Berlin.
 3. Nr. 72 Gew.-Ger. 07.

In Sachen
 des Anstehens der Kraftbroschüren-
 führer haben, nach erfolgter Umwälzung
 durch beide Teile, in der Sitzung des
 Einigungsamtes vom 9. März 1907,
 an welcher unter dem Vorsitz des
 Registrars v. Schulz teilgenommen
 haben:

1. Generaldirektor Fiedler, als Vertrauensmänner der Arbeitgeber,
2. Rittergutbesitzer Fodkenhauer,
3. Handelskammer, als Vertrauensmänner der Arbeitnehmer,
4. Schneider Ritter, die Parteien, und zwar die Arbeitgeber vertreten durch den Verein der Kraftbroschürenführer, die Arbeitnehmer vertreten durch den Verein der Kraftbroschürenführer Berlins und Umgebung, vorbehaltlich der Genehmigung der beiderseitigen Generalversammlungen folgenden Vergleich

geschlossen.
 1. Die Arbeitnehmer nehmen die Arbeit wieder auf am Dienstag, den 12. März 1907.
 2. Der Grundlohn beträgt 1,50 M. pro Schicht, außerdem erhalten die Fahrer von der Bruttoeinnahme einen Anteil von 20 Proz.
 3. Ausgeschlossen von diesem Anteil ist die eingetretene Erhöhung der Grundlohn von 20 resp. 30 Pf., welche dem Unternehmer verbleibt, so daß von der Grundlohn nur 50 Pf. provisionspflichtig sind.
 4. Hiergegen ermächtigen die Arbeitnehmer die von den Fahrern bisher gezahlte Abschlagsgebühr auf 45 Pf. pro Wagen und Schicht.
 5. Die sonstigen bisherigen Arbeitsbedingungen bleiben bestehen.
 6. Klageerhebungen infolge des Streiks und der Aussperrungen dürfen nicht stattfinden.

b. G. u. z.
 geg. v. Schulz.
 geg. Max Fiedler, Julius Fodkenhauer, Ad. Ritter, A. Werner, Otto Mohr, R. Schmidt, Paul Nagel, Aug. Becker, Franz Rettig, Paul Kant.

Die Genehmigung ist von den beiderseitigen Generalversammlungen erteilt worden.
 Berlin, den 16. März 1907.
 Der Vorsitzende des Einigungsamtes.
 geg. v. Schulz.

Zu Gunsten der öffentlichen Krankenpflege Groß-Berlins
ALLGEMEINE GARTENBAU AUSSTELLUNG
 Ausstellungshalle
 Zoologischer Garten
 14-20. März 1907

MILITÄR-KONZERT
 4 bis 8 Uhr

Zirkus Schumann
 Heute Mittwoch, den 20. März:
 Fortsetzung der großen internationalen
Ringkampf-Konkurrenz
 um Goldenen Kranz von Berlin
 ausgestellt bei Eugen Barcus, Hof-
 juwelier, Unter den Linden 31 und
10 000 Mark bar.
 36 erstklassige Ringer, wovon
 22 wegen erlittener dritter Niederlage
 ausgeschieden.
 Heute Entscheidungskampf zwischen
 Albert Hein, Berlin, und Laforce, St.
 Bordeaux, Ferner ringen: C. Ripier,
 Württemberg, gegen Paul Bahn,
 Bremen, Apollon, Frankreich, gegen
 Omer de Bouillon, Belgien.
 Vorher: Gala-Programm um
 um 9 1/2 Uhr:
St. Hubertus
 Größtes und schwermtestes Groß-
 Kanonenjagdstück.

Zirkus Busch.
 Heute Mittwoch, den 20. März:
 Um 7 1/2 Uhr, pünktlich zu Be-
 ginn der Vor-
ROM.
 Stellung:
 Große Orig.-Musik-Bantomime
 in 7 Bildern
 und das große Gala-Programm.
 Um 9 1/2 Uhr: Fortsetzung der
 International. Ringkampf-
 Sonder-Konkurrenz
 um die Prämien v. 10 000 M.
 und den großen Goldpokal
 d. Zg. Das Deutsche Blatt. —
 Ehrenprotokoll: Professor
 Reinhold Begag.

Metropol-Theater
 Abends 8 Uhr:
Der Teufel lacht dazu.
 Große Jahresrevue in 7 Bildern
 von Julius Freund. Musik von
 Viktor Hollaender. Dirigent Max
 Roth. In Szene gesetzt von
 Direktor Richard Schultz.
Hassary, Wolf, Bender,
Giampietro, Josephi.
 Rauchen überall gestattet.
 Sonntag, 24. März, nachm. 3 Uhr:
Auf in's Metropol.

WINTER GARTEN
 7 6 5

Apollon Theater
 9 1/2 Uhr: Die 3 goldenen Jungfrauen
 10 Uhr: Bernhard Mörbitz
 Vorher 8 Uhr: All den Bocca,
 Freitag, den 22. März cr.: Revüität!
Der Triumph des Weibes.
 Operetten-Trauerspiele
 Musik v. Jos. Helmesberger u. P. Lincke.

Charlotte Wiehe
 und das
 neue Programm.
Großer Erfolg!

Passage-Theater.
 2. Monat.
 Täglich ausverkauft!
 Der größte Lacherfolg
 der Saison:
„Mal was Anderes“.
 Die Theims-Troupe
 und die 10 glänzenden
März-Spezialitäten.

Gebr. Herrnfeld-Theater
 Anf. 8 Uhr. Vorher 11-12 Uhr
 57 Kommandantenstr. 57.
 Die fürmisch bejubelte
 Revüität!
Ein verrücktes Hotel.
 Komödie in 3 Akten mit den
 Autoren H. und D. Herrnfeld
 in den Hauptrollen.
 Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr
 bei halben Kassapreisen:
Hausierer Jockele
 und
Die letzte Ehre
 mit Anton u. Donat Herrnfeld.

Kasino-Theater
 Lotzringstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Nick Carter.
 Kriminalroman in 3 Akten v. Oswald.
 Nick Carter, Detektiv: Hans Berg.
 Vorher das neue März-Programm.
 Sonntag 4 Uhr: Ledige Leute.

Gustav Behrens Theater
 Schöneberg-
 Berlin, Goltz-
 straße 9.
 Heute und fol-
 gende Tage:
 Die sensation-
 nelle
 Ausstattung-
 Operette:
Die lustige Witwe von Schöneberg
 sowie die
 erstklassigen Spezialitäten
 füllen das Haus abendtäglich bis zum
 letzten Platz.
 Anfang 7 1/2 Uhr, Sonntag 6 1/2 Uhr.
 Jeden Sonn- und Feiertag.
 Anfang 8 Uhr:
Gr. Nachmittagsvorstellung.
Buggenhagen
 Moritzplatz.
 Jeden Mittwoch:
Gustav Gottschalks
 Gesellschafts-Konzert
 (Humoristischer Abend.)

Sanssouci. Kottbuser
 Straße 4a.
 Direktion Wilhelm Reimer.
 Sonntag, Montag,
 Donnerstag:
Hoffmanns
 Norddeutsche Sänger.
 Sonntag und Montag:
Große Elite-Soiree
 (Durchweg neues Progr.)
 Sonnt. 8 u. 10, Montag 8 u. 10.
 2. Haus v. d. Koppenstraße.

Reichshallen-Theater.
 Stettiner Sänger.
 Neu! „Ballettschule
 Klappermax“.
 Anfang
 Sochntags
 8, Sonntags
 7 Uhr.

Otto Pritzkow, Münzstr. 16.
 Welt-Ausstellungs-
 Biograph (St. Louis)
 Theater lebender
 Photographien.
 Der Untergang des
 Dampfers „Berlin“.
 168 Tote, 12 Gerettete.
 Den ganzen Tag Vorstellung.

Ausstellung für soziale Fürsorge
 Gendarmenbrücke
 Berlin 16. bis 22. März 1907
 in den Gemeräumen des
 Neuen Königl. Opern-Theaters (Kroll)
 Öffnung von 10 - 8 Uhr abends.
 Eintritt 50 Pfg.

Humboldt-Akademie.
 Das neue Lehrprogramm
 der Volkshochschule Hum-
 boldt-Akademie für das
 II. Lehrquartal 1907 mit
90
 Vortragssyklen und Unter-
 richtskursen ist erschienen
 und in den bekannten Buch-
 handlungen à 10 Pf. zu haben.
 Die Kartenverkaufsbureaus
 sind: Invalidendank, Unter
 den Linden 24 I; die Buch-
 handlungen: E. Haase, Pots-
 damstr. 115a — Gsellius,
 Mohrenstr. 53 — S. Hahne,
 Prinzenstr. 54 — Th. Fröhlich,
 Landsbergerstr. 32 — Sicker,
 Gipsstr. 18 — Gesellschaft
 für Verbreitung von Volks-
 bildung, Lübeckerstr. 6 —
 Verein junger Kaufleute,
 Beuthstr. 8 — In Charlotten-
 burg: O. Ulrich & Co., Berliner-
 straße 76 — Förster & Mewis,
 Kantstr. 14 — In Rixdorf:
 Bickhardt, Bergstr. 13.
 Der Beginn des
 neuen Lehrquartals ist am
Montag, den 8. April.

Sarg-Magazin
Albert Farchmin
 NW., Stephanstr. 56, NW.
 Fernsprecher II, 930.
 Großes Lager sämtlicher Sorten
 Särge zu den billigsten Preisen.

Teilzahlung
 monatlich 10 M. Helene Herren-Gar-
 derobe nach Maß (billigste Preise).
J. Tomporowski, Lindenstr. 110,
 2. Etage.
 Nähe Bellevue-Platz.
 Staffe 10%, billiger.
 Mit Ihren geringen Ersparnissen
 können Sie Ihr
Glück machen.
 Ordentlichen, tüchtigen
 Schlossern, Monteuren usw.
 geben wir schon bei geringer
 Anzahlung
 Motorwagen
 wodurch sie ein glänzendes Ein-
 kommen erzielen, besonders da
 jetzt die Fahrtage um 1/8 er-
 höht ist. 175/18
 Berliner Automobillhaus- und
 Industrie-Gesellschaft m. b. H.,
 Berlin W., Uhlandstr. 170.
O. Heinze,
 Brückenstr. 6.
 Räder
 Zubehör
 Reparatur, Emailierung, Vernickel.

Der Osterhase
 bringt Jedem
 umsonst 2
 portofrei
 eine solche
Dose
 mit 12
 Biskuit-
 Kugeln
 bei Einsendung
 von 50 Gutscheinen
 von
Dr. Crato's
 Backpulver,
 Puddingpulver
 etc.
 Generalvertreter für Berlin:
 W. 30,
Alfred Hirsch, Augsburgstr. 1.
 Telephon Amt VI, No. 5737.

Stappdecken
 billigt direkt in der
 Fabrik
72. Wallstr. 72.
 wo auch alte Stappdecken ausgearbeitet
 werden. Bernhard Strohmandel,
 Berlin Ks. Mühlstr. Katalog gratis.

Schwarzer Adler
 Friedrichsberg.
 Fernsprecher Nr. 8.
Jeden Sonntag im Königssaal:
Großer Ball
 unter Leitung des Herrn C. Bürger.
 Jeden Mittwoch: 88202*
Willy Walde-Sänger.
 Gebr. Arnhold.

„Zum Sportshaus“ Ziegenhals bei Zeuthen
 Dampf- und Bahnstation.
 Tel. Rgs. Ziegenhals 175.
 Empfehle mein herrlich am Krossensee und Hochwald gelegenes Lokal
 den vereinten Vereinen, Gewerkschaften, Fabriken und Gesellschaften zu
 Dampferausflügen.
 Zwei große Säle, Regeltbahnen, Kaffeeküche und Volks-
 belustigungen aller Art.
 Um baldige Anmeldung bitte!
Max Mörschel.

Kratz Husten- und Schnupfen-Heil
 1 Fl. = 50 Pf.
Fritz Kratz, Reinickendorferstr. 119,
 u. Rennstr. Fernsp. II 2831.
 Gegen Husten, Heiserkeit,
 Schleimhusten, Katarrh der
 Schnupfen,
 Zerlegung der Körperkräfte,
 Influenza,
 Nasenpolypen, Nasenröte u.
 Kein gefährlich verbotenes
 Gheimmittel.
 (sondern als heilpendende Säfte
 der Wurzelskräuter laut kaiserl.
 Verordnung und Entscheidung
 hoher Gerichte dem freien Ver-
 kehr übergeben.)
 zwischen Bahnhof Wedding
 u. Rennstr. Fernsp. II 2831.

Möbel Bürgerliche
 Wohnungs-
 Einrichtungen
 eventuell auch auf Teilzahlung
Paul Burow's Möbel-Fabrik
 Berlin SW., Lindenstraße 105.

Vorige Nacht
 hat man's nicht gedacht.
 Ich empfehle Serie IV:
 Getragene Herren-Paletots . . . 5, 6 bis 10 Mark
 Getragene Herren-Anzüge . . . 6, 7 bis 8 Mark
 Getragene Hosen . . . 1.50 bis 3.50 Mark
 Von letzten Herrenschaften, Reisenden nur
 kurze Zeit gebraucht, für jede Figur.
J. Wand, Hauptwache: Chemnitzstr. 90a.
 Bitte gehen auf die Nr. 90a zu schenken!
 1. Geschäft: Prinzen-Straße 17.
 2. Geschäft: Gr. Frankfurterstr. 116.

Damen-Konfektion
 direkt aus der Fabrik.
 — Kein Laden! —
 Nach beendeter Engros-Saison
auch Einzelverkauf
 enorm
 billig
 Uebergangs-
 Paletots
 Capes
 Jacketts
 Staubmäntel
 Kostüm-Röcke
 Mädchen-
 Paletots
Robert Baumgarten
 Hausvogtel-Platz 11, 1. Etage
 (an der Jerusalemstraße).
 Bei Vorsehung dieses In-
 serates an der Kasse werden
 5 % Rabatt vergütet.
 Palmsonntag bis 6 Uhr geöffnet!

Stappdecken
 billigt direkt in der
 Fabrik
72. Wallstr. 72.
 wo auch alte Stappdecken ausgearbeitet
 werden. Bernhard Strohmandel,
 Berlin Ks. Mühlstr. Katalog gratis.

Inventur-Ausverkauf
 Nur solange Vorrat:
Ein Posten
Wollflus-Stappdecken.
 Gr. ca. 135/195, Wert 4,65, jetzt 3,25
 Gr. ca. 145/200, Wert 5,85, jetzt 3,90
 Gr. ca. 160/200, Wert 8, —, jetzt 5,45
 zum vollständigen Ausverkauf.
 (Sim.-Handarb. 160/200 jetzt 6,35
 Seide) * doppelt jetzt 7,35

Einzelne Stappdecken
 bedeutend unter Preis.
Tüll-Bettdecken,
 weiß, creme, Bettgröße.
 1,95, 2,15, 2,25, 3,35, 3,65, 4,35
 etc.
Gardinen-Reste,
 1-8 Fenster, ca. 25 %, ermäßigt.
 Fenster (2 Schals) 0,95, 1,15, 1,35,
 1,85, 2,45, 3,35, 4,25, 5,50 etc.

Vorzieh-Gardinen,
 1,48, 1,63, 2,15, 2,65 usw.
 goldf. und rot
 1,83, 1,98, 2,45, 2,65, 2,95, 3,35
 usw.
Ca. 300 Fenster Portieren,
 in Tuch, Plüsch u. Velvetin
 (2 Schals u. 1 Querbeh.)
 3,35, 4,25, 4,85, 5,65, 6,25, 7,50,
 8,25 etc.
Fehlerhafte Plüsch-Teppiche
 in allen Größen zu fabelhaft
 billigen Preisen, zu 10 Proz.
 extra Rabatt.

Plüschdecken
 in allen Farben, solange Vorrat.
 Stck. 5,75, 6,25, 7,35, 8,25, 9,35.
Tuch-Tischdecken
 1,68, 2,15, 2,75, 3,50 etc.
E. Weissenbergs
Teppich-Haus
 Gr. Frankfurterstr. 125,
 2. Haus v. d. Koppenstraße.
 Nach auswärts per Nachnahme.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1937.

Donnerstag, den 21. März 1907, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung
 der Drahtarbeiter Berlins u. Umgegend
 in Graumanns Festsälen, Raunhynstr. 27.

Tages-Ordnung:
 1. Die Stellungnahme der Arbeitgeber zu unserer Tarifvorlage.
 Referent: Kollege Handke. 2. Diskussion.
 Kollegen! Da in dieser Versammlung wichtige Beschlüsse gefasst werden, ist es Pflicht eines jeden, in die Versammlung zu kommen.

Donnerstag, den 21. März 1907, abends 8 1/2 Uhr:
Allgemeine Klempner-Versammlung
 im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 4.

Tages-Ordnung:
 1. Unsere Tarif-Vertragsbestimmung am 1. April 1907.
 Referent: Kollege Cohen. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
 NB. In dieser Versammlung sind die Kollegen der Firma Schlingnitz, Warm & Schüler und Osberger besonders eingeladen.
 Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Donnerstag, den 21. März 1907, abends 6 1/2 Uhr:
Öffentliche
Metallarbeiter-Versammlung
 im Lokal „Kaiserhof“, Köpenick, Grünstraße 10.

Tages-Ordnung:
 1. Unternehmer-Verbände und Arbeiter-Organisationen.
 Referent: Robert Ahrens. 2. Diskussion.
 Kollegen! In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden, für einen guten Besuch der Versammlung zu sorgen.

Sonntag, den 24. März 1907,
von vormittags 10—2 Uhr
Wahl von 39 Delegierten
 für die
8. General-Versammlung in München

- in folgenden Lokalen statt:
- Milbrodts Gesellschaftshaus, Mollerstr. 7.
 - Bernhard Rose-Theater, Badstr. 58.
 - Wernaus Festsäle, Schwedterstr. 23.
 - Kranz' Restaurant, Dunckerstr. 8.
 - Lifins Festsäle, Memelerstr. 67.
 - Boekers Festsäle, Weberstr. 17.
 - Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal I).
 - Dalgs Restaurant, Skallitzerstr. 51/52.
 - Wiemers Restaurant, Bülowstr. 58.
 - Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49.
 - Volkshaus in Charlottenburg, Rosinenstr. 3.
 - Thiel in Rixdorf, Bergstr. 152.
 - Fritsch in Steglitz, Florastr. 2a.
 - Böhle in Spandau, Neumeisterstr. 5.
 - Kaufhold in Ober-Schöneweide, Wilhelmshofstr. 18.
 - Tempel in Rummelsburg, Alt-Boxhagen 56.
 - Schüler in Köpenick, Hohenzollernplatz 6.
 - Schmutz in Weißensee, König-Ghaussee 38.
 - Gehlhaar in Tegel, Berlinerstr. 92.
 - Mokulys in Tempelhof, Berlinerstr. 9.
 - Wethorn in Königs-Wusterhausen.
- Ohne Mitgliedsbuch kann niemand wählen.
 Die Stimmlisten werden am Eingang zu den Wahllokalen verteilt.
 Wahlleiter ist Otto Handke, Charitéstr. 3.
 115/10 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Zahlstelle Charlottenburg.
Donnerstag, den 21. März 1907, abends 8 1/2 Uhr,
 im großen Saale des Volkshauses, Rosinenstr. 3:
Außerordentliche Mitgliederversammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Die gegenwärtige Situation, die Verhandlungen mit den Unternehmern und die Beschlüsse der letzten Mitgliederversammlung.
 2. Verbandsangelegenheiten.
 3. Gewerkschaftliches und Persönliches.
 83/2
 In dieser Versammlung ist es Pflicht, daß sämtl. Mitglieder erscheinen.
 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Zahlstelle Schöneberg.
Donnerstag, den 21. März, abends 8 1/2 Uhr:
Außerordentliche General-Versammlung
 bei Obst, Reintingerstraße 8.

Tages-Ordnung: 1. Bericht von der Konferenz. 2. Beschlüsse über die Höhe eines Gehalts. 3. Verbandsangelegenheiten und Persönliches.
 Das Erscheinen aller Kollegen ist unbedingt notwendig.
 Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
 Die Ortsverwaltung.

Achtung! **Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.** **Achtung!**
 Zweigverein Berlin.
Freitag, den 22. März 1907, abends 8 1/2 Uhr, bei Freyer (früher Keller), Koppenstraße 29:
General-Versammlung
 für sämtliche Bezirke und Zahlstellen
 der Maurer, der Sektion der Putzer, der Gips- und Zementbranche, sowie der Miesener.
Tages-Ordnung:
 1. Geschäfts- und Kassenbericht für das Jahr 1906. 2. Diskussion. 3. Das Ergebnis der im Februar d. J. aufgenommenen Statistik über die „Vorwärts“-Abonnement- und Zahlvereinsmitglieder unseres Zweigvereins. 4. Verschiedenes.
 137/10
Mitgliedsbuch legitimiert! Ohne dasselbe kein Zutritt.
 Regen Besuch erwartet. Der Zweigvereinsvorstand. A. A.: Emil Thöns.

Verband der Tapezierer.
 Filiale Berlin.
Mittwoch, den 20. März 1907, abends 8 Uhr, bei Keller, Koppenstr. 29:
Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern und unsere weiteren Maßnahmen.
 Mitgliedsbuch oder Streifkarte legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt.
 177/14 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Töpfer Deutschl.
 Filiale Berlin.
Donnerstag, den 21. März, abends 6 Uhr, in den Musiker-Festsälen, Kaiser Wilhelmstr. 18m:
Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 195/15
 1. Stellungnahme zu den vom Vorstand und den Bezirken gestellten Anträgen zur 8. Generalversammlung.
 2. Verschiedenes.
 Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert, daß unbedingt jeder Kollege anwesend sein muß.
 Der Versammlung wegen wird am Donnerstag, den 21. ds. Mts. das Bureau um 6 Uhr geschlossen.
 Der Vorstand.

Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.
 Filiale Berlin. Fernspr. Amt 4. Nr. 4787.
Donnerstag, den 21. März 1907, abends 8 1/2 Uhr, bei Buggenhagen, Moritzplatz:
Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Bericht des Vorstandes und Neuwahl desselben. 2. Neuwahl eines Hauskassierers. 3. Vereinsangelegenheiten.
 194/15 Mitgliedsbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung.

Verein d. Berliner Buchdrucker u. Schriftgießer
Heute Mittwoch, den 20. März,
abends 8 1/2 Uhr:
Vereinsversammlung

Tages-Ordnung:
 Fortsetzung der Beratung der Anträge zum Vereinsstatut.
 Der Vorstand.

Nordstift
 feinsten 40/40
Nordhäuser Kautabak
 liefern an Großisten, Händler zu den billigsten Preisen
 Athenstädt & Bachrodt, Tabakfabrik, Nordhausen
 Filiale: Berlin NO., Georgenkirchplatz 26.

Sehr schicke, einfach und elegante Damenkonfektion
 in größter Auswahl, herrliche Piecen
 stelle, durch sehr günstige Gelegenheitskäufe im Stande,
 mit mehr als der Hälfte unter regulärem Preis
 des kolossalen Andranges wegen
3 weitere Tage zum Serienverkauf
 direkt an Private

und jede alle verehrl. Interessenten, insbesondere aber meine zahlreiche sehr geschätzte Kundenschaft, höll. ein, sich von diesem ausnahmsweise preiswerten Angebot die kaum wieder gebotenen Vorteile zu sichern.

Orig.-Modelle u. Kopien in Lift-Bois, Soleros, Kostüms, Jacketts, Frauenmäntel etc. u. zirka 650 div. Reismuster
 für alle, auch stärkste Figuren

Serie 1	2	3	4	5	6
früher bis 30 M.	früher bis 49 M.	früher bis 74 M.	früher bis 98 M.	früher bis 119 M.	früher bis 165 M.
jetzt 14 M.	jetzt 22 M.	jetzt 36 M.	jetzt 47.50 M.	jetzt 58 M.	jetzt 75 M.

Engroshaus Westmann, Hauptgeschäft W., Mohrenstr. 37a, an den Kolonnaden
 Filiale Große Frankfurterstr. 115, a. d. Andreasstr.

Möbelfabrik Ersten Ranges
 liefert komplette Einrichtungen, auch einzelne Teile, an Beamte oder an solvente Geschäftsleute gegen Teilzahlung bei mäßigen Preisen.
 Strengste Diskretion zugesichert!
 Adressen unter O. S. 6192 an Rudolf Mosse, Berlin, Frankfurterstr. 33, erbeten.
 22/16

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Former
August Irmner
 gestorben ist. 115/11
 Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Am Sonntag verfiel nach kurzer Krankheit unser Werkmeister
Bruno Faerch.
 Wir verlieren in demselben einen treuen Mitarbeiter, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden. 22355
Rosenheim & Kaufmann.

Am Sonntag verfiel nach kurzer Krankheit der Werkmeister
Bruno Faerch.
 Er war und blieb ein lieber Kollege und Vorgesetzter. 22355
 Ehre seinem Andenken!
Das kaufmännische und Fabrik-Personal der Firma Rosenheim & Kaufmann.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen.
 C. S. 86. Verwaltungsst. Berlin B.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß das Mitglied
Karl Imlau
 verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet Donnerstag, den 21. März, nachm. 4 1/2 Uhr, vom Trauerhause in Orly, Bürgerstraße 17, aus statt.
 298/10 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- u. Begräbniskasse für Textilarbeiter.
 C. S. 12.
 Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser langjähriger Kassierer
Otto Heil
 am 17. März verstorben ist.
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 21. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Kirchhofes, Landsberger Allee, aus statt und erwartet zahlreiche Beteiligung.
 288/11 Die örtliche Verwaltung.

Statt besonderer Anzeige.
 Am 17. März ist mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, der Zimmerer
Hugo Ebert
 nach langem, schweren Leiden sanft entschlafen.
 Die Beerdigung findet am 21. März, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Kirchhofes, Landsberger Allee, aus statt.
 Die trauernde Witwe nebst Kindern.

Heute früh 7 1/2 Uhr entschlief sanft nach kurzem, schweren Leiden an den Folgen einer Operation meine liebe Frau und gute Mutter
Hedwig Christens
 geb. Graeber 22515
 im 43. Lebensjahre.
 Berlin, 18. März 1907.
 Fritz Christens, Luise Christens.
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 21. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Kirchhofes, Landsberger Allee, aus statt.

Danksagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau
Berta Schulz geb. Mecher
 sage ich allen Betheiligten meinen herzlichsten Dank.
Fritz Schulz, Steinbrücker.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, Moritzplatz 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.
Zahnärztliche Klinik
 Bellealliancestr. 106
Zahnziehen unentgeltl.
 Bei kindlich. Zahnen, (bei Kronen- u. Brücken-Glücken etc. werden nur die Auslagen berechnet. 22282*
 Gedönet 9-6, Sonntags 9-12 Uhr.

Aus der Frauenbewegung.

Die Gründung einer Dienstbotenorganisation in Leipzig. Am Sonntagnachmittag hat eine überaus stark besuchte Versammlung von Dienstmädchen nach dem Referat des Arbeitersekretärs Genossen Lüttich, der für die plötzliche inhaftierte Genossin Bley eingetreten war, die Gründung einer Dienstbotenorganisation, Verein für Hausangestellte benannt, beschlossen. Eine Anzahl christlicher Dienstbotenvereine hatten sich eingefunden, um die Versammlung zu sprengen. Der Versuch wurde jedoch im Keime erstickt. Auch die Stellenermittler und Vermittlerinnen waren erschienen und quittierten die von Lüttich empfangenen Hiebe mit Zwischenrufen. Ein provisorischer Vorstand wurde beauftragt, die weiteren Schritte zu tun. Die Stimmung in der Versammlung und die Zahl der sofort beigetretenen gibt zu den besten Hoffnungen Anlass.

Schöneberg. In der letzten hier stattgefundenen öffentlichen Versammlung sprach Genosse Dr. Karl Liebknecht zunächst über: „Die Reichstagswahlen und die Frauen“. Sodann gab die Vertrauensperson Hr. Wämler den Jahresbericht. Es haben zwei öffentliche Versammlungen und 22 Diskussionsabende stattgefunden. Die „Gleichheit“ hat zurzeit 110 Leser. Verbreitet wurden 30 Exemplare „Kinderarbeit“ von Käthe Dunder, 40 Exemplare „Frauenleiden“ von Dr. Jodel, 10 Exemplare „Für unsere Kinder“ aus der „Gleichheit“ von Clara Zetkin. Ferner wurden 3000 Flugblätter verbreitet.

Auf Listen wurden gesammelt: 234,95, Beitrag der Schöneberger Frauen 200 M., Summa der Einnahme 494,95 M.

In der Ausgabe stehen für Drucksachen und Inserate 51 M., für Referenten 12 M., an die Kreisvertrauensperson 410 M. abgeführt, Porto und Fahrgehalt 21,11 M., Summa der Ausgabe 494,11 M. Mitteln bleibt ein Bestand von 84 Pf.

Ferner sind auf Wahllisten zur Reichstagswahl von den Schöneberger Frauen gesammelt und an die Kreisvertrauensperson abgeliefert worden 146,45 M. Auf Antrag der Revisorin wurde Genossin Wämler entlastet.

Bei der Neuwahl der Vertrauensperson ergab sich die einstimmige Wiederwahl der Genossin Wämler.

Genossin Wämler gab noch bekannt, daß auch in diesem Jahre die organisierten Frauen mit den Kindern während der Ferien täglich nach dem Grunewald ausfliegen. Die Mittel sollen durch Sammellisten aufgebracht werden. Man hoffe eine noch größere Anzahl Kinder wie bisher teilnehmen lassen zu können und auch für bequeme Hin- und Rückbeförderung zu sorgen. Auch für Bewirtung soll diesmal mehr getan werden. Die Genossen werden ersucht, sich an den Sammlungen regen zu beteiligen. Anmeldungen von Kindern werden von Frau Wämler sowie vom Vorstande des Vereins für Frauen und Mädchen Schönebergs entgegengenommen. Das Gelingen des Planes wird hoffentlich anregend auf die Kommune wirken und die Stadtväter veranlassen, der Frage der Erholung der Kinder während der Ferienzeit etwas mehr Aufmerksamkeit und offene Hand zu widmen.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein für die Interessen der Hausangestellten. Öffentliche Versammlung Mittwoch, den 20. März, 8 1/2 Uhr bei Fühle, Dornowitzstraße 13. Vortrag Genosse Reibem: „Rechte und Pflichten der Hausangestellten“.

Vermischtes.

Eine „anrüchliche“ Gerichtsverhandlung.

Ein eigenartiger Verleumdungsprozess beschäftigte die Salzweheler Strafkammer des Landgerichts, vor der sich der Chefredakteur der dortigen Tageszeitung „Der Altmarkter“ Paul Gloge in Verfolg eines vom Magistrat der Stadt Salzweheler gestellten Strafantrages zu verantworten hatte. Der Salzweheler Magistrat hat im Oktober vorigen Jahres den Bau einer Kanalisation beschlossen und in der Debatte sollte der Bürgermeister u. a. ausgeführt haben, man könne eventuell zur Deckung der Kosten eine „Klosettsteuer“ einführen. Dieser Gedanke wurde von Gloge in seinem Blatte als eine Schnapsidee bezeichnet und dies durch nachstehendes Gedicht verherrlicht:

„Der Vaterland, so ist's nu mal,
Is uns von jeher teuer,
Der macht nicht bloß der Liebe Kraft,
Der macht die beje Steuer.“

Man zahlt 'ne Steuer uff Tobak,
Uff Hunde, Bier und Stempel,
Uff Karten für die Eisenbahn,
Ka kurz uff jeden Armpfel.“

Und wenn nach dieser Schröpferei
Koch ener Knöpfe hatte,
Kam die Kommune schnell herbei,
„Kaus mit de letzte Waite!“

Den schönsten Steuerkranz indes
Weiß Salzweheler zu binden,
Da tät der Bürgermeister jetzt
Re duft'ge Wäite finden.“

Er will 'ne Steuer für's Klosett, —
Jewiß mit Eighontrolle,
Ach nee, die Sache is zu nett,
Jekreisch hat meene Dile!“

Wer's ehrlich mit dem Stadtwohl meint,
Jehst oft zur Tante Meier,
Bezahlt im wahrsten Sinn des Wolls
Dann fleißig „seine Steuer“.

O ist' so lang du sitzen kams! —
Warum ich es dir rate! . . .
Dent: größer noch als dein „Geschäft“
Ist das vom Magistrat!“

Ferner wurden an dem Umstande, daß die Salzweheler Stadtväter diesen Teil der Angelegenheit hinter verschlossenen Türen geführt hatten, allerlei witzige Bemerkungen geknüpft und schließlich an den Bürgermeister die Anfrage gerichtet, ob an Durchfall leidende Leute Rabatt erhielten.

Naturngemäß gestaltete sich die Verhandlung über diesen Verleumdungsprozess sehr anständig. Der Angeklagte verblieb bei seiner Meinung, daß die Besteuerung der „notdürftigsten Einrichtungen“ des täglichen Lebens eine ganz absonderliche Idee darstelle und berief sich auf Kundgebungen der „Jugend“ in Ränchen, des „Klabberadatsch“ und des „Ull“, die ebenfalls mit ihren abfälligen Urteilen über den bürgermeisterlichen Vorschlag nicht zurückgehalten hatten.

Der Staatsanwalt führte aus, daß eine „Klosettsteuer“, wie sie der Angeklagte glosiert habe, keineswegs so humoristisch sei, daß sie Anlaß zu einer derartigen satirischen Plauderei bieten könne. Er beantragte deshalb wegen dieser Verleumdung eine Geldstrafe von

500 M. — Im Gegensatz dazu führte der Verteidiger des Angeklagten aus, daß hier eine satirische Behandlung eines Stoffes vorliege, der von einer zwingenden Komik sei. Kopfsteuern seien immer ungerecht, obwohl man in vorliegenden Falle gerade vom Gegenteil sprechen könnte. Wie sehr der Plan einer Klosettsteuer den Humor habe zeigen können, gehe aus den Gedichten hervor, die aus Anlaß dieses Planes von den größten Witzblättern wie der „Jugend“, dem „Ull“ und dem „Klabberadatsch“ veröffentlicht worden seien. Auch die Redakteure dieser Blätter hätten nicht im entferntesten die Absicht gehabt, den Salzweheler Magistrat zu beleidigen, vielmehr sei auch ihnen dieser bürgermeisterliche Gedanke willkommenen Gelegenheit zu einer Verallgemeinerung gewesen.

Der Gerichtshof kam nach längerer Beratung zu einer Verurteilung des Angeklagten zu einer Geldstrafe von 30 M., indem er lediglich das Wort „Schnapsidee“ als beleidigend auffaßte.

Ueberfall auf einen Eisenbahnzug. In dem Personenzuge von Simeis nach Ralmö wurde gestern abend der Postbeamte im Postwagen von einer verummumten Person überfallen und durch zwei Revolverkugeln schwer verletzt. Der Räuber bemächtigte sich der Wertgegenstände und sprang aus dem in voller Fahrt befindlichen Zuge. Ein Schaffner, welcher die Kugeln gehört hatte, eilte nach dem Postwagen und fand den Postbeamten schwer verwundet am Boden liegen; der Verwundete ist bei der Ankunft in Ralmö ins Hospital gebracht worden. Der Räuber hat einen Gelddbrief mit 3000 Kronen sowie einige eingeschriebene Briefe entwendet.

Dem Meere entrisen. Die Rettungsschiffstation Helgoland der Deutschen Seefahrt zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphiert: Am 18. März wurden von der hier gestrandeten deutschen Tjalk „Emanuel“, Schiffer Kreese, zwei Personen durch das Rettungsboot „Claus Dreher“ der Station gerettet.

Zur „Jena“-Katastrophe. Dem „Journal des Débats“, welches kürzlich gerüchweise als Ursache der „Jena“-Katastrophe einen verbrecherischen Anschlag bezeichnete, wird aus Toulon berichtet, daß auf der „Jena“ in der Munitionskammer der 42 Millimeter-Geschütze ein Leichnam gefunden worden sei. Da der Zugang zu diesem Teile des Schiffes stets streng unterlagert war, schließt man aus diesem Umstande, daß die Munitionskammer schlecht überwacht war.

Durch eine Grundlawine ist nach einer Meldung aus Innsbruck die Arlbergbahn zwischen den Stationen Palaas und Danöfen verschüttet worden. Die 150 Meter lange, 10 Meter hohe mit Erdbreich vermischte Lawine mußte aufgeschaukelt werden. Auch der telegraphische Verkehr auf der Arlberglinie wurde unterbrochen.

Siebzehn Personen bei einem Eisenbahnzusammenstoß getötet. Aus Chargin wird berichtet: Auf der Station Taruschide fand ein Zusammenstoß zwischen einem Personenzuge und einem Güterzuge statt. 17 Personen wurden getötet, 35 schwer verletzt.

Ein mysteriöser Bombenfund. Nach einem Telegramm aus Marseille wurden im Kielraum des in England gebauten Dampfers „Bonnevaine“ vom Kapitän zwei Bomben gefunden. Auf Befehl der Polizei wurden die Bomben ins Meer geworfen. Das Schiff hat früher den Dienst zwischen England und Rußland versehen.

Wasserstand am 19. März. Elbe bei Kalkö — Meter, bei Dresden — 45 Sp. — Elbe bei Magdeburg, 2,62 Meter. — Elbe bei Straußfurt — Meter. — Oder bei Kalbar 3,56 Meter. Oder bei Dueslau Oberpegel — 0,36 Meter. — Reihemündung 3,22 Meter. Dd e r bei Breg 3,48 Meter.

Achtung!

Arbeiter, Parteigenossen Berlins u. Umg.!

Die Bestrebungen unserer Organisation, auch in den Detailgeschäften der Herrenkonfektion Betriebswerkstätten und feste tarifmäßige Löhne zu erringen, haben bei den Firmeneinhabern, welche um Bewilligung dieser Forderungen angegangen wurden, unter Ausflüchten, die wir als stichhaltig nicht anerkennen können, Widerstand gefunden. Wir sehen uns deshalb genötigt, gegen diese Geschäfte das Mittel des Boykotts in Anwendung zu bringen.

Die Delegierten zur Berliner Gewerkschaftskommission haben einem dementsprechenden Antrage ihre Zustimmung erteilt und die Parteigenossen von Groß-Berlin sind diesem Beschluß beigetreten.

Wir appellieren deshalb mit Gegenwärtigem an die Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder Berlins und Umgegend, bei ihren Einkäufen und Bestellungen von Herren- und Knabengarderobe in Zukunft nachstehende Geschäfte meiden zu wollen:

Osten:

- Julius Lindenbaum, Franzosstr. 15.
- Julius Lindenbaum, Gr. Frankfurterstr. 141.
- Haacke, Landsbergerstr. 93.
- Sachs, Große Frankfurterstr. 132.
- Wlitz, Große Frankfurterstr. 137.

Norden:

- Philipp Fabisch, Rosenthalerstr. 1.
- Fabisch u. Co., Rosenthalerstr. 3.
- Bernhard Daer, Rosenthalerstr. 5.
- Wlitz, Chausseestr. 50.
- Wlitz, Rosenthalerstr. 9.

Süden:

- Eders u. Dykhoff, Dranienstr. 48.
- Schulmeister, Dresdenerstr. 4.
- Karl Stier, Dranienstr. 166.
- Wlitz, Kommandantenstr. 43.

Alle übrigen Geschäfte sind als frei zu betrachten.

Verband der

Schneider, Schneiderinnen u. verw. Berufsgenossen Deutschlands

Filiale Berlin, Engel-Ufer 21, parterre.

Achtung!

Westen:

- Kaplan, Friedrichstr. 1.
- S. Adam, Leipzigerstr. 27/28.
- Karl Stier, Potsdamerstr. 8.
- Wandsberger, Friedrichstr. 108.
- Thiery u. Sigrand, Friedrichstr. 179.
- Wandsburger, Friedrichstr. 7.
- Wandsburger, Turmstr. 30.
- Eders u. Dykhoff, am Dönhofsplatz.

Zentrum:

- Weltmann Nachf. Stephan Eders, Kaiser Wilhelmstr. 41.
- Riethmüller, Kolonnenmarkt.

Warenhäuser:

- Max Mannheim, Frankfurter Allee 112.



Hochmoderne, tadellose

Mass-Arbeit

aus erstklassigen deutschen u. englischen Erzeugnissen

mässigen Preisen

Sauberste Ausführung Kleidermode Fassons



Unsere grossen Betriebe setzen uns in den Stand, alle Bestellungen in kürzester Zeit und peinlichster Ausführung zu liefern.

Der Haupt-Katalog Nr. 31

ein unentbehrlicher Ratgeber beim Einkauf von Herren- und Knaben-Kleidung, wird auf Wunsch kostenlos und porto frei zugesandt. Derselbe enthält neueste, teilweise künstlerisch ausgeführte Moden 1907.

Baer Sohn

Spezialhaus größter Maßstabes

Chausseestrasse 24/25 • 11 Brückenstrasse 11

Gr. Frankfurterstr. 20

Nächsten Sonntag bis 6 Uhr geöffnet.

Lichtenrade 20 Pf.-Tour! Frack

Verleih-Institut: Friedrichstr. 115 I, a. Drabg. Tor. Ueg. Acad. Gehrod 1,50, Pöle 1,00, Weste 50 Pf.

Haben Sie Stoff? Ich fertige davon Anzüge od. Paletot nach Mass, schnell, dauerh. Zubeh. von 20 Mark an. Moritz Laband, Orlanburger Strasse 4, I.

